

In diesem Heft

Editorial 4

Essay

HELMUT DAHMER
Albumblatt für Bakunin 5

Perestrojka

JOCHEN ADOLPHI
Gorbatschow:
Der heilige Verräter als Vorbote des »Guten Königs«? 12
GREGOR PUTENSEN
Neues Denken ad acta?
Die Reflexion der Perestrojka im Osten Deutschlands 17

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

WOLFGANG EICHHORN
Gesellschaftsformation und
-transformation im 20. Jahrhundert.
Vorwiegend methodologische Erwägungen in fünf Thesen 27

Dokumentierte Geschichte

HEINRICH GRAF VON EINSIEDEL
Die Briefe Ernst Thälmanns.
Eine Vorbemerkung 38
ERNST THÄLMANN
Gefängnisbriefe (1939/1940). Teil I 44

Standorte

JUTTA OESTERLE-SCHWERIN
Feministische Partei DIE FRAUEN –
unentbehrlich und innovativ 56

Lesenswert

ULLA PLENER
SMAD – Auskünfte über Vorgeschichte
und Wandel der SED (1945-1949) 63

Konferenzen & Veranstaltungen

HARALD LANGE
SPD und PDS im Gespräch 73

MARIO KESSLER
Marxistischer Wissenschaftler und Antistalinist.
Kolloquium zum 80. Geburtstag
von Theodor Bergmann 75

Bücher & Zeitschriften

Michael Wolffsohn:
Die Deutschland Akte:
Juden und Deutsche in Ost und West.
Tatsachen und Legenden,
edition ferenczy bei Bruckmann München 1995
(ROBERT KATZENSTEIN) 80

Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan:
Von Hubertusstock nach Bonn.
Eine dokumentierte Geschichte
der deutsch-deutschen Beziehungen auf
höchster Ebene 1980-1987,
Dietz Verlag Berlin 1995

Detlef Nakath (Hrsg.):
Deutschlandpolitiker der DDR erinnern sich
(Reihe Spurensicherung),
FIDES Verlags- und
Veranstaltungsgesellschaft Berlin 1995
(STEFAN BOLLINGER) 83

Martin Brusis:
Systemtransformation als Entscheidungsprozeß.
Eine Politikfeldanalyse zur Privatisierung in Ungarn,
Berliner Debatte/GSFP 19
(ULRICH BUSCH) 86

Helmut Ridder:
Die deutsch-deutsche Spionage im Okular
der westdeutschen Deutschland-Jurisprudenz,
Blätter Verlags-Gesellschaft Bonn 1996
(GREGOR SCHIRMER) 88

Klaus Steinitz (Hrsg.): Vereinigungsbilanz – Fünf Jahre deutsche Einheit, VSA-Verlag Hamburg 1995 (GERD FRIEDRICH)	89
Carsten Wirth: Die neue Unübersichtlichkeit im Einzelhandel, Verlag Westfälisches Dampfboot Münster 1994, (ULRICH BUSCH)	93
Ulrich Hartmann, Stephan Herten, Klaus Schroeder: Land in Sicht. Die Fusion von Berlin und Brandenburg – Fakten, Hintergründe, Zusammenhänge, Aufbau Verlag Berlin 1996 (ARNDT HOPFMANN)	94
Silvia Müller und Berd Florath (Hrsg.): Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften 1965/66. Eine Dokumentation, Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs 1, Berlin 1996 (JÖRN SCHÜTRUMPF)	95
Hinweise an unsere Autorinnen und Autoren Impressum	96

Editorial

»Über die Einflußnahme der einzelnen sowjetischen Besatzungs-offiziere liegen zahlreiche Berichte aus Orts- und Bezirksorganisations der SPD vor. Bisher aber nicht aufgearbeitet wurden die Akten der SMAD.« Dieser Befund von Peter Jochen Winters in der FAZ vom 14. März d. J. wäre eigentlich kaum der Erwähnung wert, wenn man diesen Unfug nicht während der Diskussionen der letzten Monate um das Thema »Zwangsvereinigung: Ja oder Nein?« auch von seriösen Historikern zu hören bekommen hätte. Und das, obwohl der Band »SMAD. Die Verwaltung für Propaganda und S.I. Tjulpanov« schon seit 1994 auf dem Markt ist. Zur Kenntnis genommen wird er aber nicht, ist er doch in russisch, was unterdessen schon wieder fast so viel heißt wie: in einer »asiatischen« Sprache verfaßt. – Die Zeiten, da Texte aus dem Russischen übersetzt wurden, sind ohnehin längst vorbei.

Ulla Plener gibt in ihrem Literaturbericht Auskunft über diesen Dokumentenband. Sie konzentriert sich dabei auf die Passagen, die die Vereinigung von KPD und SPD sowie die SED in der SBZ und die SPD in den Westzonen in den Jahren danach behandeln. Wir sind uns im klaren, daß diese Veröffentlichung nichts an der Ignoranz (west)deutscher akademischer Wissenschaft ändern wird. Aber diese steht ohnehin nicht im Mittelpunkt unseres Interesses.

Dokumentationen sind bei UTOPIE kreativ fester Bestandteil des Programms. In diesem und im nächsten Heft veröffentlichen wir unbekannte Briefe Ernst Thälmanns aus den Jahren 1939 und 1940. – Erstmals habe ich von der Existenz zumindest eines dieser Briefe als Student im sechsten Semester gehört – von einem geängstigt-entnervten Professor. Das »Vorkommnis«, das die Erwähnung dieses Briefes provozierte, bestand darin, daß niemand aus unserer Seminargruppe einer Kommilitonin widersprochen hatte, die in einem Referat über den Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 von der Existenz des Geheimen Zusatzprotokolls ausgegangen war. Exmatrikulation der gesamten Gruppe oder reuevolles Abschwören lautete die vom »Genossen« Professor offerierte Alternative. Doch man schrieb nicht mehr 1950, sondern das Jahr 1980: Wir wollten Argumente. Das letzte, was dem armen Mann dann einfiel, war ein angeblich geheimzuhaltender »Autoritätsbeweis«: die Kopie eines Thälmann-Briefes aus dem Jahre 1939, von ihm gefunden im Dimitroff-Nachlaß in Sofia, in dem nichts von einem Geheimen Zusatzprotokoll stünde – was für ein Beweis?

Dieser und andere wichtige Briefe Ernst Thälmanns sind heute nicht mehr geheim. Wir sie legen sie nach dem Original aus dem Archiv des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU vor.

JÖRN SCHÜTRUMPF

HELMUT DAHMER

Albumblatt für Bakunin

»Das war eine heroische Natur, der die
Geschichte die Mitarbeit verweigert hat.«
Alexander Herzen¹

Traum und Tat

Der Dresdner Aufstand von 1849 (3. – 9. Mai) war das letzte Aufflackern der gescheiterten deutschen Revolution, in der sich, ähnlich wie im damaligen Frankreich, bürgerlich-republikanische und (früh-)sozialistische Tendenzen überlagerten. Zu den Pariser Aufständischen gesellten sich im Februar und Juni 1848 Maler und Dichter wie Courbet und Baudelaire, die – wie sonst mit Pinsel und Feder – nun mit der Flinte versuchten, ein neues »Realitätsprinzip« durchzusetzen, also die gesellschaftliche Grenze zu verschieben, die das Wirkliche und das Mögliche von dem trennt, was die Zeitgenossen noch für »unmöglich« halten. Der Staatsstreich Louis Napoléons am 2. Dezember 1851 besiegelte alle revolutionären Hoffnungen. Der enttäuschte Baudelaire zog sich aus der Politik zurück und orientierte sich später eher an Joseph de Maistre als an Proudhon und Blanqui. Kurz nach dem »18. Brumaire« nahm er in einem Gedicht, das dem Verrat des Petrus gewidmet ist (und als 108. Poem in die *Fleurs du Mal* aufgenommen wurde), Abschied von der Revolution: »Sankt Petrus hat Jesum verleugnet... er hat recht getan!« Ich aber, fährt Baudelaire fort, würde gern zum Schwert greifen und durch das Schwert umkommen, denn gern verließ ich »eine Welt, in der die Tat nicht Schwester des Traumes ist«.² Die große französische Revolution hatte gelehrt, daß weitreichende gesellschaftliche Neuerungen in kurzer Frist gewaltsam durchgesetzt werden können, daß Geschichte machbar ist. Atheistisch-materialistische Aufklärer hatten die Legitimationen des Ancien régime untergraben, die verbündeten Jakobiner und Sansculotten hatten es gestürzt; die Armeen der Revolution, dann die Napoleons, hatten die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution in die Nachbarländer getragen. Während der europäischen Restauration, die auf Napoleons Niederlage folgte, sehnten die Erniedrigten und Beleidigten, die verelendeten Bauern und Handwerker, das Stadtproletariat und die deklassierten und zensurierten Intellektuellen eine Neuaufgabe der großen Revolution herbei: Bauernaufstände und Handwerkerrebellionen, allgemeine Volksbewaffnung und Fabrikarbeiter-Streiks. Die linken Hegel-Kritiker – Heine, Feuerbach, Marx – propagierten den Himmel auf Erden.

Helmut Dahmer – Jg. 1937, Prof. Dr. phil. habil., studierte Soziologie, Philosophie und Literaturwissenschaft in Bonn, Göttingen und Frankfurt a.M. Er lehrt Soziologie an der TH Darmstadt. 1968 bis 1991 redigierte er die psychoanalytische Monatszeitschrift *PSYCHE*. Seit 1988 gibt er eine zehnbändige, kommentierte Ausgabe von *SCHRIFTEN* Leo Trotzki heraus. Publikationen u.a.: *Pseudonatur und Divergenz* (1994); *Divergenzen* (1996).

1 A. Herzen: *Mein Leben*, Bd. III (1852-1868). Zit. nach Arthur Lehning (Hg.): *Unterhaltungen mit Bakunin*, Nördlingen 1987, S. 201.

2 »Certes, je sortirai, quant à moi, satisfait D'un monde où l'action n'est pas la soeur du rêve; Puissé-je user du glaive et périr par le glaive! Saint Pierre a renié Jesus...

il a bien fait!«

Charles Baudelaire: »Le reniement de Saint Pierre«, in: Charles Baudelaire: Sämtliche Werke/Briefe; Bd. 3, München 1975, S. 308ff.

Militante Frühsozialisten (wie Blanqui) kultivierten die Kunst des Aufstands. Unter dem »Bürgerkönig« Louis Philippe wie im deutschen Vormärz gedieh der Traum von einer befreienden politischen Aktion, von gut organisierten und von der Bevölkerungsmehrheit aktiv unterstützten Aufständen, die die Verteidiger des Status quo nicht mit Waffengewalt niederschlagen könnten. Noch eine andere Erfahrung aber hatten die Zeitgenossen mit der großen französischen Revolution gemacht: Sie fraß ihre Kinder, sie schickte ihre Helden auf die Guillotine; die Jakobiner griffen im Bürgerkrieg gegen die Aufständischen in der Vendée zu barbarischen Methoden; und nach dem Thermidor zeigte sich, daß das wirklich Erreichte weit hinter den seit 1789 proklamierten Zielen der Revolution zurückblieb. Georg Büchner hat diese Erfahrung in seinem Drama »Dantons Tod« (von 1835) gestaltet. Das ungelöste Problem, das die französische Revolution den Auführern des 19. und des 20. Jahrhunderts hinterließ, war das des Thermidors, des Rückschlags, der Konterrevolution, die aus der Revolution erwächst, wenn die Konterrevolutionäre schon geschlagen sind. Marx und Bakunin haben nach einer Möglichkeit gesucht, das thermidorianische Schicksal der Revolutionen abzuwenden. Der eine setzte auf die Produktivkraftentwicklung – auf die Proletarisierung der Bevölkerungsmehrheit und ihre Schulung durch Fabrikarbeit und Bürgerkrieg –, der andere auf das antiautoritäre Prinzip. Beiden ging es um eine politische (bzw. anti-politische) Aktion, die der Wunsch nach einer ganz anderen, besseren Lebensform beseelt, die ihn verwirklicht, statt ihn zu verraten. Beider Losungswort war, daß die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, und beide sahen in der Pariser Commune von 1871 eine kühne Antizipation der Befreiung der Menschheit von Kapital und Staat. Marx zufolge schuf der sich entfaltende Kapitalismus die Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution ohne thermidorianische Regression. Bakunin hingegen, in dessen Revolutions-theorie die »Ökonomie« keine Rolle spielte, wußte der Gefahr des Thermidors nur durch Radikalisierung des antiautoritären Prinzips zu begegnen. Sein Feind war der Staat, war die Autorität in jeder Form und in jeder Verkleidung: als Zar, Kaiser und König, als bürgerliches Parlament, als Partei und Doktrin, als zentralisierte Arbeiterorganisation und Internationale. In den siebziger Jahren erschien ihm auch Karl Marx (dessen Freund und Schüler er sich noch 1868 genannt hatte) als eine Inkarnation des Autoritären. Der Kampf der beiden feindlichen Brüder um den Einfluß auf die Arbeiterbewegung hat dann 1872 der I. Internationale den Garaus gemacht.

Künstler auf den Barrikaden

Soll die revolutionäre Praxis eine ganz andere, freiere Einrichtung des gesellschaftlichen Lebens ins Werk setzen, dann müssen die Visionäre sich zu den Revolutionären gesellen, Träumer zu Akteuren werden. Tatsächlich sind in gesellschaftlichen Ausnahmesituationen Bohémiens und Verschwörer, Philosophen und Volkstribune, Literaten und Agitatoren, die für gewöhnlich getrennte Wege gehen, prekäre (und meist ephemere) Allianzen eingegangen. So

finden wir 1871 Courbet und Verlaine unter den Kombattanten der Pariser Commune, die auch den jungen Rimbaud magisch anzog. So begleitete 1920 Isaak Babel Budjonnys Reiterarmee als Chronist in den mißglückten Polen-Feldzug. So fanden sich 1938 in Mexiko der von der GPU gejagte Revolutionär Trotzki, der surrealistische Poet Breton und der Moralist Rivera zusammen, um die »anarchische« »Unabhängigkeit der Kunst« zu proklamieren, bei deren Abschaffung die russische und die deutsche Diktatur miteinander wetteiferten.

Der Utopie einer wirklichen Befreiung, einer »richtigen« Revolution hängen auch wir, die Erben der partiell gelungenen französischen und der gescheiterten russischen Revolution, an. Darum fasziniert uns das historische Gemälde der letzten Schlacht der deutschen Revolution von 1848/49, das uns den Opernkomponisten und Königlich Sächsischen Kapellmeister Richard Wagner, den Baumeister und Architekturprofessor Gottfried Semper und den Artillerieleutnant und Berufsrevolutionär Michail Bakunin Seite an Seite auf den Barrikaden von Dresden zeigt. Der 35jährige Wagner³, der 1842 seine Oper über den römischen Volkstribunen Cola die Rienzo (»Rienzi«), 1843 und 1845 seine Künstler- und Erlösungsopern vom »Fliegenden Holländer« und vom »Tannhäuser« in Dresden aufgeführt hatte, 1848 dann einen ersten Entwurf zum »Ring des Nibelungen« niederschrieb und Pläne für eine demokratische Theater-Reform schmiedete, verfaßte 1849 hymnische Zeitungsartikel über die Revolution als den »Mensch gewordenen Gott« und wurde Mitglied im republikanischen »Vaterlandsverein«. Begeistert variierte »der Cagliostro der Modernität« (Nietzsche⁴) Gedanken Feuerbachs und Proudhons und liebäugelte zugleich mit einer konstitutionellen Monarchie. Seinem Musiker-Kollegen und politischen Mentor Röckel nacheifernd, versuchte er während des Maiaufstands, königstreue Soldaten mit Hilfe selbst verfaßter Flugblätter zum Überlaufen zu bewegen, und kümmerte sich um die Herstellung von Handgranaten. Nachts beobachtete er im Auftrag der militärischen Führung vom Turm der Kreuzkirche aus die Truppenbewegungen vor der Stadt. Der zehn Jahre ältere Semper hatte in den Jahren 1838-41 das Dresdener Hoftheater, 1838-40 die Synagoge gebaut und die Gemäldegalerie entworfen. Erklärter Republikaner, glaubte er, seine Prinzipien nun auch praktisch bewähren zu müssen. Obwohl er sich ein Gewissen aus seiner neuen Rolle als Aufständischer machte, sorgte er dafür, daß die (über 100) Barrikaden, die den (etwa 3.000) Aufständischen Schutz vor den Zündnadelgewehren und Kanonen der preußischen Truppen bieten sollten, solide aufgeführt wurden. (Da die Barrikaden nur unter großen Opfern direkt erobert werden konnten, kam es zu blutigen Häuserkämpfen, bei denen Angreifer und Verteidiger sich ihren Weg durch die Hauswände bahnten.) Bakunin schließlich, mit 32 Jahren der jüngste von den dreien, hatte Fichte und Hegel studiert und ins Russische übersetzt; den alten Schelling hörte er noch die »Philosophie der Offenbarung« vortragen. 1842 schloß er in Dresden mit Herwegh und Ruge, 1844 in Paris mit Proudhon und Marx Bekanntschaft. Wegen seiner Agitation gegen die russische Autokratie verurteilte man ihn in Abwesenheit zu Verbannung

3 Vgl. zum Folgenden den Aufsatz von Silvia Reif: »Wagner geht! Aufbruch und Krise 1848/49«, in: Dresdner Hefte, Beiträge zur Kulturgeschichte, 1995, 13. Jg., Heft 43, S. 56-66.

4 Friedrich Nietzsche: Der Fall Wagner. Ein Musikanten-Problem, in: Friedrich Nietzsche: Sämtliche Werke, Bd. 6, München 1980, S. 23.

5 Alexander Herzen, a.a.O. (Anm. 1), S. 204.

6 In einem Brief an Mathilde Lindenberg (vom 16.2.1850) schrieb Bakunin: »Dresden war für mich eigentlich nur ein Gelegenheitsgedicht...« Zit. nach Hans-Peter Lühr: »Große Stürme..., ich fürchte euch nicht«. Bakunin und der Maiaufstand, in: Dresdner Hefte, a.a.O. (Anm. 3), S. 74. Das Bild, das aktive Teilnehmer von den Ereignissen im aufständischen Dresden zeichnen, erinnert den Leser an Nestroys Revolutionsposse Freiheit in Krähwinkel (von 1848). Röckel, der am 6. Mai (aus Prag kommend) in Dresden eintraf, schildert die militärische Situation folgendermaßen: »Bei dem vollständigen Mangel an Organisation auf seiten des ganz unvorbereitet überraschten Volkes war eine feste, einheitliche Leitung schlechthin unmöglich... Zu keiner Stunde wußte [der Kommandant] Oberstleutnant Heinze auch nur annähernd, welche Zahl von Streitern er angeblich kommandierte, wie viele hier, wie viele dort standen, noch ob und welchen Führern die einzelnen Trupps gehorchten.« August Röckel: Zu lebenslänglich begnadigt. Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim. Zit. nach Lehning (Anm. 1), S. 141. Wagner berichtet vom gleichen Tage: »Im übrigen verstrich alles fast gemächlich; am herrlichen Frühlingsabend promenierte vornehme Damen mit ihren Kavaliern durch die verbarrikadierten Straßen; alles schien nur ein Schauspiel zur Unterhaltung zu sein. Auch mich erfaßte

und nahm ihm den Adelstitel. Der deklassierte Emigrant wurde »zum großen Vagabunden..., zum großen Obdachlosen« (Herzen⁵) und schlug die »Laufbahn« eines Berufsrevolutionärs ein. In den Dresdner Aufstand brachte er seine militärischen Kenntnisse und die politischen Erfahrungen ein, die er in der Pariser Februarrevolution und danach beim gescheiterten Prager (Studenten-)Aufstand gesammelt hatte. Herwegh machte ihn mit August Röckel bekannt, und dieser brachte ihn mit Wagner zusammen. Zu den aufständischen Künstlern der Dresdner Revolution, zum Neutöner Wagner und zum Baumeister Semper gesellte sich mit Bakunin ein politischer Visionär, ein Artist der Verschwörung und des Aufstands. Bakunin stand dem Dresdner Aufruhr und der Provisorischen Regierung – deren Ziele, nationale Einheit und Reichsverfassung, ihn kalt ließen – zunächst skeptisch gegenüber, bot ihr aber dann – in der Hoffnung, der Aufstand werde zur Schwächung Preußens und damit Rußlands beitragen – seine Dienste als militärischer Berater an. Er unterstützte die militärische Führung des Aufstands bei der Organisation der Verteidigung und sorgte für einen rechtzeitigen Rückzug, der einen Großteil der Aufständischen vor Gefangenschaft und Massaker bewahrte.⁶

Wagner und Semper entkamen; Bakunin aber wurde in Chemnitz verhaftet, eingekerkert, zum Tode verurteilt, zu lebenslänglicher Haft begnadigt, an Österreich, dann an Rußland ausgeliefert, dort lange Zeit in Ketten gehalten, dann nach Sibirien (Tomsk) verbannt. Erst 1861 gelang ihm die abenteuerliche Flucht über Japan und Amerika nach London, wo sein Freund Alexander Herzen ihn aufnahm. Ungebrochen nahm Bakunin seine revolutionären Aktivitäten wieder auf – von der (gescheiterten) »Polnischen Expedition« zur Unterstützung des Warschauer Aufstands von 1863 bis zum (ebenfalls gescheiterten) Aufstandsversuch in Bologna (1874). Bald in der Schweiz, bald in Italien lebend, verfaßte er Pamphlete und Traktate (Staatlichkeit und Anarchie, 1873) und organisierte immer neue Geheimgesellschaften, die er schließlich zu einer (aus der »Jura-Föderation« erwachsenen) antiautoritären Gegen-Internationale zusammenfaßte, die ihre Basis vor allem in der italienischen und spanischen Arbeiterbewegung hatte.

Marx und Bakunin

»In Dresden währte der Kampf in den Straßen der Stadt vier Tage lang. Die Dresdener Kleinbürger, die »Bürgerwehr«, beteiligten sich nicht nur nicht am Kampfe, sondern unterstützten in zahlreichen Fällen die Truppen bei ihrem Vorgehen gegen die Aufständischen. Diese wiederum bestanden fast ausschließlich aus Arbeitern der umliegenden Fabrikbezirke. Sie fanden einen fähigen, kaltblütigen Führer in dem russischen Flüchtling Michail Bakunin, der später in Gefangenschaft geriet und gegenwärtig in den Kasematen von Munkács in Ungarn eingekerkert ist. Durch das Eingreifen einer starken preußischen Truppenmacht wurde dieser Aufstand niedergeschlagen.«⁷

Marx und Bakunin verfolgten ein und dasselbe Ziel: »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist...«⁸. Was

den militanten Frühsozialisten Bakunin von Marx trennte, war die »Wissenschaft«. Die von Marx materialistisch gewendete, in Soziologie überführte (oder als Soziologie dechiffrierte) Hegelsche Dialektik verachtete Bakunin als eine »autoritäre Doktrin«.

»Er wollte durchaus nicht zugeben, daß aus den Bedürfnissen der schlechten Gegenwart die Gesetze für eine Zukunft bestimmt würden... Während er so schließlich immer nur auf Zerstörung und wieder Zerstörung drang, hatte ich mich endlich zu fragen, wie mein wunderlicher Freund denn eigentlich diese Zerstörung ins Werk zu setzen gedächte; und hier traf es sich denn, daß, wie ich damals schon ahnte und es sich bald sehr klar herausstellte, bei diesem Manne der unbedingten Aktion hier alles auf den bodenlosesten Voraussetzungen beruhte.«⁹

Marx' Gesellschaftskritik diene der Bestimmung von Entwicklungstendenzen, die die Überwindung der Klassengesellschaft zu einer realen Möglichkeit machen (die Proletarisierung, die Konzentration des Kapitals, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, den Fall der Profitrate). Er war überzeugt, daß eine gesellschaftstheoretisch aufgeklärte, demokratisch organisierte Arbeiterbewegung ohne Geheimbünde und Attentate auskommen könne, und daß ihre politische Praxis die vergeblichen Putschversuche revolutionärer Eliten und die fruchtlosen Emeuten führerloser Massen überflüssig machen werde. Die Revolution werde dann keine »Donquichotterie«¹⁰ mehr sein. Bakunin aber identifizierte sich gerade mit Don Quichotte. Wie Auguste Blanqui machte er Verschwörung und Aufstand zu seinem Metier.

Seine Sache war die unbestimmte, totale Negation. Hatte Hegel von der »ungeheuren Macht des Negativen« gesprochen, so pries Bakunin 1842 (wie später Baudelaire und Nietzsche) die kreative »Lust der Zerstörung«. Die Brandstiftung galt ihm als der eigentlich befreiende revolutionäre Akt. Im Rathaus-, Schloß- und Weltenbrand sollte die alte Welt zugrunde gehen. Sein Vorschlag, die Dresdner Provisorische Regierung solle sich beim Einmarsch der preußischen Truppen mitsamt dem Rathaus in die Luft sprengen, war höchst charakteristisch. Bakunin war der Pyromane unter den Frühsozialisten. Wagner hat seinen »wunderlichen Freund« aus dem Dresdner Aufstand den »Oberfeuerwerker« der Revolution geheißt¹¹ und ihm am Schluß des »Rings des Nibelungen«, wo die Fetische (Gold und Götter – Kapital und Staat) ihre weltgeschichtliche Macht einbüßen, ein musikalisches Denkmal gesetzt.¹²

Bakunin ignorierte die soziale Evolution; darum bedurfte die Revolution auch keiner »Wissenschaft«. Sie war jederzeit möglich, wenn nur »eine gut organisierte geheime Gesellschaft« ihr Geburtshilfe leistete, ein »revolutionärer Generalstab« von aufrichtigen Volksfreunden, »der fähig ist, als Vermittler zwischen der revolutionären Idee und den Volksinstinkten zu dienen... Zur internationalen Organisation in ganz Europa genügen hundert stark und ernsthaft verbundene Revolutionäre. Zwei, dreihundert Revolutionäre werden zur Organisation des größten Landes hinreichen.«¹³ »Unablässig müssen wir revolutionäre Versuche machen, selbst wenn wir uns einmal, zweimal, zehnmal, sogar zwanzigmal geschlagen haben und besiegt worden sind; doch wenn beim einund-

diesem ungewohnten Anblick gegenüber ein völliges Behagen, in welches sich die ironische Vorstellung davon mischte, daß das alles doch wohl nicht rechter Ernst sei, und schließlich irgend eine gemütliche Proklamation der Regierung ein Ende machen müßte.« Richard Wagner: Mein Leben, Bd. 2; zit. nach Lehning (Anm. 1), S. 121.

7 Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke (MEW), Bd. 8, Berlin 1960, S. 100.

8 Karl Marx: »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung.« in: MEW, Bd. 1, a.a.O., S. 385.

9 Richard Wagner: Mein Leben, Bd. 2. Zit. nach Arthur Lehning (Anm. 1), S. 113.

10 Karl Marx: Ökonomische Manuskripte 1857/58, in: MEW, Bd. 42, a.a.O., 1983, S. 93.

11 Wagner, (Anm. 9), S. 106.

12 Dritter Aufzug, »Götterdämmerung«, Brünnhilde: »Denn der Götter Ende dämmert nun auf: so - werf' ich den Brand in Walhalls prangende Burg.«

13 Michail Bakunin: Programm und Reglement der Geheimorganisation der

internationalen Bruderschaft und der internationalen Allianz der sozialistischen Demokratie, in: Michail Bakunin: Staatlichkeit und Anarchie und andere Schriften (Werke, 1866-1873), hg. von Horst Stuke; Frankfurt/M. 1972, S. 90.

14 Bakunin im Gespräch mit Debagorij-Mokrijewitsch. Zit. nach Justus Franz Wittkopp: Michail A. Bakunin, Reinbek 1974, S. 115. - Diesem lange durchgehaltenen Optimismus folgt im Alter die Resignation: »Die Zeit der revolutionären Kämpfe ist vorüber. Eine Periode der Reaktion hat begonnen, deren Ende die gegenwärtige Generation wohl nicht mehr erleben wird... Es ist unnütz, das Unmögliche zu wollen. Man muß der Wirklichkeit ins Gesicht sehen und sich Rechenschaft darüber geben, daß die Volksmassen zur Zeit den Sozialismus gar nicht wollen.« Brief an James Guillaume, Anfang 1874; zit. nach Wittkopp, a.a.O., S. 115.

zwanzigstenmal das Volk uns zu Hilfe kommt und an unserer Revolution teilnimmt, werden wir für alle Opfer, die wir gebracht haben, belohnt sein.«¹⁴ Im Grunde macht die Revolution sich von allein. Doch sollen die verschworenen Volksfreunde das Volk durch »direkte Aktionen« stimulieren, es zur Revolte verlocken. Gelingt der Aufstand, dann schließen sich Gegenwart und Zukunft kurz. Bakunin kennt kein Problem des Übergangs, weder Kompromisse, noch Etappen. Marx und die Marxisten wollten der Bourgeoisie die Staatsmacht entwinden, den bürokratischen Apparat einer wirksamen Mehrheitskontrolle unterwerfen (Räte-Demokratie) und ihn zur kriegerischen Verteidigung der Revolution sowie für die planmäßige Produktion nutzen. Der Staat (als Unterdrückungsapparat) sollte – während einer Übergangszeit – »absterben«; an seine Stelle schließlich die »Verwaltung von Sachen« treten. In dieser (Marx zufolge unvermeidlichen) Verzögerung und Vertagung der Abschaffung des Staates witterten Bakunin und die Seinen Verrat. Die staatsgläubigen deutschen Sozialisten würden die von ihnen postulierte Übergangsperiode zur Aufrichtung einer Minderheits-Diktatur über die Massen nutzen. Die Marxisten antworteten darauf mit der Prognose, daß eine jede »bakunistisch« geführte Revolution, die die Staatsmacht nicht erobert, sondern ignoriert, mit einer Niederlage enden werde. Die einen haben im »Roten Terror«, in der Niederschlagung der bewaffneten Bauern Nestor Machnos und des Kronstadter Aufstands (1921), vor allem aber natürlich in der Aufrichtung der Stalinschen Despotie eine Bestätigung ihrer Prognose gesehen, die anderen im Versagen der FAI-CNT und in der schließlichen Niederlage der Republik im spanischen Bürgerkrieg.

Marx und Bakunin haben nach einem Ausweg aus der von Kapital und Staat beherrschten bürgerlichen Gesellschaft ihrer Zeit gesucht. Jeder von ihnen war überzeugt, den einzig richtigen Schlüssel gefunden zu haben, mit dem das »Gehäuse der Hörigkeit« sich öffnen ließe. Wir haben ihnen die Erfahrung eines ganzen Jahrhunderts der Kriege und Genozide, der gescheiterten Revolutionen und der überaus erfolgreichen Konterrevolutionen voraus. Die von Marx und die von Bakunin empfohlenen oder doch gutgeheißenen Ausbruchspraktiken werden von Individuen, Gruppen und Klassen in aller Welt beständig repetiert und variiert. Grundlegend neue Emanzipations-Theorien und -praktiken sind in den sozialen Bewegungen unseres Jahrhunderts nicht entwickelt worden.

Das erklärte »Endziel« der revolutionären Arbeiterbewegung war die Abschaffung des Staates und die Bildung einer »freien Assoziation der Produzenten«. Bakunin glaubte, dies Endziel unmittelbar, mit einem Schlage erreichen zu können, und verwarf darum (abgesehen von der Netschajew-Episode) alle Praktiken, die mit dem Endziel der Revolution nicht im Einklang standen. Marx, der Hegel-Schüler, ging von den einander widerstrebenden Tendenzen der Gegenwartsgesellschaft aus, dachte in längeren (»historischen«) Fristen und hielt Bakunins antiautoritären Purismus für unrealistisch. Bakunin, der sich schon am Ende der Klassengesellschaft wähnte, unterwarf alle »Mittel« dem Diktat der Ziele. Die

»Internationale Arbeiterassoziation« und ihr »Generalrat« sollten einen »Embryo«, ein Modell der neuen, herrschaftsfreien Gesellschaft darstellen. Für Marx war der Zentralismus der Arbeiter-Internationale eine unverzichtbare Waffe im Kampf mit dem zentralisierten Kapital und dem kapitalistischen Staat. Der Zentralismus der revolutionären Organisationen, der (nationalen) Parteien und der Internationale, sollte (als Mittel) deren Sieg in den Klassenkämpfen der Gegenwart ermöglichen, sie also ihrem Ziel näherbringen. Die »freie Assoziation« der Zukunftsgesellschaft, das Ziel des Klassenkampfes, sollte in der internen Demokratie derselben Organisationen und in ihrem Dialog mit den Massen vorweggenommen werden. Bakunins antiautoritärer Purismus ist ein heilsames Korrektiv des Marxschen Realismus: die Erinnerung daran, daß der Zweck keineswegs »alle« Mittel »heiligt«, sondern daß umgekehrt erst durch die Wahl der Mittel darüber entschieden wird, welche Zwecke mit ihrer Hilfe erreicht werden können. Die von Personen und Organisationen vorgeblich (oder vermeintlich) verfolgten Ziele konkretisieren (definieren) sich erst über die Mittel, die zu ihrer Verwirklichung eingesetzt werden. Kurz: Die Wahl der Mittel entscheidet darüber, was aus dem Programm wird.¹⁵

Weder die marxistisch inspirierten, noch die bakunistisch orientierten Arbeiterbewegungen haben die Barbarei der Weltkriege, den Holocaust, den Archipel GULag und das atomare Wettrüsten verhindern können. Die heutigen Sozialisten sind vielfach gebrannte Kinder. Diejenigen, die an der Einsicht festhalten, daß der heutige Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist, weil sich die von ihm erzeugten Probleme im Rahmen der von ihm tradierten Institutionen nicht lösen lassen, denken seit langem Marx und Bakunin unter dem Namen eines »libertären« oder Räte-Sozialismus zusammen.¹⁶ Neue soziale Bewegungen werden die Suche nach Alternativen zur bestehenden Gesellschaft und nach politischen Praktiken, die tauglich sind, Zukunft und Gegenwart zu vermitteln, wieder aufnehmen. Sie werden gleichermaßen an den Marxschen sozialwissenschaftlichen Realismus und an Bakunins Verwerfung all' der Mittel, die zu den Zielen der Befreiungsbewegung im Widerspruch stehen, anknüpfen.

15 Vgl. dazu Leon Trotsky et al.: *Their Morals and Ours*. New York 1973.

16 Vgl. dazu Karl Korsch: *Schriften zur Sozialisierung*. Hg. von Erich Gerlach, Frankfurt 1969; Hannah Arendt: *Die ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus*, München 1958; Ernest Mandel (Hg.): *Arbeiterkontrolle. Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. Eine Anthologie*, Frankfurt 1971; Maximilien Rubel: *Marx théoricien de l'anarchisme*, Saint-Denis 1983; *Für Räte Demokratie und Arbeiterselbstverwaltung. Thesen der IV. Internationale*, Frankfurt 1985.

JOCHEN ADOLPHI

Gorbatschow: Der heilige Verräter als Vorbote des »Guten Königs«?

»Der König ist tot. Es lebe der König!« Wer erinnert sich nicht an solche Sätze, die er in seiner Jugend mit Kopfschütteln quittiert hat? Politik-, Politiker-, Parteien-, Demokratieverdrossenheit – das sind die Schlagworte der Soziographen, die sich die demokratisch rivalisierenden Parteien gegenseitig um die Ohren hauen. »Verdrossenheit« scheint mir nicht zu passen – das ist noch viel zu intensiv. Müdigkeit trifft es wohl besser.

Sehnsucht steckt hinter dieser Müdigkeit, Sehnsucht, aus der Hoffnungslosigkeit des Parteienallerleis herauszukommen. Man glaubt der Opposition nicht mehr, regieren zu wollen, und der Regierung nicht, regieren zu können. – Und was passiert wirklich, wenn die regierende Partei wechselt? Die neue will die Gunst der alten Wähler erhaschen, und die alte bezieht noch immer dieselben Diäten oder gleichhohe Ruhestandsgelder. Das macht mißtrauisch in einer Welt des Geldes. Wenn nichts auf dem Spiel steht außer der Ehre, wird wohl auch das Engagement unglaubwürdig und damit – als Wert – die Ehre selbst. Hier beißt sich die Geldgesellschaft in den eigenen politischen Schwanz.

Andere Männer – und Frauen! – braucht das Land. Aber was für welche? Zu denen man persönliches Vertrauen haben kann, weil sie Personen sind, nicht weil sie für eine Partei stehen. Gibt es solche? Es scheint so. Da wären Schröder, Hildebrandt, Stolpe für die SPD, Kohl, Biedenkopf, Weizsäcker für die CDU, die man auch ohne ihre Partei wählen würde, weil man sie auch ohne ihre Partei kennt und ernst nimmt. Und da sind Scharping, Heitmann oder Bergner, die nur solange etwas gelten, wie sie Exponenten einer zeitweiligen Parteiströmung sind. Sind diese »schuld« an der »Verdrossenheit«? Oder sind es die starken Charaktere, die sich die Parteien nur für eigene Zwecke zunutze zu machen scheinen?

Wer war der »gute König«, nach dessen Tod der Nachfolger leben sollte? Er war ein Mann, der für *irgendein* System stand und deshalb auf Gedeih und Verderb mit ihm verbunden war. Er konnte nicht abtreten wie ein demokratisch Gewählter. Er wurde gestürzt oder geköpft. Oder feierte mit seinem durch ihn selbst unterdrückten und zugleich geführten Volk einen Sieg über einen anderen König und dessen Volk oder regierte einfach still und konservierte eine bestehende Ordnung. Alle kannten die unveränderlichen Regeln und konnten sich mehr oder weniger gut einrichten. – Irgendwann wurde dann diese Einrichtung Selbstzweck.

Immer dann traten die Querulanten auf den Plan. Die wußten es

Jochen Adolphi –
Jg. 1948, Dr. rer. nat.,
seit 1990 Kommunalpoliti-
ker in Dresden, arbeitet in
einer kleinen Softwarefir-
ma, größere Publikatio-
nen: High-Tech im Land
der Samurai (mit Wolfram
Adolphi), nl-konkret Nr.
84, Verlag Neues Leben
Berlin 1988.

besser als die Könige. Sie zweifelten heilige Ordnungen an, im Namen der Mehrheit, die entstehen sollte, wenn die Mehrheit aufwachen würde aus diesem Eingerichtetsein. Diese Leute »verrieten« feststehende Werte.

Das ging mit Jesus Christus so – lange nach dem ihm wohl unbekanntem dialektisch weisen und pragmatischen Konservator Konfuzius. Und man hat ihm geglaubt und ist ihm mit zunehmender Begeisterung gefolgt, und er hat sich für seine Ideen geopfert, und so folgten ihm noch mehr Leute. Denn er verkörperte einen neuen Typ von König, der dem oberflächlich und heuchlerisch gewordenen Alltag seine Unmittelbarkeit und seine mystische Tiefe wiedergab. Er hatte den Mut, eingespielte Werte aufzuheben und die Gebote auf wenige, aber wesentlichere zu reduzieren.

Er hat also »heilige Kühe« geschlachtet, als eine Sinnkrise drohte, und zwar im Namen des Lebens und mit politischer Verantwortung, also im Namen eines neuen Ideals und im Rahmen des Machbaren. Er hat nicht gesagt: »Man müßte«, sondern: »Ich mache«. – Man hat ihn gekreuzigt, solange dazu noch Zeit war.

Das ging mit Lenin so. Selbst im Rausch der Revolution hat er schnell gelernt, sich auf das Machbare zu beschränken, und die Weltrevolution für ein kleines sozialistisches Rußland »verraten«, als er Frieden mit Deutschland schloß. Die Losung »Freiheit oder Tod!« schien ihm schon mitten im Aufbruch des möglichen Kriegsendes keine Basis für den Alltag sein zu können. Wie Christus hat er auf die Macht des Beispiels vertraut und gehofft, die anderen würden selber für sich vernünftige Entscheidungen treffen. Er hat nicht gesagt: »Ihr müßt«, sondern: »Wir machen«. – Dann hat uns die Geschichte den Verräter Stalin gebracht, als Lenin krank wurde, bevor man ihn kreuzigen konnte.

Als die Welt so klein wurde, daß es kein »Ihr« und »Wir« mehr gab, als die Stalinschen Ansätze unfruchtbar geworden waren, kam der nächste Verräter: Gorbatschow. Er hatte den Mut zu sagen, er sei der Klügere und gäbe nach, wenn seinem »Neuen Denken« niemand folgen würde. Nein, er hat das nicht gesagt. Er hat es getan. Er hat der totalen Konfrontation einen Ausweg angeboten, eine positive Zwickmühle: Entweder man löst den Konflikt im guten, sprich: konstruktiv im Sinne eines neuen Gesellschaftsmodells für eine ganzheitliche Welt, oder die Konfrontation löst sich durch Wegfall eines Kontrahenten im Namen des Weltfriedens auf.

Eine Revolution, die auf sich selbst verzichtet? Und das so perfekt inszeniert, daß selbst die eigenen Konservativen keine Chance zum Kreuzigen haben? Aber er muß doch gewußt haben, daß er nur wenige Monate später wie eine Witzfigur zwischen Talkshows gehandelt werden würde. Und das ist doch tatsächlich noch viel schlimmer als heldenhaft erduldeten Kreuzigung?

Aber ob er geahnt hat, daß es seine Jünger schaffen werden, Politik zu machen? Kohl hat die Chance vertan, in Gorbatschowschen Dimensionen zu denken. Hätte er es vermocht, hätte er Honecker zu seinem Stellvertreter ernannt. (Ach ja, das ging ja nicht, da dieser schon von seinen eigenen Genossen als Opferlamm geschlachtet worden war. Welchem Gott wollten sie damit eigentlich wieder durch vorausseilenden Gehorsam Gefallen antragen?)

Und so ist Mandela der erste erfolgreiche Jünger des Neuen Denkens vom Verräter Gorbatschow. Er hat ohne Zögern seinen Erzfeind zu seinem Stellvertreter erklärt. Er wandelt in den Fußstapfen des Verrats am Alten Denken. Ihn nimmt man als »Guten König« ernst, der zeigt, daß er an das Ganze denkt. – Im Nahen Osten kann sich Gleiches ergeben, wenn Israel und die PLO weiter verhandeln.

Europa aber führt Stellvertreterkriege in Jugoslawien und feilscht um die Währungsunion, stets mit Konkurrentenblick auf die USA und Japan, den beiden altverordneten Scheuklappen gegen die Eigenverantwortung.

Und die europäische Linke, die deutsche Linke gar? Wie steht sie zum »Neuen Denken«, zum »Guten König«, will sie einen solchen stellen? Ich sehe da Probleme. Wer die Gesellschaft programmatisch spaltet, kann nicht Verantwortung für sie übernehmen. Der sollte ehrlich sein und nicht als politische Partei auftreten, sondern als Verein mit Partikularinteressen. Es macht keinen Unterschied, ob man für die Interessen der Kleintierzüchter, der Biertrinker oder der Ostdeutschen eintritt, wenn man sich um eine Bundeswahl bewirbt. Jedes ist unsittlich.

Ich höre die Klassenkämpfer fluchen. Die CDU wäre auch eine Vertreterin von Partikularinteressen des Kapitals. Das ist richtig. Das Kapital gibt es bundesweit, es soll im Bundestag vertreten sein.

Ich will auch die PDS im Bundestag haben. Deshalb will ich Ziele in ihr vertreten, die sowohl auf Sachsen als auch auf Europa oder die Welt zutreffen, und deshalb auch automatisch auf die Bundesrepublik als Ganzes. Wenn ich nun vor die reale Alternative gestellt werde: Beim Formulieren neuer Ziele verliere ich meine Chancen bei den nächsten Wahlen, also müßte ich für einen neuen Einzug in den Bundestag Ziele opfern. Wie verhalte ich mich da?

Wenn ich durch den Verzicht auf meine Ziele unkenntlich werde, wem nützte ich da im Bundestag, außer den Diätenempfängern? Und wie oft müßte ich mich dann bei taktischen Kursschwankungen der SPD oder der Grünen neu definieren, um unterscheidbar zu bleiben? Wäre es dann nicht im Sinne von Gorbatschows Neuem Denken, die PDS aufzulösen und in die SPD zu gehen, um dem Kampf gegen ein neues Hauptübel alle Scharmützel auf Nebenschauplätzen zu opfern?

Oder: Kann ich durch meine wachsende Anhängerschar beweisen, daß ich die »richtigen« Ideen habe, so daß auch die SPD eines Tages zu meinen Jüngern gehört? – Aber auch das geht wohl nur mit gesamtdeutschen und europäischen Ansätzen.

«Schließt euch an, wir brauchen jeden Mann!» hat einmal das Neue Forum gerufen. Das Ziel war leicht formulierbar, weil der Gegner leicht zu beschreiben war. Es ist so leicht, gegen das Schlechte aufzutreten, wenn es so offensichtlich ist, daß selbst seine Apologeten auf seine Besserung hoffen. – Wer ist heute der Gegner? – Wer ist Mandelas Gegner?

Pause. Denkgangst.

Mandelas Gegner ist der Hunger seiner Landsleute. Unser Gegner ist die Satttheit. Die ist in uns. Die läßt uns manchmal sogar grüne Argumente gegen eine Autobahn nach Osteuropa übernehmen. Die östlichen Nachbarn sollen ohne Abgase hungern. Für unsere edle Satttheit.

Welches Verkehrskonzept hat die PDS für die schnelle Einbindung der mitteleuropäischen und osteuropäischen Länder? Welche Analysen über die (notwendig eintretenden negativen) Veränderungen des Lebensstandards in Deutschland nach der Öffnung der Grenzen nach Osten liegen vor? Wie will die PDS die Vereinheitlichung des Weltmarkts beschleunigen? Stimmt sie regional zu, daß billige Arbeitskräfte auf Baustellen strafbar sind, womit sie die indirekte Ausbeutung armer Länder unterstützt? (Nur durch die direkte Ausbeutung des Niedriglohnes ist eine international gerechte Angleichung des Lebensstandards möglich – »glauben« wir inzwischen der CDU, die Angleichung wäre ohne Verlust machbar, um sie gemeinsam mit der CDU gleichzeitig wissentlich zu torpedieren?)

Wer sich einmal »ostdeutsch« definiert, löst sich von nationalen Fragestellungen und damit zwangsläufig auch von internationalen. Soziale Sicherheit aus der DDR erhalten zu wollen, ohne sie allen zur Verfügung stellen zu wollen, ist unmoralisch. Wählerfang mit dieser Masche ist kurzsichtig. Er dient nur einigen Abgeordneten und trägt damit zu jeder Art Verdrossenheit bei, denn ohne Mitverantwortung in einer Regierung ist es nur das Abreagieren von Protesthaltung der Wähler.

Lafontaine hat seine Haltung zur Tolerierung durch die PDS in ostdeutschen Landtagen geändert. An der Basis in den Kommunen hat noch nie jemand danach gefragt, was CDU- oder SPD-Spitze dazu sagen würden, wenn man in kommunalen Sachfragen selbstverständlich zusammengeht. (Was ZDF-Reporter bei einer telefonischen Anfrage am 20. November 1995 beim Kommunalpolitischen Forum in Dresden offenbar noch nicht wissen wollten. Frage: »In wievielen Kommunen in Sachsen gibt es eine Zusammenarbeit mit der PDS?« Armes ZDF-Deutschland.) – Es ist also an der Zeit, in der PDS nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt darüber nachzudenken, was man tun würde, wenn man als »Guter König« Verantwortung hätte.

Die Zeit des Kalten Krieges ist längst vorbei, auch wenn die Kalten Krieger noch immer in Deutschland an der Macht sind. Sie haben blitzschnell umgelernt und bekämpfen nun statt des Kommunismus im Osten die wirtschaftlich schwächeren Gegner mit den Mitteln des gewöhnlichen Kapitalismus. Man hört das nur nicht heraus, wenn sie vermeintlich von »Europa« reden und damit den Zipfel zwischen Atlantik und Neißة meinen.

Es ist logisch, wenn man im Osten »Starke Männer« wählt, die mit beliebigen Mitteln ein Gegengewicht zu Westeuropa schaffen sollen und damit einen Hauch von »Guter König« für ihr Land erzeugen. Die irrationalen Antriebe der osteuropäischen Wähler werden nur zunehmen können, solange sich Westeuropa mit Wagenburgmentalität vor der Armut schützt. (Aber so bekommt man

wenigstens Argumente für die angeblich arbeitsplatzschaffende Rüstungslobby – dabei könnten für jeden Rüstungs-Arbeitsplatz mindestens zehn ABM-Stellen eröffnet werden.)

Ist ein Gorbatschow in Sicht, der auf einer der beiden Seiten Einhalt gebieten könnte? Nein. Keines der Systeme des europäischen Konflikts wird aus sich heraus verzichten können. Da ist kein zweiter Gorbatschow in Sicht.

Und wenn es nur dieses wäre, was von einem Dreivierteljahrhundert Sozialismus in Europa bleibt, es wäre mehr als je in der Geschichte: Der geordnete Rückzug eines Verlierers in einem Kampf auf Leben und Tod, im Namen des Lebens. Einem Gorbatschow-Mandela könnte man eine Weltregierung unterstellen.

Wenn Gorbatschow also wirklich etwas verraten haben sollte, so eine mißbrauchte Idee. Und gleichzeitig hat er sie nachträglich geheiligt, indem er ihre Fähigkeit zum Selbstverzicht demonstriert hat. Ein dadurch am Leben gebliebener Mensch kann also durch ihn nicht verraten worden sein.

Es wird sobald kein Denkmal für Gorbatschow geben können. Wer sollte es aufstellen? Die Verlierer? Die Sieger? – Nur ein Neues Denken in unseren Köpfen kann uns vor neuen Irrtümern bewahren. Dort könnte Gorbatschow für uns fortleben, wie es die Christen mit dem Verräter Christus eben tun. Auch dort macht Mandelas Beispiel Schule: Man beginnt den Juden die Kreuzigung Christi offiziell zu verzeihen. – *Könnten wir das auch?*

GREGOR PUTENSEN

Neues Denken ad acta?

Die Reflexion der Perestrojka

im Osten Deutschlands

Gut zehn Jahre sind seit der Proklamation der Perestrojka vergangen. Die Erwartungen, die sie damals in einem rasch wachsenden Grade im Osten Europas ausgelöst hatte, waren von der Hoffnung getragen, daß die ideologischen Verkrustungen, die wirtschaftliche Ineffizienz und die systematische Beschränkung und Verletzung der politischen Rechte der Menschen im System des Staatssozialismus überwunden werden können. Auf einen kurzen Nenner gebracht hieß das: Mit Gorbatschows neuer Herangehensweise an die inneren Probleme der realsozialistischen Gesellschaft und die Fragen des Verhältnisses der beiden antagonistischen Welt- und Gesellschaftssysteme hatte der bis dahin schwindende Glaube an die Reformierbarkeit des Staatssozialismus eine unerwartete Stärkung und Wiederbelebung erfahren.

Eine ernstgemeinte Demokratisierung des Sozialismus im Inneren und der Versuch eines anderen Sicherheitsverständnisses in bezug auf die Staaten des entwickelten Kapitalismus verliehen den Hoffnungen auf eine friedlichere Welt durch umfassende Abrüstung einen erheblichen Zuwachs an Rückhalt in den unterschiedlichsten politischen Lagern. So auch in der damaligen DDR. Von vielen wurden hier die neue Offenheit und das Bemühen um politische Transparenz gegenüber den inneren und äußeren Problemen und Konflikten der damaligen Sowjetunion unter dem Schlagwort »glasnost« als Ausdruck eines ermutigenden und möglicherweise entscheidenden politischen Kulturwandels des Sozialismus geradezu dankbar begrüßt. Diesen Erwartungen stand jedoch die ablehnende Haltung gegenüber, die von der Führungsspitze in Staat und SED (und mit ihr wohl auch von einem großen Teil des »Partei-volkes«) mit wachsender Dauer des Perestrojka-Prozesses immer unverhohlener zu erkennen gegeben wurde. Die zutage getretenen Unwägbarkeiten und Krisenerscheinungen der Perestrojka boten hierzu unverkennbar willkommene Rechtfertigungsmöglichkeiten. Den nicht mehr verstummenden Debatten um den offenkundigen Reformstau für die DDR, aber auch um die generelle Frage, ob der Staatssozialismus überhaupt noch reformierbar sei, begegnete die SED-Führung in ihrer Propaganda und Agitation mit Arroganz und Häme. Ihre wohlwollende Duldung, die Perestrojka als »Katastrojka« diskreditieren zu lassen, war nicht mißzuverstehen.

Andererseits waren die Resignation und der Verdruß sowohl innerhalb als auch außerhalb der SED angesichts der zunehmend als zynisch empfundenen Machtpolitik unter dem Deckmantel des

Gregor Putensen - Jg. 1935, Prof. Dr. phil. habil.; von 1968 bis 1995 am Nordischen Institut (vormals Sektion Nordeuropawissenschaften, dann Nordeuropa-Institut) der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Arbeitsgebiete: Internationale Beziehungen, Außen- und Sicherheitspolitik nordischer Staaten; Publikationen u.a.: »Außen- und Sicherheitspolitik der Staaten Nordeuropas 1945 bis 1990«, 1994; seit 1994 Abgeordneter der PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

»demokratischen Zentralismus« soweit gewachsen, daß in der DDR illusionäre Vorstellungen und Erwartungen im Zusammenhang mit der Perestrojka eine regelrechte Hochkonjunktur hatten. Sie erlangten ein deutliches Übergewicht gegenüber der durchaus angebrachten Skepsis in bezug auf viele ihrer Erscheinungen in der UdSSR. Im Bereich von Theorie und politischer Strategie zeigte sich dieser Umstand unter anderem darin, daß allgemein-menschliche Problemstellungen die klassenpolitische Perspektive nicht nur immer stärker überlagerten, sondern in der Tendenz sogar letztlich den Klassenkampf als politischen Konfliktkomplex zu einer bedeutungslosen Größe zu reduzieren schienen. Der große gesellschaftliche Umbruch im Osten Europas an der Wende zu den neunziger Jahren hat inzwischen wieder anderes – und nicht unbedingt Neues – gelehrt. Das für die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen staatssozialistischen Länder nunmehr massenhafte und zugleich individuelle Erleben sowie die praktische Kenntnis des realen Kapitalismus verleihen der Kategorie des Klassenkampfes schon wieder einen ganz anderen Stellenwert, als das zu Zeiten der Perestrojka der Fall war.

Und dennoch gab es im Zusammenhang mit den von der Perestrojka ausgelösten Veränderungen im politischen Denken durchaus auch Bereiche, in denen sich das klassenbedingte Wesen jeglicher Politik weder damals noch heute mit jener klaren Transparenz erschließt, wie beispielsweise auf dem Gebiet der Lohn-, Arbeitsmarkt- oder Sozialpolitik. Einen dieser Bereiche, der zwar nur dem Anschein nach systemneutral, aber dessenungeachtet vordergründig vom »Nationalen« und vom Militärwesen geprägt wird, bildet die Sicherheitspolitik.

Die Dominanz des Militärischen in der Sicherheitspolitik

Die Sicherheitspolitik verkörpert eine viele Gebiete und Ressorts integrierende Klammer für das Interesse und Bestreben des jeweils herrschenden politischen Systems an seiner ungefährdeten Fortexistenz. Der Staat als das Machtinstrument der herrschenden Klasse hat – wie die Entwicklungsgeschichte der internationalen Beziehungen zeigt – diesen Anspruch auf eine nicht in Frage gestellte Fortexistenz nach außen hin mit militärischen Mitteln markiert. Die »nationale« Sicherheit des Staates wurde und wird auch heute noch mit dem Streben nach maximaler militärischer Unangreifbarkeit verknüpft. Für die Machthaber der meisten Länder ergab sich hieraus eine Sicht für die Außen- und Sicherheitspolitik, die (wenn auch in unterschiedlichem Grade) darauf abzielte, »nationale« Sicherheit für ihre Staaten zu errüsten.

Da diesem Verhaltensmuster nicht nur die Großmächte, sondern bisher auch die meisten kleineren »Akteure« in den internationalen Beziehungen gefolgt sind, bedingten ihre Anstrengungen, einen möglichst hohen Grad eigener militärischer Unangreifbarkeit zu erlangen, ein objektives »Hochschaukeln« der Rüstungen. – Aber eben nicht nur das!

Zugleich bedeutete dies auch eine unvermeidliche Einengung der Gesamtpalette ihrer auswärtigen Beziehungen und die Reduzierung ihrer Sicherheitspolitik auf die Fragen der Landesverteidi-

gung, Rüstungsbeschaffung und mancherlei restriktive Aspekte der Innenpolitik (Militarisierung, Spionageabwehr usw.). Gerade die Frage der Notwendigkeit oder Unnötigkeit von Rüstungsprogrammen wurde in aller Regel durch dieses militärisch dominierte Verständnis von »nationaler« Sicherheit in der Politik stets zugunsten der Rüstungsproduzenten entschieden. Festzustellen, in welchem Grade diese Sicherheit denn tatsächlich bedroht war, oblag bislang immer den machthabenden Eliten in Politik, Militär und Wirtschaft (einschließlich ihrer Produzenten von Waffen und anderen Rüstungsgütern), nicht jedoch dem regierten Volk als potentielles Kanonenfutter oder als Steuerzahler.

Doch auch noch das schließlich errüstete militärische Patt (mit seinen wiederum neuen Ungewißheiten) wurde von den maßgeblichen politischen und militärischen Kreisen in vielen Staaten, vor allem aber zwischen den Großmächten, als eine Infragestellung des eigenen Sicherheitsanspruches interpretiert. So konnte zuguterletzt der Anspruch auf die »nationale« Sicherheit des Staates durch eigene militärische Überlegenheit zur »ultima ratio« des sicherheitspolitischen Denkens verkommen. Und genau dieser gefährliche Auswuchs des militarisierten Sicherheitsverständnisses nicht nur der USA, sondern längere Zeit auch der UdSSR, das die eigene Sicherheit (zeitweise sogar ganz offiziell proklamiert !) durch militärische und strategische Überlegenheit gegen den Anspruch anderer Staatenakteure auf gleiche Sicherheit in der internationalen Politik zur Voraussetzung erhob, überschattete im Grunde genommen über Jahrzehnte die Beziehungen zwischen den Staaten der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) und der NATO. Dies galt natürlich vor allen Dingen unter dem Aspekt des Verhältnisses zwischen den USA und der Sowjetunion als Führungsmächte ihrer jeweiligen Militärallianzen, ungeachtet der durchaus höchst wichtigen Entspannungsphasen, deren Dauer und Tiefe allerdings zu meist von dem konkret herrschenden Klima zwischen den beiden Supermächten bestimmt wurde.

Gorbatschows Impulse für die Sicherheitspolitik – alles vergessen?

Die von Michail Gorbatschow initiierte Konzeption des »Neuen Denkens« war eine deutliche Widerspiegelung der 1982 von der Palme-Kommission verkündeten Idee der »gemeinsamen Sicherheit«. Die auf einen kurzen Nenner gebrachte Botschaft dieser »Kommission für Fragen der Abrüstung und Sicherheit« unter Leitung des 1986 ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme lautete: Mehr und zuverlässige Sicherheit durch kontinuierliche Abrüstungsschritte bei zugleich umfassender militärischer Vertrauensbildung!

Der scheinbar einfache, aber zunächst einmal alles entscheidende Prüfstein hierfür war der politische Wille. Das historische Verdienst Gorbatschows bestand darin, daß er diesem Willen tatsächlichen Ausdruck zu verleihen verstand. Als Staatsmann einer Großmacht, die zugleich der führende Staat eines hochgerüsteten Militärbündnisses in Gestalt der WVO war, verhalf er der Botschaft der Palme-Kommission zu praktischer politischer Wirkung. Unter unverkennbarer Anknüpfung an die Ergebnisse der

»Wir haben unseren Bericht ›Gemeinsame Sicherheit‹ (common security) genannt. Denn unsere Schlußfolgerung war, daß die Länder Sicherheit im Zeitalter der Kernwaffen nur gemeinsam, durch Zusammenarbeit miteinander, erzielen können. Nicht einmal die mächtigsten Supermächte können das Überleben ihrer Bevölkerung und die Grenzen ihres Territoriums heute durch einseitige militärische

Aufrüstung gewährleisten. Wie viele Kernwaffen ein Land auch anschafft, so können diese die eigene Bevölkerung nicht vor den Raketen eines anderen Landes schützen. Die Wahl steht zwischen gemeinsamem Überleben oder gemeinsamer Vernichtung. Die Unsicherheit im Zeitalter der Kernwaffen kann nur dadurch überwunden werden, daß die Nationen übereinkommen, eine gemeinsame Sicherheit zu schaffen, an der alle teilhaben.«
 Olof Palme: Gemeinsame Sicherheit (1983); in: Olof Palme - Er rührte an die Herzen der Menschen; Reden und Texte; Zusammenge stellt von Freimuth Duve, Rowohlt Verlag Reinbek 1986, S.146.

»Das einzigartige am nuklearen Zeitalter ist, daß wir ein Stadium erreicht haben, wo wir uns nicht nur selbst zerstören können, sondern auch jeden und alles, das nach uns kommen würde. Alle menschliche Zivilisation, reich und phantastisch wie sie ist, entwickelt in Tausenden von Jahren menschlicher Anstrengungen, mit ihren schönen Künsten, ihrer Literatur, ihrer Architektur und Überlieferungen, unser ganzes Leben – all dies kann ganz einfach zu Ende gehen aus menschlicher Torheit.«
 Olof Palme: Wir teilen uns dieselbe Welt. Rede zur Vier-Kontinente-Initiative am 28.1.1985 in Delhi; a.a.O. S.16.

kritischen Friedensforschung und im Dialog mit solchen wichtigen Ratgebern führender politischer Kreise ihrer jeweiligen Länder wie Egon Bahr (BRD), Johan Jörgen Holst (Norwegen), Cyrus Vance (USA), Georgij Arbatow (UdSSR) und anderer, die alle Mitglied der Palme-Kommission waren, war Gorbatschow zu einem umfassenderen Verständnis von Sicherheit gelangt. Entsprechend seiner Konzeption vom »Neuen Denken« umfaßte sein Sicherheitsbegriff einen Komplex von politischen, militärischen, humanitären, ökonomischen und ökologischen Elementen. Diese Elemente eines modernen, erweiterten Verständnisses von Sicherheit stehen nach Gorbatschows Auffassung unter den Bedingungen der Welt von heute mit ihren zunehmend globalen Problemen in einem immer weniger auflösbaren Zusammenhang zueinander. Dieser Denkan satz bekräftigte von staatsmännlicher Seite her die alternative Sicht sowohl religiöser Strömungen als auch beträchtlicher Gruppen der jüngeren Generation und grüner Bewegungen von der »Einen Welt«, in der wir leben.

In einem erstaunlichen Maße vermochte Gorbatschow in dem sensiblen militärischen Bereich der internationalen Beziehungen diese Konzeption zumindest in einigen wichtigen Teilen in konkrete Politik und einige bemerkenswerte Ergebnisse umzusetzen. Unter den Bedingungen einer für die gesamte Menschheit letztlich unkalkulierbaren nuklearen Konfrontation hatte Gorbatschow den Mut dazu aufgebracht, sich von der durch die Blocklogik geprägten Sicht enger nationaler und bündnispolitischer Sicherheitsinteressen zu lösen. Sicherheit durch Erlangung militärstrategischer Überlegenheit war von ihm als Quelle eines permanenten und in der Endkonsequenz tödlichen Wettrüstens begriffen worden. Sicherheit konnte – dem Geist der Palme-Kommission und seiner eigenen Konzeption entsprechend – nur gemeinsam mit den potentiellen Gegnern erreicht werden. Und dies hieß zugleich, deren Bedrohungsperzeption nüchtern für die eigene Sicherheitspolitik in Rechnung zu stellen. Es war daher die Konsequenz einer mutigen Politik und ein historischer Schritt (der auch gegen Teile der eigenen Generalität durchzusetzen war!), daß nach komplizierten Verhandlungen Gorbatschow mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan 1987 den INF-Vertrag unterzeichnen konnte. Dies war wirklich ein Abrüstungsvertrag, der heute im wesentlichen erfüllt ist. Er sah den Abbau und die Vernichtung einer ganzen Kategorie von Raketenkernwaffen vor und bedeutete nach 1945 den erstmaligen Versuch, das Wettrüsten nicht mehr wie bisher in allen anderen geschlossenen Abkommen durch Rüstungskontrolle (»arms control«) einzudämmen, sondern den Weg einer realen Abrüstung einzuschlagen.

Mit Blick auf die aktuelle Situation in Europa und in der Welt fragt man sich allerdings, ob diese in der Gorbatschowschen Politik umgesetzte Erkenntnis, daß sich weder nationale noch internationale Sicherheit angesichts der waffentechnischen Entwicklung errüsten lassen, heute überhaupt noch etwas zählt. Galt diese Erkenntnis etwa nur für eine Welt mit bipolarer sicherheitspolitischer Blockstruktur?

Konkret auf die NATO bezogen muß man sich logischerweise

die Frage stellen, ob denn der Wegfall des ideologischen Systemkontrahenten in Gestalt des osteuropäischen Staatssozialismus und die Tatsache eines in Europa nunmehr durchgängig etablierten kapitalistischen Marktwirtschaftssystems für eine umfassendere Fundierung des Gorbatschowschen Sicherheitsdenkens etwa ungünstigere Voraussetzungen bieten als die Bedingungen der Blockkonfrontation?

Sollte ein Sicherheitsverständnis im Sinne der Gorbatschowschen Konzeption vom »Neuen Denken« schon wieder veraltet und damit objektiv hinfällig sein? So, wie sich die Dinge – zumindest oberflächlich betrachtet – darstellen, könnte man zu dem Schluß gelangen, daß der Westen und die NATO nur so lange auf die Linie des »Neuen Denkens« bereit waren einzugehen, wie sie die Hoffnung nähren konnten, die Sowjetunion und der Warschauer Pakt würden sich durch mehr oder weniger einseitige Zugeständnisse an den Westen selbst schwächen und die eigenen militärischen Wirkungsoptionen in Frage stellen.

Ein derartiges Kalkül war seinerzeit bei den Strategieanalytikern auf beiden Seiten keineswegs unbekannt. Eine moralisierende Bewertung dieser Erwägung liegt zwar nahe, ist aber angesichts des Interessencharakters jeglicher Politik wenig produktiv.

Unbekannt und überraschend war jedoch vor allem für den Westen und seine Analytiker das Ausmaß der inneren Schwächung des staatssozialistischen Systems im gesamten Osten Europas.

Der letztlich doch überraschend eingetretene Systemkollaps war der krönende Sieg des kapitalistischen Westens in einem langwierigen, ungeheuer ressourcenfressenden, aber mit überlegenen ökonomisch-industriellen Mitteln gegenüber dem Osten geführten kalten (und manchmal auch fast heißen) Krieg.

Die Schlußfolgerungen aus diesem historischen Umbruch verursachen allerdings angesichts des erneut dominanten und offenkundig noch zunehmenden Gewichtes der militärischen Kategorien im sicherheitspolitischen Denken der verantwortlichen Politikereliten mehr als nur spürbares Unbehagen. Das was anfangs der neunziger Jahre undenkbar schien, wurde inzwischen zur militärischen (wenn auch noch nicht ganz selbstverständlichen) Realität: Soldaten der Bundeswehr sind dabei – nicht etwa, um den traditionellen Verteidigungsauftrag für die Abwehr einer Aggression gegenüber der BRD oder dem NATO-Bündnisterritorium zu erfüllen, sondern im »Out of area«-Einsatz im früheren Jugoslawien. Deutschlands unleugbare »Verpflichtung zur Wahrnehmung internationaler Verantwortung« wird nunmehr allerdings auf neue Weise unterstrichen. Großmachtambitionen schreien stets nach ihrer militärischen Untersetzung. Für unmißverständliche Signale in dieser Richtung hat der Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien den rechtskonservativen Kräften in Deutschland den lange herbeigesehten, willkommenen Anlaß geboten.

Statt des gemeinsamen europäischen Hauses – Renaissance des militärisch geprägten Sicherheitsdenkens

Die Idee eines »gemeinsamen Hauses Europa« – so lange vom Westen mit unverkennbarem Wohlwollen betrachtet, wie die von

»In der Vergangenheit ist Sicherheit durch ständig fortschreitende Rüstung und durch gegenseitige Bedrohung, durch Abschreckung gesucht worden. Aber dies hat nur die Unsicherheit der Menschen vergrößert. Es zeigt, daß es illusionär ist zu glauben, daß die Suche nach einer narrensicheren Verteidigung durch immer mehr und immer weiter entwickelte Verteidigungssysteme eine sichere Zukunft geben könnte. Der einzige Weg zu dauerhafter Sicherheit führt über die atomare Abrüstung.«

Olof Palme: Wir teilen uns dieselbe Welt. Rede ..., a.a.O. S. 165.

Gorbatschow geführte UdSSR ihre Abrüstungspolitischen Beiträge für eine spürbare militärische Entspannung leistete – wird heute ganz offenkundig von einem anderen Europa-Verständnis ersetzt. Der welthistorische Verzicht der Sowjetunion auf den Versuch, ihren Einflußbereich mit militärischer Gewalt zusammenzuhalten, scheint im Westen, betrachtet man seine heutige Politik gegenüber Rußland, bereits in Vergessenheit geraten zu sein. Dies ist nicht nur eine kurzsichtige, sondern auch verantwortungslose Haltung. Sie liefert den nationalistischen Kräften in Rußland unter Berufung auf die vergangene Größe ihres Landes vor allem im Bereich des Militärwesens und des militärisch-industriellen Komplexes schlimmerweise glaubhafte Motive und sichert ihnen damit einen unter Umständen bedrohlichen politischen Rückhalt!

In diesem Zusammenhang sei auf die russische Militärdoktrin verwiesen, die offensichtlich erheblich hinter die Kernaussagen der Militärdoktrin der späteren Sowjetära zurückgefallen ist.

Hierbei beunruhigt insbesondere die Rücknahme der Verpflichtung, in einem bewaffneten Konflikt unter keinen Umständen als erster nukleare Waffen anzuwenden. Aber auch die These von den Sonderinteressen Rußlands im »näheren Ausland« muß mit ihrer vieldeutigen Interpretierbarkeit nicht nur Irritationen hervorrufen. Nein, sie bietet geradezu auf dem Präsentierteller auch noch Vorwände für ein Agieren im unmittelbaren Staatenumfeld der Russischen Föderation, die ihren Sicherheitsinteressen objektiv zuwiderlaufen.

Rußland ist Anfang des Jahres 1996 trotz des faktisch noch nicht beendeten Krieges in Tschetschenien (dies war der Hauptgrund für die bisherige Suspendierung des russischen Beitrittsgesuches) in den Europa-Rat aufgenommen worden. Obwohl dieser Akt nicht geringzuschätzen ist, muß man doch nüchtern konstatieren, daß sich die gravierenden europapolitischen Entscheidungen begreiflicherweise seit langem – und dies auch in einem immer stärkeren Maße – vorrangig mit dem Europa der EU verknüpfen.

Umso beklemmender muß unter diesem Blickwinkel der ostentative Dogmatismus namhafter »europäischer« Politiker wirken, deren Überlegungen zu einer Osterweiterung der EU stets und a priori auf eine grundsätzliche Ausgrenzung Rußlands hinauslaufen. Hierbei wird eine ganze Palette von Argumenten bemüht, in denen die wirtschaftlichen Bedenken genau genommen die einzigen sind, die tatsächlich gravierenden Charakter besitzen. Die ebenfalls von einem rückwärtsgewandten Nationalismus getragenen Bemühungen der mittelosteuropäischen Staaten und der Länder des Baltikums nach einem baldigen Anschluß an die NATO und die unter dem Schlagwort der »Osterweiterung« immer deutlicheren Avancen der NATO gegenüber dieser Staatengruppe stellen die Glaubwürdigkeit der seinerzeit proklamierten Ziele und Absichten der »Partnerschaft für den Frieden« und des Nordatlantischen Kooperationsrates zunehmend in Frage. Vergessen auch die von den Erwartungen der Völker getragenen feierlichen Erklärungen des Pariser KSZE-Gipfels vom November 1990 über eine Zone des Friedens zwischen Vancouver und Wladiwostok. Die Friedensdividende ist ausgeblieben.

Aus dem Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit :

Militärische Stärke ist kein legitimes Instrument, um Streitigkeiten zwischen Staaten zu lösen.

... Die gängigen Definitionen für den Begriff »Selbstverteidigung« müssen präzisiert und begrenzt werden. Ein wichtiger Aspekt einer Politik der gemeinsamen Sicherheit besteht darin, daß man erneut bekräftigt, daß auf die Anwendung von Gewalt als Instrument staatlicher Politik (gegenüber anderen Staaten - G.P.) verzichtet wird.

... Zurückhaltung in der Umsetzung nationaler Politik ist eine Notwendigkeit. Das Bedürfnis von Staaten, Vorsprünge gegenüber den anderen Staaten zu gewinnen und Sicherheit auf Kosten anderer zu erreichen, wirkt als Triebkraft für das Wettrüsten.

... Sicherheit kann nicht durch militärische Überlegenheit erzielt werden. Verzicht auf einseitige Übermacht heißt zugleich einsehen, daß die Anstrengungen für eine Begrenzung der Rüstungen und Reduzierung der Kriegsgefahr keinen Erfolg haben werden, solange der Anspruch auf militärische Überlegenheit und mi-

Man scheint in den alten Denkkategorien zu verharren. Die Schlußfolgerungen aus dem Wettrüsten des Kalten Krieges, die doch unbestreitbar eine wichtige geistige Komponente in dem gesellschaftlichen Umbruch an der Wende zu den neunziger Jahren verkörperten, werden heute bereits wieder weitgehend ignoriert.

Damals bestand bereits ein breiter Konsens darüber, daß der Krieg als Instrument der Politik als unvertretbar zu betrachten war, weil das Clausewitzsche Prinzip militärischer Gewaltanwendung im Hinblick auf die Erreichung rationaler politischer Zielsetzungen immer weniger anwendbar schien. Das künftig Entscheidende sollte die Prävention von Konflikten in ihrem Vorfeld sein. Vor allem mit Blick auf die wachsende Verletzbarkeit der industriegesellschaftlich geprägten Strukturen der entwickelteren Staaten des Nordens schien der Krieg (schon allein bei Anwendung von ausschließlich konventionellen Waffen) immer weniger als Mittel zur Lösung von zwischenstaatlichen Interessenkonflikten und damit als Kategorie der Politik seinen Stellenwert beibehalten zu können. Tschetscheniens Grosnyj oder viele Städte Bosniens sprechen für die Richtigkeit dieser Überlegungen.

All das sieht heute leider schon wieder ganz anders aus. Diese skeptische Sicht gilt nicht zuletzt für die Entwicklung in Deutschland. Das einst von westdeutschen Politikern bejubelte Motto der Bürgerrechtsbewegung in der DDR »Schwerter zu Pflugscharen« ist längst aus ihrer Rhetorik getilgt. Auch namhafte Pazifisten jener Zeit wie zum Beispiel Pfarrer Eppelmann, der in der Wendezeit sogar DDR-Abrüstungsminister war, haben inzwischen unüberhörbar ihre Stimme im Bundestag für den Einsatz deutscher Truppen in Ex-Jugoslawien erhoben.

Sorgen um die Zukunft und die Konturen eines möglichen Ausweges

Das alte sicherheitspolitische Denken scheint eine Renaissance im Hinblick auf die Perspektiven und Projekte für Europa zu erleben. Trotz vieler schöner und versöhnlich klingender Worte über die Suche nach Wegen für ein partnerschaftliches Verhältnis zu Rußland lassen weder die NATO noch die EU und WEU einen Zweifel daran, daß sie die osteuropäische Großmacht aus den europäischen Integrationsprozessen ausklammern wollen. Hierfür werden viele Argumente sowohl militärpolitischer und historisch-nationalistischer als auch wirtschaftlicher Art bemüht. Auf eine kritische Behandlung dieser Argumente wird an dieser Stelle bewußt verzichtet. Statt dessen soll versucht werden, Ansätze zu skizzieren, die aus der allem Anschein nach schon wieder festgefahrenen sicherheitspolitischen Situation herausführen könnten. Diese Ansätze sind vor allem jenem bedauerlichen Umstand geschuldet, daß trotz der Auflösung der WVO und des immer wieder beschworenen Endes des Ost-West-Konfliktes die Militärblocklogik in Gestalt der NATO weiter triumphiert.

Ungewollt oder gewollt (?) muß ein derartiges Bündnis heute durch seinen deutlich »geschlossenen« Charakter von anderen Staaten immer als in gewissem Grade gegen sie gerichtet aufgefaßt werden. Es enthält unvermeidliche Elemente von Konfrontation. Diese kämen jedoch im Rahmen eines kollektiven Sicherheits-

litärische Drohdiskpositionen aufrechterhalten wird. ... Rüstungsreduzierungen und qualitative Rüstungsbegrenzungen sind für die gemeinsame Sicherheit unverzichtbar.

Aus: Gemeinsam Säkherhet - Ett program för nedrustning / Rapporten fran den oberoende kommissionen för nedrustnings- och säkerhetsfragor under ordförändskap av Olof Palme , Stockholm 1982, S. 26-27 (Übersetzung aus dem Schwedischen vom Autor).

»Wir hatten begriffen, daß in der modernen, gegenseitig abhängigen Welt Fortschritt für eine Gesellschaft, die durch dichte Staatsgrenzen und ideologische Zäune abgeriegelt ist, unmöglich geworden war. Jede Gesellschaft kann sich heutzutage, ohne ihr eigenes Antlitz zu verlieren, nur im Zusammenwirken mit anderen umfassend entwickeln. Wir waren uns im klaren darüber, daß es unmöglich war, die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten, ohne die Sicherheitsinteressen anderer zu berücksichtigen und es ebenso undenkbar geworden war, im Zeitalter der Kernwaffen zuverlässige Sicherheit mit Hilfe militärischer Mittel zu erreichen .

Dies gab den Anstoß dazu, die prinzipiell neue Konzeption einer umfassenden Sicherheit herauszuarbeiten, die alle Seiten der Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten, einschließlich der menschlichen Dimension, berücksichtigt.«

Michail Gorbatschow: *Zhishni reformy*, Moskwa 1995, Bd. II, S. 9 (Übersetzung aus dem Russischen vom Autor).

systems wie das einer mit wirklicher und umfassender Handlungskompetenz ausgestatteten OSZE (vormals KSZE) nicht zur Geltung. Die Lösung unvermeidlicher zwischenstaatlicher Konflikte innerhalb eines von seiten aller Teilnehmerstaaten anerkannten Systems von Normen, Regeln, Verbindlichkeiten und Kompetenzen könnte in jedem Fall politisch weitaus weniger konfrontativ und technisch weniger kostenaufwendig als unter den Prämissen eines Blockeingreifens von außen erreicht werden. Auch die Möglichkeiten zur Konfliktfrühwarnung und Konfliktprävention wären unter den Bedingungen eines kollektiven Sicherheitssystems unkomplizierter. Die Realität des weitgehenden Schattendaseins der OSZE gegenüber der Rolle der NATO in der Politik Europas und zunehmend auch in der weltweiten Politik macht deutlich, welche Möglichkeiten zur Gewährleistung einer echten kooperativen bzw. gemeinsamen Sicherheit vertan worden sind.

Die Berücksichtigung der eingetretenen sicherheitspolitischen Situation zwingt zum Nachdenken über Versuche in einer realpolitisch-pragmatischen Richtung. Sie sind eigentlich nur unter folgender Prämisse zu akzeptieren: Wenn sich denn überhaupt noch etwas an der gegenwärtigen Situation der Sicherheitsprobleme in Europa ändern soll und eventuell zum Positiven verändern ließe, dann dürfen auch Überlegungen nicht außer Betracht bleiben, die gleichsam »den Bock zum Gärtner« machen. Als Kernpunkt enthalten sie die These, die Sicherheit Europas durch eine einzige gesamt-europäische Sicherheitsstruktur zu gewährleisten, indem die unklare Parallelität zwischen NATO, WEU und OSZE zugunsten der NATO beendet wird.

Erstens: Denkbar wäre die mittelfristige Bewahrung der NATO durch ihre Umwidmung von einem Verteidigungsbündnis zu einer kollektiven Sicherheitsorganisation durch schrittweise Erweiterung um alle jene Staaten Europas, die ihren Beitrittswunsch äußern. Eine mittelfristige (etwa 5 – 10jährige) Nutzung vorhandener Militärpotentiale und -strukturen sollte ohne neue Rüstungsprogramme und ohne kostspielige Anpassungen durch Umrüstung von ost-europäischen Streitkräften auf NATO-Standards erfolgen.

Zweitens: Sinnvoll ist diese militärische Organisation für die europäische Sicherheit allerdings nur dann, wenn die Tendenz zur politischen und ökonomischen Abschottung West- und Mittelosteuropas gegenüber dem Osten unseres Kontinents nicht noch weiter vorangetrieben, sondern schrittweise und zielgerichtet überwunden wird.

Drittens: Mit der Wahrnehmung von kollektiven Sicherheitsaufträgen für das friedliche Zusammenleben der Staaten Europas hätte die (natürlich auch zu Wandlungen ihres eigenen Charakters gezwungene) NATO ein Aufgabenfeld, das ihren Bestand unter den Bedingungen tiefgreifender struktureller Veränderungen im Osten noch für längere Zeit rechtfertigen ließe. Die Logik einer gesamt-europäisch genutzten Sicherheitskompetenz der NATO impliziert für sie allerdings zugleich den unabdingbaren Verzicht auf militärische Lösungen in den sich zuspitzenden Konflikten zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten und der in den Entwicklungsländern lebenden Menschheitsmehrheit.

Die skizzierten Ansätze lassen unbestreitbar viele Fragen offen. Sie zielen jedoch auf eine Einbindung der NATO in einer Richtung ab, die den wachsenden interventionistischen Drang nach globalem militärischen »Krisenmanagement« unter Berufung auf die notwendige Sicherung der ungehinderten Ressourcen- und Handelsströme für die kapitalistischen Metropolenstaaten wenn schon nicht eliminieren, so doch immerhin dämpfen könnten. Dessen ungeachtet wird sich der Konflikt zwischen den reichen OECD-Ländern des »Nordens« und den ohne soziale Perspektive lebenden Milliarden des armen »Südens« verschärfen. Die Wahrscheinlichkeit für die Austragung dieses dramatischen Interessenkonfliktes mit militärischen Mitteln wächst in der Tendenz solange weiter, wie die kapitalistischen Industriestaaten von sich aus ihren bisherigen Kurs im Verhältnis zur »Dritten Welt« nicht grundlegend ändern.

Der zunehmend zur postindustriellen Gesellschaft übergehende Kapitalismus zeigt sich bereits heute immer weniger in der Lage, in den Ländern seines eigenen Systems allen Gruppen die ökologischen und materiellen Bedingungen für ein sozial sinnerfülltes Dasein, geschweige denn für künftige Generationen zu sichern. Was vermag er dann erst den zwei Dritteln der in tiefsten sozialen Nöten lebenden Menschheit zu bieten? Besitzt er für sie eine Überlebensperspektive?

Die Staaten des entwickelten Kapitalismus hätten sich in diesem Fall den Überlebensfordernissen der Menschheit stärker als bisher zu öffnen. Dies aber hieße Absage an die bisher verinnerlichten »ewigen Wahrheiten« der Kapitallogik sowie allmähliche (und dennoch konsequente) Umkehr: Schrittweiser Verzicht auf bisher übliche, maximal profitable Produktionsweisen und Konsumtionsmuster zugunsten der Wahrnehmung einer wachsenden globalen Verantwortung; gleichzeitige Akzeptanz eines immer stärkeren Vorrangs von ökonomisch-sozialen Konfliktlösungsansätzen vor einem in seinem Stellenwert schwindenden Faktor militärischer Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen.

Unbestreitbar wäre dies aus Sicht der kapitalistischen Metropolen eine überaus teure historische Korrektur. Aber in der Nichtwahrnehmung dieses Erfordernisses liegen die zukünftig größten sicherheitspolitischen Risiken. Versuche, diesen sicherheitspolitischen Herausforderungen militärisch zu begegnen, werden tendenziell immer untauglicher, weil sie das Überleben für die zukünftig noch mögliche, vergleichsweise privilegierte Existenz des westlichen Systems vorzeitig in Frage stellen würden. Eine ganze Reihe von Entwicklungsländern ist heute schon in der Lage dazu, eher die Produktion avancierter Waffensysteme (einschließlich von Raketen und Kernwaffen) als soziale Programme mit realen Erfolgsaussichten für ihre Völker in Angriff zu nehmen. Die soziale Perspektivlosigkeit für immer größere Teile der Menschheit ist jedoch als Nährboden für fatalistisch-fundamentalistische Untergangsszenarios durchaus nicht mehr undenkbar. Milliardenfaches soziales Elend könnte eines gar nicht so fernen Tages in eine Art von Verzweiflungs-Politik nicht etwa nur von ratlosen Revolutionären, sondern ebenso von religiösen oder endgültig frustrierten regierenden Eliten umschlagen. Als deren einziges und höchstes Ziel aller Politik

»Erstmals in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, ja, wahrscheinlich sogar in der gesamten Geschichte des Landes wurde die Sicherheit nicht durch die Aufstockung militärischer Macht, nicht durch die Vergrößerung der ohnehin schon gewaltigen Rüstungsaufwendungen gefestigt. Im Gegenteil, wir konnten zu einer Revision unserer Militärdoktrin in einem ausschließlich defensiven Geist übergehen, wir begannen die Streitkräfte und Rüstungen zu reduzieren und nahmen die Konversion der Rüstungsproduktion für zivile Zwecke in Angriff. All das wurde unter Berücksichtigung der entsprechenden Haltung der NATO-Länder ohne Beeinträchtigung der Sicherheit für die Sowjetunion gemacht.

Betrachtet man die vergangenen Jahre »von der Höhe« des Jahres 1994, so muß man eingestehen, daß bei all diesen Erfolgen die Sorgen nicht nur bei uns,

sondern auch in der Weltgesellschaft als Ganzes die Sorgen nicht weniger geworden sind. Die Probleme von einst sind von neuen Problemen abgelöst worden. Man muß sich weiter bewegen, auch das ›Neue Denken‹ muß auf der Grundlage der gemachten Erfahrungen erneuert werden ...«
Michail Gorbatschow,
a.a.O., S. 10.

könnte ihnen nur noch die rächende Vernichtung der Elendsverursacher in den Metropolenstaaten des Kapitals bleiben. Zugegeben, eine schlimme Vision. Aber ist sie so unwahrscheinlich?

Das »Neue Denken« Gorbatschows bleibt trotz des staatssozialistischen Systemkollapses im Osten aktuell. Vielleicht ist es heute sogar aktueller denn je. Auch der entwickelte Kapitalismus kann nicht mehr lange so weiter machen wie bisher. Es sei denn bei Strafe seines unabwendbaren Unterganges. Allerdings dann auch für alle seine ideologischen und materiellen Kontrahenten im Lager der ausgebeuteten »Verdammten dieser (letztlich unteilbaren) Erde«. – Für eine globale Umkehr ist es daher mehr als höchste Zeit!

WOLFGANG EICHHORN

Gesellschaftsformation und -transformation im 20. Jahrhundert.

Vorwiegend methodologische Erwägungen in fünf Thesen

Sucht man nach Ursachen für die Orientierungskrise, die auch in der marxistischen Theorieentwicklung spätestens seit dem Ende der achtziger Jahre unübersehbar wurde, so darf der philosophisch-methodologischen Bereich historischen Denkens nicht ausgespart werden. Man wird da auf schematische, starr-deterministische Denkfiguren etwa der folgenden Art stoßen: Mit der gleichen unabwendbaren geschichtlichen Notwendigkeit oder Unvermeidlichkeit, mit der auf die Urgesellschaft die Sklaverei, auf diese der Feudalismus und auf diesen wieder der Kapitalismus folgte, folgt auf den Kapitalismus der Sozialismus, woraus sich folgerichtig ergibt, daß der sowjetische Gesellschaftstyp den Sozialismus schlechthin, zumindest aber dessen Wesen verkörpert. Diese Vorstellungweise war auch ein Hintergrund für das, was auf der Konferenz kommunistischer und Arbeiterparteien 1957 als Inhalt der Gegenwartsepoch¹ bestimmt und als allgemeingültige oder »grundlegende Gesetzmäßigkeiten« der sozialistischen Revolution formuliert wurde.²

Bleiben wir einen Moment bei diesen »Gesetzmäßigkeiten«, weil hier besonders deutlich zutage tritt, worin – vom methodologischen Standpunkt – das Fehlerhafte, Mechanistische dieser Sichtweise besteht und wo die Kritik anzusetzen ist. Daß heute auf der geschichtlichen Agenda eine Gesellschaftstransformation steht, welche die wachsenden Menschheitsprobleme zukünftsträchtigen, naturverträglichen, sozial-emanzipatorischen Lösungen zuführt, wird – außer von Erzkonservativen, die nun einmal die Welt von heute als das summum bonum ansehen – von niemandem ernsthaft bestritten, wengleich Umfang, Wege, Formen und Ziele recht unterschiedlich beurteilt werden. Nun kann sich eine solche Transformation nur in Folgen hochkomplexer Systemwandlungen, im Wechsel von Kontinuitäten und Sprüngen, in einer Vielzahl möglicher, zufälliger, zum großen Teil unerwartbarer Brüche und Neuansätze vollziehen. Da können nomologische Aussagen lediglich über einige ganz allgemeine Entwicklungsrahmen und Erfordernisse und bestenfalls über einige allgemeine Entwicklungsmöglichkeiten informieren. Man sieht sich da immer weitgehend offenen Perspektiven gegenüber. Man befindet sich auf unsicherem Feld, wo normalerweise schon sehr viel erreicht ist, wenn man mit begründeten Vermutungen über allgemeine Entwicklungsrichtungen arbeiten kann. Hinzu kommt, daß man sich damals (und heute ist das nicht anders), geschichtlich gesehen, bestenfalls in den Anfangsphasen eines Umbruchsprozesses befand, dessen Entfaltung

Wolfgang Eichhorn – Jg. 1930, Philosoph, Prof. Dr. phil. habil., Veröffentlichungen zu Fragen der Dialektik, der Ethik, der materialistischen Geschichtsauffassung und Geschichtsphilosophie; Schatzmeister der Leibniz-Sozietät e.V.

1 »Hauptinhalt unserer Epoche ist der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland eingeleitet wurde.« In: Dokumente der Beratungen von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1957, S. 5. Das Gesagte gilt speziell für die 1960 angebrachte Ergänzung »Epoche des Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus«, in: Erklärung der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien. November 1960, Berlin o. J., S. 10.

2 Ebenda, S. 15/16.

3 Ulrich Röseberg hat in einer seiner letzten Veröffentlichungen an Hand allgemeiner methodologische Erwägungen überzeugend gezeigt, daß es generell verfehlt ist, nach derartigen universellen Ablaufgesetzen zu suchen, in: Einmaliges und Gesetzmäßiges. Naturwissenschaftliche Evolutionsforschung auf dem Wege zur Geschichtswissenschaft? in: Dialektik, 1993, Heft 3.

4 Siehe W. Eichhorn: Wege und Irrwege einer Transformation, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Beiheft 44, 1991, S. 69 ff.

also noch außerhalb des Erfahrungs- und Wissenshorizonts lag. Der Anspruch, unter solchen Umständen und für einen solchen Prozeß »allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten« formulieren zu wollen, ist selbstverständlich nicht einlösbar. Er ist methodologisch unhaltbar. Es gibt dafür keine tragfähige Basis.³ Jene »allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten« waren umformulierte politische Konzepte, die sich ihrerseits im Umkreis der damals dominierenden Herrschaftsmeinung bewegten, politischer Subjektivismus im Gewande der Theorie.

Schubkastenvorstellungen von gesellschaftlichen Formationen und die damit verbundene Abfolgesequenz schienen, wie manch andere plättende Vereinfachungen der Geschichte auch, Klarheit und sichere politische Orientierung zu geben. Man hatte, was andere nicht hatten (und was Marx, von seinem formationstheoretischen Ansatz her, scharf ablehnte): die Kenntnis eines allgültigen Geschichtsfahrplans mit einem unverrückbaren Ziel. Was herauskam, war das Gegenteil von Klarheit und Orientierung. Die ganze Vorstellungsweise mußte an der dialektischen Struktur der Realgeschichte scheitern, theoretisch wie in ihren strategischen und tagespolitischen Implikationen.⁴ Und der Umbruch, der Ende der achtziger Jahre seinen Lauf nahm, konnte auf dieser gedanklichen Grundlage auch nur als Totalkatastrophe erscheinen: Es war alles sinnlos, alles bricht zusammen, »der« Sozialismus, die ganze Geschichte, Marx ist tot, und Jesus lebt.

II

Im folgenden soll nun vor allem die Tatsache interessieren, daß das genannte mechanistische Geschichtskonzept den Blick für manche Inhalte und Bewegungsformen der weltrevolutionären Vorgänge dieses Jahrhunderts trübte oder verstellte. Solche Vorgänge haben ja stattgefunden, wenngleich in vieler Hinsicht anders als Marx und Engels angenommen hatten. Die kapitalistisch-großindustrielle Produktionsweise veränderte die Perspektiven der Formationsprozesse einschneidend. Dies u.a. dadurch – das soll hier etwas detaillierter betrachtet werden –, daß sich ihre Ausbreitung mehr und mehr mit dem seit vier Jahrhunderten ablaufenden Prozeß der außereuropäischen Expansion, der Kolonisierung, der Schaffung politischer und ökonomischer Dominanzen und Abhängigkeiten verflocht, so daß gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Welt unter die imperialen Verbände und Mächte aufgeteilt war und nun im kapitalistischen Formierungsprozeß – vom technoökonomischen Bereich bis zu den politischen, diplomatischen und ideologischen Strukturen – neue Momente die Oberhand gewannen: der mit allen Mitteln geführte Kampf um die Verteilung und Neuverteilung der Einflußsphären, die Ausplünderung und Entwürdigung der Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern, die militärisch-machtpolitische Erpressung, das Wettrüsten, die Aggression. Zieht man das in Betracht, dann rücken vor allem zwei ineinander verschlungene Ereignisketten, die Charakter und Perspektiven kommender Umgestaltungen entscheidend prägen sollten, in den Mittelpunkt des Gesichtsfeldes.

Einerseits sind hier das in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zuerst in Deutschland auf hochindustrieller Basis in Gang gesetzte Wettrüsten und die Vielzahl blutiger Imperialkriege und -konflikte zu nennen, mit denen Afrika, der nahe Osten, ganz Asien und Lateinamerika überzogen wurden. Sie bildeten eine ebenfalls in den neunziger Jahren einsetzende, ununterbrochene Kette, die direkt in den Ersten Weltkrieg führte. Die Kolonial- und Aggressionspolitik der herrschenden imperialen Mächte und der sie stützenden politischen Kräfte hatte die Menschheit auf eine Bahn gebracht⁵, auf der nur der Griff nach der Notbremse, von dem Walter Benjamin sprach⁶, vor dem Abgrund retten konnte, und die russische Revolution vom Februar und vor allem vom Oktober 1917 war – was später auch immer an Fehlgriffen geschehen sein mag – in erster Linie erzwungener Friede von unten, eine von einer breiten Volksbewegung getragene Durchbruchrevolution⁷, die aus dem entsetzlichen Gemetzel des imperialistischen Weltkrieges hinausführte.

Andererseits war die russische Revolution von 1917 – und auch das wurde durch die genannte Epochebestimmung aus dem Blickfeld gerückt – Glied in einer ganzen Kette revolutionärer Ausbrüche (Persien, Türkei, Mexiko, Portugal, China, Rußland). Was diese Revolutionen von den vorausgegangenen Revolutionszyklen unterschied, war, daß sie nicht in den damaligen Zivilisationszentren einsetzten, sondern an deren Peripherie, dort, wo die Konfliktpotentiale des damaligen Weltsystems zusammengeballt und durch Krieg und koloniale Aggression dramatisch zugespitzt hervorbrachen.⁸ Sowohl Rußland als auch China waren für diese Situation charakteristisch. Die Tatsache dieses peripheren Ausgangspunktes ist in der Literatur vielfach betont worden.⁹ Das entspricht auch dem weiteren Fortgang der Dinge. Was in der russischen Revolution geschah, hatte bedeutenden Einfluß auch auf die entwickelten Industrieländer. In einigen Ländern (Finnland, in den baltischen Staaten, Ungarn, Deutschland, Österreich) war die dort herrschende Ordnung dem Zusammenbruch nahe. Dennoch konnte sie sich wieder konsolidieren, wobei sie sich zu innovativen und sozialen Wandlungen gezwungen sah. Anders an der Peripherie. Da entfachte die russische Revolution revolutionäre Stürme, die den nordafrikanischen und arabischen Raum, die Türkei, Argentinien und Brasilien, Korea und die Mongolei, vor allem aber China und – in ganz anderer Form – Indien überzogen. Das imperialistische Kolonialsystem wurde untergraben; es brach zusammen und zerfiel schließlich im Gefolge des Zweiten Weltkrieges. Der Prozeß setzte sich bis in die 70er Jahre fort (Vietnam, Angola, Mozambique, Nicaragua). Für die weiteren Perspektiven der weltgeschichtlichen Entwicklung war eine ganz neue Situation entstanden.

Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts zeichnet sich also eine weltgeschichtliche Verschiebung ab. Man könnte von einer partiellen Umkehr der Bewegungsrichtung der Geschichte sprechen, womit gemeint ist, daß die Determination geschichtlicher Verläufe nicht mehr – wie in den zurückliegenden Jahrhunderten – nur von den sogenannten Metropolen zur Peripherie hin, sondern nun auch von letzterer zu ersteren läuft. Problematisch und folgenschwer ist

5 Wie sehr das die Bedingungen und Perspektiven revolutionär-emanzipatorischen Wirkens veränderte, mag folgen die Ausbeutung so handgreiflich, daß sie zusammenbrechen müsse, weil kein Volk sich das gefallen lassen würde. F. Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW, Bd. 19, S. 220/21. Die Entwicklung ist anders und in schärferen Widersprüchen verlaufen. Aggression und Kolonialpolitik hatten soziale Fronten und Interessenkombinationen geschaffen, welche die Klassengegensätze im Innern der imperialistischen Staaten verschleierten, überlagerten oder nach außen verlagerten und es so ermöglichten, die Arbeiterschaft in den industriell entwickelten Ländern zu spalten und große Teile des Volkes zu korrumpieren – auf Kosten der Völker in den unterentwickelten Teilen der Welt. Die wilde chauvinistische Hetze fiel auf fruchtbaren Boden und tat das übrige. So sollte es den herrschenden Klassen wiederholt gelingen, bedeutende Massen für aggressive und verbrecherische Aktivitäten zu mobilisieren.

6 W. Benjamin: Gesammelte Schriften, I.3. (Hg. R. Tiedemann u. H. Schweppenhäuser), S. 1232.

7 Es ist bezeichnend, daß diese geschichtlich wohl wichtigste Seite dieser Revolution in jenen »grundlegenden Gesetzmäßigkeiten« der Revolution überhaupt keine Rolle spielte.

8 Peripherie meint hier nicht einfach Randgebiet in bezug auf die Ausbildung kapitalistischer Verhältnisse, sondern vor allem Randge-

biet der ökonomischen Entwicklung, insbesondere der Produktivkraftentwicklung, wobei Randgebiet nicht absolute Rückständigkeit bedeutet, sondern Schnittpunkt und Konflikt entwickelter Verhältnisse und Rückständigkeit (was sowohl für Rußland wie für China charakteristisch war). Hier gibt es einen Unterschied zwischen den Revolutionen des 20. Jahrhunderts und den bürgerlichen Revolutionen vor 1789, die zwar auch am Rand der Feudalgesellschaft einsetzten, jedoch in den am weitesten fortgeschrittenen Produktionsgebieten (Florenz, Flandern, England).

9 Verwiesen sei vor allem auf I. Wallerstein: *The Modern World System*, 3 Bde., New York u. a. 1980-1989; M. Kossok: *Fragen der Revolutionstheorie. Das 20. Jahrhundert - eine Epoche der peripheren Revolution*, in: *75 Jahre Oktoberrevolution in Rußland*, Frankfurt a. M.; W. Küttler: 1789, 1917, 2000 - Gedanken zum Verhältnis von Moderne und Revolution, in: *Z. Nr. 20. Dezember 1994*. Siehe auch E. Nyikos: »Periphere Revolutionen« im Globalsystem, in: *Z., Nr. 20. Dezember 1994* und P. Scherer: *Der große Aufstand*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 1/1993; ferner N. Chomsky: *Wirtschaft und Gewalt. Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung*, Lüneburg 1993, S. 116 e. a.; Siehe K Marx/F. Engels: *Revue. Mai bis Oktober 1850*, in: *MEGA I/10. S. 466*.

10 Siehe K Marx/F. Engels: *Revue. Mai bis Oktober 1850*, in: *MEGA I/10. S. 466*.

11 W. I. Lenin: *Referat auf*

diese Verschiebung, weil sie offenkundig mit einer Divergenz der Entwicklungstriebe der Geschichte in diejenigen der technoökonomischen Entwicklung einerseits und diejenigen der sozialen Umgestaltung und Völkeremanzipation andererseits einhergeht. Erstere bringt zusammen mit weitgehend zukunftsbestimmenden Produktivkrafttendenzen und entsprechenden Organisationsformen infolge der herrschenden Profitorientierung zugleich gefährliche destruktive Tendenzen (Rüstungsproduktion, Arbeitslosigkeit, sich vertiefende Gegensätze zwischen arm und reich, Umweltzerstörung) hervor. Die zweite mobilisiert oder revitalisiert – zumindest partiell, aber im allgemeinen mit erheblicher Einflußkraft – mit dem Erwachen der vorher niedergedrückten Völker zugleich eine bis dahin ungeahnte Vielfalt unterschiedlicher institutioneller, kultureller, religiöser Traditionen, halbarchaisch-rückständige Einflußfaktoren und Ideologeme eingeschlossen.

Hier ist in nuce die ganze Widersprüchlichkeit angelegt, die für die geschichtliche Entwicklung im 20. Jahrhundert so charakteristisch ist und die eben mit dem hölzernen Konzept der Kapitalismus-Sozialismus-Abfolgeschematik theoretisch nicht zu fassen ist. Hier müssen tieferliegende und übergreifende geschichtliche Zusammenhänge in den Blick treten, zumindest der Zusammenhang (Unterschiede eingeschlossen) heute vor sich gehender oder anstehender Formations- und Transformationsprozesse mit der ganzen Kette revolutionärer Zyklen, Einschnitte, Entwicklungs- und Krisenschübe seit dem 16. Jahrhundert und die Wechselbezüge mit geschichtlich tief verwurzelten vor- oder nichtbürgerlichen Formen und Traditionen des Reproduktions- und Kulturprozesses. Jedenfalls wandelten sich um die Jahrhundertwende die sozialen Konfliktsituationen und die Perspektiven der revolutionären Veränderungen gegenüber dem, was die Jahrzehnte zuvor an Fragestellungen hervorgebracht hatten. Das wurde auch von Marxisten nur allmählich und nach längeren Auseinandersetzungen wahrgenommen. Daß eine revolutionäre Umwälzung von der wenig entwickelten Peripherie ihren Ausgang nehmen würde, war für viele kaum oder gar nicht vorstellbar. Das widersprach der Theorie des Klassenkampfes und der Revolution, wie sie bei Marx und Engels vorlag, und doch hatten Marx und Engels die Wahrscheinlichkeit gerade eines solchen Laufs der Dinge bereits Mitte des 19. Jahrhunderts, unter anderen geschichtlichen Umständen also, ausgesprochen¹⁰ – was für ein (lebendiger) Widerspruch im Werk der beiden!

Großer Weitblick bei Lenin. Auch er hielt strikt an der klassischen marxistischen Ansicht zur bevorstehenden sozialen Umwälzung fest, doch zugleich wurde in seinem strategischen Kalkül bereits lange vor dem Ersten Weltkrieg, vor allem aber seit Ausbruch dieses Krieges, der Befreiungskampf der ausgeplünderten Völker in den wenig entwickelten, abhängigen und kolonial unterdrückten Ländern, einschließlich derjenigen des zaristischen Rußlands, als grundlegender revolutionärer Faktor der weltgeschichtlichen Entwicklung und Umgestaltung begriffen.¹¹ Das führte zu einer grundsätzlichen Neudefinition der sozialistischen Revolution: Sie werde »nicht nur und nicht hauptsächlich ein Kampf der revo-

lutionären Proletarier eines jeden Landes gegen die eigene Bourgeoisie sein, nein, sie wird ein Kampf aller vom Imperialismus unterdrückten Kolonien und Länder, aller abhängigen Länder gegen den internationalen Imperialismus sein.«¹² Heute wissen wir, daß hier einerseits Weitblick, andererseits aber zugleich eine Verkürzung der Perspektive zum Ausdruck kommt. Tatsache ist aber auch, daß die von Lenin erarbeiteten und verfochtenen Prinzipien zur Lösung der kolonialen Frage – vor allem solche Prinzipien wie das der internationalen Solidarität der Arbeiter und der unterdrückten Massen in den kolonialen und abhängigen Ländern, das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung und Lostrennung, das Prinzip der territorialen Autonomie bei gleichzeitigem demokratischem Zentralismus usw. – wie auch die Möglichkeiten und Erfordernisse ihrer Weiterentwicklung unter die großmachtpolitischen Räder dieser wie jener Seite gerieten. Das wird, wenn ich recht sehe, von künftigen Generationen als eine der großen Tragödien der Menschheit empfunden werden. Jedenfalls ist die Widersprüchlichkeit der Entwicklung, von der oben die Rede war, trotz aller zwischenzeitlich stattgefundenen Veränderungen geblieben, und sie dürfte zumindest bis weit in das nächste Jahrhundert hinein die weltgeschichtliche Szenerie in Formen, die heute kaum absehbar sind, in hohem Maße mitbestimmen.

III

Wenn es Vergangenheiten gibt, die »aufgearbeitet« werden müssen, dann gehört dazu diejenige der von Europa ausgehenden Unterwerfung und Kolonisierung der Welt. Das beliebte Bestreben metropolitaner Mächte und Ideologie, sie zu verschleiern, zu verdrängen, dem Vergessen anheim zu geben, wird wenig fruchten. Diese Vergangenheit wird künftighin die Metropolen in größerem Umfang als bisher einholen. Die Annahme, daß die Einflußnahme der rebellierenden Peripherie, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine so handgreifliche Tatsache wurde, durch die Systemumbrüche der achtziger Jahre gestoppt worden sei, kann nur einfältig genannt werden. Der Historiker Wolfgang J. Mommsen meint: »Gegenwärtig weist der Trend der historischen Entwicklung, welcher für fünf Jahrhunderte auf eine immer weiter voranschreitende Expansion Europas hinauslief, wieder in die entgegengesetzte Richtung. Von der ehemals kolonialen Peripherie, so scheint es, gehen heute Kräfte der sozialen Bedrohung und potentieller Destabilisierung auf Europa aus. Ja mehr noch, die westliche Zivilisation sieht sich durch den Islam, zumindest in seinen fundamentalistischen Ausprägungen, auf einem höheren Niveau als zuvor herausgefordert. Vor allem aber ist es die dumpfe Furcht vor einem zunehmenden Strom von Einwanderern aus der nichteuropäischen bzw. nichtwestlichen Welt, die uns umtreibt.«¹³ Es wäre unrichtig, nur destruktive und nicht auch produktive Potenzen dieser Gegenläufigkeit zu sehen – in der einen wie der anderen Richtung: auch hier ist in allem der Widerspruch. Zu befürchten steht allerdings, daß die Möglichkeiten einer gedeihlichen Lösung der ohne Zweifel komplizierten Probleme durch die ganze Entwicklung der

dem II. Gesamtrossischen Kongreß der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens, in: LW, Bd. 30. S. 145.

12 LW, Bd. 30. S. 144. 1923 meint Lenin, wenn die gigantische Mehrheit der Weltbevölkerung in Rußland, Indien, China in den antiimperialistischen Kampf für ihre Befreiung hineingerissen werde, sei der endgültige Sieg des Sozialismus vollständig und unbedingst gesichert. Siehe W. I. Lenin: Lieber weniger, aber besser, in: LW, Bd. 33. S. 489.

13 W. J. Mommsen: Europa und die außereuropäische Welt, in: Historische Zeitschrift, 1994, Band 258, S. 662/63.

14 Siehe P. Scherer: Zur Geographie des Kapitalismus 1989 - 1993, in: Z., Nr. 18, Juni 1994.

15 Siehe U. Albrecht: Reform der VN und »humanitäre« Intervention?, in: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 55/56, 1994.

16 Siehe W. Gerns: »Renaissance der sozialen Frage«: Zum Wirken des allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation, in: Neue Realitäten des Kapitalismus. Linke Positionsbestimmungen, Frankfurt a. M. 1995.

17 N. Chomsky: Wirtschaft und Gewalt. Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung, Lüneburg 1993, S. 101.

18 Hier sei nur genannt J.-C. Rufin: Das Reich und die neuen Barbaren, Berlin 1993.

letzten Jahrzehnte weitgehend verbaut wurden und katastrophische Zuspitzungen immer wahrscheinlicher werden.

Dafür sorgt schon, was heutzutage von den entwickelten Zentren her auf den weniger entwickelten Teil der Welt ausstrahlt¹⁴: die Arbeitslosigkeit, die Ausgrenzung armer und ärmster Schichten aus dem gesellschaftlichen Getriebe, der Wirtschafts- und Finanzkrieg, die Grundstücks- und Finanzspekulation, die destruktiven ökologischen Tendenzen, der Waffenhandel und die Militarisierung, die Zunahme der Potentiale struktureller Gewaltanwendung usf. All das muß dort potenziert verheerende Wirkungen erzeugen: Völkermord und ethnische Massaker, Elendsdasein von Millionen und Abermillionen in dörflicher Rückständigkeit, Dahinvegetieren in Slums und auf Müllbergen von Megastädten oder in Flüchtlingslagern. Und durch die Politik der industriell entwickelten Staaten wird vorerst in der Regel fortgesetzt, was den metropolitanen Mächten seit Ende des vorigen Jahrhunderts an brutalen, gemeinen und feigen Reaktionen auf die von der Peripherie her vordringende Rebellion in der Hauptsache einfallen wollte: Schüren von Zwiebracht und blutigen Wirrungen, Intervention, Erpressung, Boykott, Diktat. Der durch NATO und UNO getragene Interventionismus¹⁵, der sich in den letzten Jahren ausbildete, ist auch nur eine hinter politischen und medialen Rauchvorhängen mit Raffinesse eingefädelte Variante dieser metropolitanen Weisheit.

Wenn in den entwickelten Ländern die seit Anfang der neunziger Jahre in Szene gesetzten sozialen roll-back-Tendenzen¹⁶ fortwirken, werden Verhältnisse, die für unterentwickelte Länder typisch geworden sind, ganz unabhängig von dem wachsenden Einwandererdruck, dem ja neuartige Limeserfindungen auf Dauer schwerlich standhalten können, mehr und mehr in den entwickelten Industriestaaten Einzug halten. Noam Chomsky betont, daß die reichen Industriegesellschaften selbst charakteristische Merkmale der Dritten Welt annehmen: »Aus einer steigenden Flut von Armut und Verzweiflung erheben sich Inseln extremen Reichtums und enormer Privilegien.« Vor allem die USA unter Reagan und Großbritannien unter Thatcher hätten diese Entwicklung genommen, Kontinentaleuropa schließe dazu auf, und der Zusammenbruch des Sowjetimperiums eröffne neue Möglichkeiten, »die Grenzlinie zwischen Norden und Süden innerhalb der reichen Gesellschaften selbst noch besser als bisher zu befestigen.«¹⁷

Heute wird zuweilen auf die Parallelität mit der Entwicklung des römischen Weltreiches seit dem Ende des zweiten Jahrhunderts verwiesen.¹⁸ Zwar sind solche Parallelen nur sehr bedingt aussagekräftig, weil sich ja in der Geschichte Komplexsituationen, die den konkreten geschichtlichen Charakter der Erscheinungen prägen, nicht wiederholen. Aber in diesem Fall eignet sich die Parallelität, den sich unabhängig von ihr ohnehin anbietenden Schluß zu unterstreichen, daß die Menschheit Wege des wirtschaftlichen und kulturellen Ausgleichs und Austauschs, der materiell und kulturell gestützten und garantierten Selbstbestimmung und Autonomie der Völker finden muß – Wege also, die vor allem für die Wohlstandinseln dieser Welt notwendigerweise einschneidend sind, deren Chancen daher, wie jedermann weiß, überaus gering sind – oder

daß sie einer Art »römischer Lösung« mit allen ihren heute kaum vorstellbaren Destruktionen entgegengeht, wobei die Möglichkeit noch schlimmerer Konsequenzen nicht ausgeschlossen ist. Vor anderthalb Jahrtausenden hat die »römische Lösung« zusammen mit den Rückschlägen und Aderlässen immerhin doch auch eine zukunftsträchtige gesellschaftliche und moralische Erneuerung gebracht; heute sind indes auch hinlänglich Möglichkeiten für ein totales Scheitern der Menschheit gegeben – ganz abgesehen von der ökologischen Problematik, die hier nicht Gegenstand der Erörterung sein soll.

IV

In den revolutionären Ereignissen des 20. Jahrhunderts – vor allem in Rußland und in China – wurden sozialistische Programme zu wichtigen politischen und ideologischen Triebfedern des Geschehens. Daß da für den Übergang zum Sozialismus wenig realgeschichtliche Voraussetzungen vorhanden waren, ist oft genug festgestellt worden. Tatsächlich ist es, zumindest bisher, nicht gelungen, eine – mit Marx zu sprechen – »progressive Epoche ökonomischer Gesellschaftsformation« jenseits der kapitalistischen Produktionsweise zu entwickeln, und die sozialpolitischen Ordnungen, die in Mittel- und Osteuropa angetreten waren, um sie zu verwirklichen, sind zusammengebrochen. Waren demnach die sozialistische Programmatik und der Versuch, sie zu verwirklichen, sinnlos, zwecklos, verfehlt?

Hinsichtlich dieser Frage sollte zunächst erwogen werden, ob hier nicht – ähnlich wie das in allen bürgerlichen Umgestaltungen der Fall war – der Überschuß an Blümenträumen, heroische Illusionen, das Ringen um noch nicht Erreichbares notwendig waren, um das, was geschichtlich möglich war, auch zu erreichen. Da wäre der Ausbruch eines bedeutenden Teils der Menschheit aus dem imperialistischen Krieg und seinen Verkettungen ebenso in das Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken wie der Ausbruch eines bedeutenden Teils der Peripherie aus dem damaligen imperialistischen Welt-system. Das sind Resultate von hoher weltgeschichtlicher Bedeutung, und sie sprechen immerhin für die sozialistische Programmatik. Schon aus diesem Grunde empfiehlt es sich, die heute bei manchen so leicht von den Lippen fließende These, der Sozialismus als Programm sei gescheitert, stark zu relativieren. Es sollte auch nicht übersehen werden, daß es nicht Illusionen und Blümenträume, sondern die tatsächlich bewirkten weltgeschichtlichen Veränderungen waren, welche diesen Revolutionen von Anbeginn den abgrundtiefen Haß aller Kriegs- und Kolonialinteressenten, aller Expropriateure, aller Befürworter militärischer Machtpolitik verschaffte, und daraus wurde die Politik der militärischen Aggression und Erpressung, der Interventionsdrohungen, der wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen und Finanzdiktate, der psychologischen Kriegführung geboren, die bis heute fortwirkt.

Weiter wäre zu fragen, welche Veränderungen in den sozialpolitischen Ordnungen, die sich »sozialistisch« oder »realsozialistisch« nannten, wirklich erzielt wurden, denn Formations- und

Transformationsprozesse werden nicht durch Programmpunkte oder durch Etiketten bestimmt. Welche Veränderungen tatsächlich möglich und wahrscheinlich waren und welche sich schließlich durchsetzten, wurde bestimmt durch ein Geflecht vielgestaltiger, einander überschneidender realer Kraftlinien, die aus der Produktivkraftentwicklung und überhaupt aus der zivilisatorischen und kulturellen Entwicklung, aus den ökonomischen Strukturen und den Interessenlagen und -konflikten der unterschiedlichen sozialen und Klassenkräfte, selbstverständlich auch aus dem Wirken politischer und anderer Institutionen, aus der Vielfalt äußerer und innerer Spannungen, aus dem präfigurierenden Wirken von Traditionen hervorgingen. Vielfalt und Vielschichtigkeit dieser Einflußfaktoren – gerade in Rußland und in China – legen die Frage nahe, inwiefern es da überhaupt möglich sein wird, einen einheitlichen sozialökonomischen Inhalt der Geschehnisse zu benennen. »Die Fülle der Revolutionen (Rußland, Ungarn, Deutschland, Lateinamerika: Mexiko, Chile, Kuba, Nicaragua u. a. m., China, Spanien, Ost- und Südosteuropa, Südostasien) mit dem Begriff ›sozialistische‹ und/oder ›proletarische‹ Revolutionen nach dem Wesen ihrer unterschiedlichen Triebkräfte und Hegemoniekonstellationen zu belegen, erweist sich als unmöglich.«¹⁹ Die konkreten Prozesse der Gesellschaftsformation und Gesellschaftstransformation, die sich in dem vielschichtigen Komplex innerer und äußerer Widersprüche ausbildeten, sind in Wahrheit bisher nur höchst mangelhaft und kaum historisch-kritisch untersucht.

19 M. Kossok: Was bleibt von der Revolution und ihrer Theorie? Ein Gedanken-spiegel in dreizehn Thesen, in: Z., Nr. 12, Dezember 1992, S. 7.

Fest steht einerseits, daß es in diesen Umbrüchen, wie bereits gesagt, nicht gelang, eine neue, zur kapitalistischen Produktionsweise alternative und ihr dauerhaft überlegene Produktionsweise, eine neue »progressive Epoche ökonomischer Gesellschaftsformation« auszubilden. Fest steht aber auch andererseits, daß dennoch – und trotz aller Entartungen und Verfehlungen, die als »Stalinismus« bezeichnet werden können – weltgeschichtlich Neues entstanden war. Im Hinblick auf soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, auf gleiche Bildungschancen, auf unentgeltliche medizinische Betreuung, auf die kulturelle Entwicklung, auf die Gleichstellung der Geschlechter, auf das garantierte Recht auf Arbeit, das Recht auf Wohnung, das Recht auf unentgeltliche Bildung wurden der menschlichen Emanzipation dienende gesellschaftliche Qualitäten ausgebildet, die das, was in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern an sozialen Errungenschaften erreicht war, quantitativ und qualitativ hinter sich ließen und von denen man durchaus sagen kann, daß sie auch unter veränderten komplexen Situationen Elemente einer neuen »progressiven Epoche der ökonomischen Gesellschaftsformation« sein können. Auch in der Produktivkraftentwicklung waren die Erfolge beträchtlich. Als jedoch – auf die entwickelten Industriestaaten beschränkt – mit der beginnenden informations- und kommunikationstechnologischen Umwälzung eine Produktivkraftrevolution größten Stils einsetzte, trat eine Effizienz- und Innovationskrise ein, die unter den Bedingungen des mörderischen Wirtschafts- und Finanzkrieges binnen eines Vierteljahrhunderts zum Zusammenbruch führte. Aus formationstheoretischer Sicht dürften die Ursachen vor allem in dem hierarchisch organi-

sierten, zu Starrheit neigenden Kommandosystem, in der sich immer wieder durchsetzenden Negativhaltung zu den Marktmechanismen und in der Geringschätzung von zivilgesellschaftlichen Ordnungsprinzipien zu suchen sein.

Die formationstheoretische Relevanz der genannten Momente einer Fehlentwicklung ist zumindest in dreierlei Hinsicht zu sehen. Zunächst machen sie deutlich, wie die Produktionsverhältnisse – speziell im Vergleich mit den Möglichkeiten der auf Profitproduktion beruhenden Konkurrenz- und Marktwirtschaften – die Fähigkeit einbüßten, spezifische menschliche Innovations- und Bewegungskräfte für die anstehende Produktivkraftrevolution hervorzu- bringen und als Organisations-, Bewegungs- und Entwicklungsformen für diese zu fungieren. Ferner birgt ihre Hervorhebung den Hinweis in sich, daß der Versuch, eine neue, zum Kapitalismus alternative und ihm überlegene Produktionsweise gewissermaßen durch einen totalen Ausstieg aus der durch die kapitalistische Produktionsweise bewirkten Formationsgeschichte zu bewerkstelligen, verfehlt ist und nicht funktionieren kann. Schließlich liegt es wiederum nahe, den geschichtlichen Zusammenhang der Problematik mit der Widersprüchlichkeit in der peripheren Situation der angezielten Umgestaltungen zu betonen.

Damit ist nicht gesagt, daß bessere, beweglichere, demokratischere Formen – etwa auf der Linie der Leninschen NÖP, die ja das erste Konzept einer auf die Entwicklung der Produktivkräfte mit sozialistischen Zielsetzungen gerichteten Marktwirtschaft mit unterschiedlichen Eigentumsformen war – fundamental andere formationelle Resultate erbracht hätte. Da sind angesichts der Interventionskriege, des Zweiten Weltkrieges, des »Kalten Krieges« usw. große Zweifel angebracht. Mit hoher Sicherheit hätte allerdings ein so rabiater Zusammenbruch, wie er Ende der achtziger Jahre eintrat, vermieden und folglich entschieden bessere Voraussetzungen für künftige Formations- und Transformationsprozesse geschaffen werden können.

V

Wie eingangs gesagt: Den Formations- und Transformationsvorgängen dieses Jahrhunderts – einschließlich dessen, was gegenwärtig passiert – ist mit Schubkastenvorstellungen von Gesellschaftsformationen und geschichtsobligatorischen Zäsuren und Abfolgen nicht beizukommen. Assoziiert man hingegen mit dem Terminus »Gesellschaftsformation« ein theoretisches Instrumentarium, das den Blick öffnet für eine im alltäglichen Reproduktions- und Lebensprozeß erzeugte und fortbewegte reale Entwicklungsgeschichte, die sich ungleichmäßig und in vielschichtigen Qualitätsänderungen vollzieht, die auch aus Wechselbeziehungen heterogener Gesellschaftsformen und aus dem Wirken von Traditionen erwächst, die auf jeder Stufe eine Vielzahl möglicher Perspektiven ausbildet usw., dann ergeben sich einige Annahmen.

Erstens. Was in den achtziger Jahren scheiterte, waren durch die Widersprüchlichkeit der geschichtlichen Umstände mitgeprägte Ansätze oder Versuche einer anstehenden Gesellschaftstransforma-

20 Ich glaube daher nicht, daß das Wesen der Sache getroffen wird, wenn man die Anbahnung kapitalistischer Produktionsverhältnisse als »einheitlichen sozialökonomischen Inhalt der Umwälzung in den ehemals sozialistischen Ländern« **spricht**. Siehe G. Fülberth: Der große Versuch, Köln 1994, S. 187.

21 Marx konstatiert das beispielsweise für den Zusammenstoß der gesellschaftlichen Ordnung der germanischen Eroberer mit dem krisengeschüttelten römischen Reich; es trete »eine Wechselwirkung ein, wodurch Neues entsteht, eine Synthese«. Einleitung [zur Kritik der politischen Ökonomie], in: MEW, Bd. 13, S. 629. Siehe dazu J. Herrmann: Ökonomie und Gesellschaft an der Wende von der Antike zum Mittelalter, in: ders.: Wege zur Geschichte, Berlin 1986.

22 Zu dieser Fragestellung siehe U. Huar: Möglichkeiten und Grenzen der Restauration des Kapitalismus in ex-sozialistischen Staaten, in: Weißenseer Blätter, 1993, H. 5. Ferner: P. Anderson: Zum Ende der Geschichte, Berlin 1993, S. 140ff. Verschiedene Erwägungen dieser Art auch bei J. Juchler: Osteuropa im Umbruch, Zürich 1994.

Christa Luft schreibt, daß sie ihren Kursanten aus Rußland, Bjelorußland, der Ukraine, Kasachstan anrät, »sie sollten in ihrer Heimat eigene Varianten von Marktwirtschaft erproben, sich nicht von 'geschäftstüchtigen' amerikanischen und anderen westlichen Beratern irgendein Lehrbuchmodell aufschwätzen lassen, das ihre Traditionen, Geschichte, Kultur, Mentalität und Wertskalen außer acht läßt.« C. Luft: Die nächste Wende kommt bestimmt, Aufbau Taschenbuch Verlag 1994, S.25. Eine offenkundig vernünftige Idee! Sie dürfte das nicht nur mittelfristig-wirtschaftspolitisch sein, sondern auch in der Perspektive auf die künftige Geschichte in Dimensionen der Formationsentwicklung.

23 D. Losurdo: »Demokratische Revolution oder Restauration?« in: Topos, 1994, H. 3, S. 59ff verweist auf Tendenzen der offenen Rekolonialisierung.

24 Engels spricht vom revolutionären Charakter der dialektischen Auffassungsweise und sieht ihn darin, »daß sie der Endgültigkeit aller Ergebnisse des menschlichen Denkens und Handelns ... den Garaus machte ... Ebensovienig wie die Erkenntnis kann die Geschichte einen vollendenden Abschluß finden in einem vollkommenen Idealzustand der Menschheit; eine vollkommene Gesellschaft, ein vollkommener 'Staat' sind Dinge, die nur in der Phantasie bestehen können; im Gegenteil sind alle nacheinander folgenden geschichtli-

tion, nicht aber diese selbst. Ähnliches war vor dem Durchbruch der großindustriellen Produktionsweise auch allen Anläufen der bürgerlich-kapitalistischen Erneuerung widerfahren – ganz abgesehen davon, daß in diesem Jahrhundert auch andere, für gewisse Zeit und bestimmte Zwecke durchaus effektive Entwicklungsvarianten scheiterten: das »New Deal«, die staatsmonopolistische Wirtschaft Nazideutschlands, die massive staatsinterventionistische Entwicklungspolitik in Japan, das berühmte »schwedische Modell«, und daß die sich auf Profitaneignung reduzierende Marktwirtschaft am Ende ist, kann nicht einmal mehr in den Wohlstandsinselfn dieser Welt verdeckt werden.

Zweitens. Wenngleich nicht zu bestreiten ist, daß momentan in Mittel- und Osteuropa eine Welle der Rekapitalisierung läuft, kann bezweifelt werden, daß die seit 1989 sich vollziehenden Wandlungen als Rückkehr zum Kapitalismus (oder gar als Reversibilität der Entwicklung aus dem Kapitalismus zum Sozialismus²⁰) adäquat beschreibbar sind. Heutzutage verschwindet in der Geschichte auch in formationeller Hinsicht nichts Wesentliches, ohne im sozialökonomischen Leben, in Kultur und Politik, im moralischen und mentalen Bereich Spuren zu hinterlassen; Spuren, die kommende formationelle Prozesse mit prägen. Daß nicht, indem sich etwas so wie es war, wiederholt oder identisch reproduziert – derlei gibt es in der Geschichte nicht –, sondern indem positive wie negative Erfahrungen für Neuansätze genutzt werden. Otto Lilienthal scheiterte, und dennoch nahm die Sache, um die es ihm ging, ihren Fortgang, nur mit veränderten Flugapparaten, die dem Apparat, mit dem Lilienthal scheiterte, wenig ähnlich waren.

Drittens ist anzunehmen, daß sich gerade an Schnittpunkten geschichtlicher Widersprüche, wo unterschiedliche oder auch gegensätzliche gesellschaftliche Strukturen aufeinandertreffen und heterogene Reproduktions- und Lebensweisen einander überlagern, formationelle Neuansätze ausbilden oder ausbilden können. In der Geschichte war das häufig der Fall.²¹ Auch heute ist als wahrscheinlich anzunehmen, daß neue, im Detail vorerst nicht absehbare formationelle Situationen entstehen, zumindest entsprechende formationelle Tendenzen sich ausbilden oder bemerkbar machen.²² So ist es nicht ausgeschlossen, daß sich in China – u.a. auf der Grundlage der großen, überaus reichen und über lange Geschichtsabschnitte ungemein innovativen Kulturgeschichte dieses Volkes – eigentümliche Formierungsprozesse ausbilden werden, die in keines der geläufigen Gedankenschemata passen. Möglicherweise wird das überhaupt – auch im Hinblick auf andere Regionen und Kulturen – ein Aspekt bevorstehender gesellschaftstransformatorischer Prozesse sein. Jedenfalls scheint heute eine immer stärker ins Gewicht fallende Multiversalität in sozialstruktureller und soziokultureller Hinsicht Hand in Hand zu gehen mit einer raschen Ausbildung globaler Interdependenzen und der Ausbildung regionaler Zentren. Das könnte zur Ausbildung neuer formationeller Ansätze führen, wenn es eine solidarisch eingerichtete Welt mit realer Selbstbestimmung der Völker geben würde. Jedermann weiß aber, daß es das heute nicht gibt, weil die heutige Welt machtpolitisch dominiert ist und diejengen Staaten, die sich

nun die Welt dominanz anmaßen, eine Politik betreiben, die man als formationelle Gleichschaltung bezeichnen könnte, wofür sie reichlich Pressionsmitteln einsetzen können.²³ Das kann die Mannigfaltigkeit möglicher Formierungsansätze hemmen. Ob sie so abgeblockt werden kann, ist zu bezweifeln.

Viertens ist auf Konsequenzen zu verweisen, die sich aus den allgemein methodologischen Überlegungen für die Idee des Sozialismus ergeben. Hier haben, wie eingangs betont, mechanistische Vorstellungen – vor allem die damit einhergehende Bindung an ein vorfixiertes politisches und soziales Systemkonzept – verderbliche Folgen erbracht. Die Theorie der Gesellschaftsformation läuft von ihren dialektisch-materialistischen Grundlagen her allen Vorstellungen von idealen Finalgesellschaften²⁴ und lehrbuchartig vorfixierten, nur noch umzusetzenden Gesellschaftsmodellen straks zuwider. Zwar kann man auch bei Marx Aussagen finden²⁵, die sich für die Konstruktion von vorverfügten Gesellschafts«modellen» gut gebrauchen ließen und so auch gebraucht wurden. Dennoch war Marx gegen die zu seiner Zeit blühenden Modellkonstruktionen von Idealgesellschaften geradezu allergisch; er verhängte, wie sich Georg Fülberth treffend ausdrückt, über die von ihm beeinflusste kommunistische Bewegung ein Bilderverbot.²⁶

Das Problem besteht in der geschichtlichen Verwurzelung der Idee des Sozialismus, die zumindest eine dreifache sein muß. Voraussetzung ist a) eine entwicklungstheoretisch fundierte Grundlage, eine prognostische Antizipation, die den Blick weitet für Perspektivenpluralität und die Offenheit künftiger Gestaltungsformen. Es bedarf b) axiologischer Prinzipien, die auf Emanzipation – die soziale Befreiung der arbeitenden Massen und die Entfaltung der individuellen Vielfalt der Menschen auf der Grundlage der Entwicklung ihrer produktiven Kräfte – gerichtet sind und dabei die Erfahrungen der Geschichte der sozialen Bewegung berücksichtigen. c) Theorie und Axiologie müssen sich an anstehenden geschichtlichen Großaufgaben bewähren, indem sie eine Richtungsbestimmung des Wollens und Handelns liefern, die sich im Ringen um friedenssichernde, sozial gerechte, demokratische, naturverträgliche Alternativen zu den Krisenerscheinungen der heutigen Zivilisation durchsetzt und dergestalt die Kultur der geschichtlichen Entwicklung – häufig über längerwährende Vermittlungen – mit prägt.²⁷

chen Zustände nur vergängliche Stufen im endlosen Entwicklungsgang der menschlichen Gesellschaft vom Niedern zum Höhern.«. F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW, Bd. 21, S. 267.

25 Vor allem in seiner Kritik am Gothaer Programm. Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: MEGA I/25.

26 G. Fülberth: Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen, Hamburg 1992, S. 147.

27 Siehe dazu W. Seidel-Höppner: Sozialismus - nur eine Utopie? in: Z., Nr. 20, Dezember 1994.

HEINRICH GRAF VON EINSIEDEL

Die Briefe Ernst Thälmanns

Eine Vorbemerkung

Ernst Thälmann, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), wurde am 3. März 1933 in Berlin verhaftet. Bis 1937 blieb er im Gefängnis von Berlin-Moabit. Dann wurde er nach Hannover verlegt, wo er bis 1943 einsaß. Über Bautzen kam er dann 1944 in das Konzentrationslager Buchenwald, wo er am 18. August 1944 von der SS ermordet wurde.

In den langen Jahren seiner Haft gelang es Thälmann, eine Reihe von Briefen durch seine Ehefrau Rosa und seine Tochter Irma aus dem Gefängnis zu schmuggeln, darunter 24 an Stalin und Molotow gerichtete Briefe und politische Betrachtungen aus der Zeit des Stalin-Hitler-Paktes.

Diese einzigartigen Dokumente wurden in Moskau im Archiv des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion aufbewahrt und nie veröffentlicht. Heute befinden sie sich im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation. Wie kamen diese Briefe nach Moskau?

Am 8. November 1939 meldete der damalige Botschafter der Sowjetunion in Berlin, A. Skwarzew, nach Moskau, in der Botschaft sei eine Frau aufgetaucht, die behauptete, die Ehefrau Thälmanns zu sein, und die Bitte ihres Ehemanns ausrichtete, ihr mitzuteilen, ob man sich in Moskau Sorge um ihn mache. Außerdem wollte sie Briefe von Ernst Thälmann an die sowjetische Führung übergeben.

Rosa Thälmann wurde vom Ersten Sekretär der Botschaft, Pawlow, und einem Berater, Kabulow, empfangen. Diese waren aber offensichtlich nicht bereit, Thälmanns Briefe sofort anzunehmen, sei es, weil sie eine Provokation von seiten der Gestapo befürchteten, sei es, weil sie angesichts des neuen, so freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjetunion es nicht wagten, sich ohne ausdrückliche Erlaubnis aus Moskau noch auf irgendwelche Kontakte mit deutschen Kommunisten einzulassen.

Immerhin wählten die beiden sowjetischen Beamten willkürlich einen der fünf Briefe, die ihnen vorgelegt worden waren, aus und sandten ihn zur Prüfung nach Moskau.

Rosa Thälmann war über diese abweisende Haltung der sowjetischen Diplomaten enttäuscht und verzweifelt. Kabulow notierte in seinem Tagebuch: Ihre Augen füllten sich mit Tränen. Sie erklärte, sie sähe keinen Ausweg mehr, da sie keine Mittel zum Überleben habe und buchstäblich hungere. Und seufzend: »Kann es denn

wirklich sein, daß die ganze Arbeit meines Mannes zugunsten der UdSSR und des Kommunismus umsonst gewesen sein soll?« Sie fügte hinzu, es sei wohl besser, sie (die Briefe? HvE) zu verbrennen, als ergebnislos wegzugehen.

Sie erhielt am 26. November 1939 auf Anordnung von Molotow 2.000 Reichsmark, dann noch einmal 1.000 Reichsmark im Februar 1940 von einer Frau aus der Schweiz, und ab August 1940 regelmäßige Zuwendungen in unbekannter Höhe.

Nachdem Schkwarzew Ende 1940 als Botschafter von Dekanowsow abgelöst worden war, verschärfte sich noch das Mißtrauen der Botschaft gegenüber Kontakten zu Rosa Thälmann. Der Botschafter fürchtete offenbar eine mögliche Verärgerung der Nazi-Regierung über solche Kontakte weit mehr, als ihn das Geschick der kommunistischen Genossen bekümmerte. Auch in diesem Punkt war die Appeasementpolitik des Kreml gegenüber Hitler bis zum Morgen des 22. Juni 1941 von selbstmörderischer Konsequenz. Dabei kann man kaum daran zweifeln, daß die Nazi-Regierung in der Paktzeit auf den leisesten Wink der Sowjetführung, daß sie an einer Freilassung Thälmanns und evt. auch weiterer kommunistischer Genossen interessiert sei, noch mit Kußhand eingegangen wäre. Im Vergleich zu allen anderen Liebesdiensten, die Hitler in dieser Zeit der Sowjetunion erweisen ließ, wäre dies für ihn fürwahr ja nur eine Lappalie gewesen.

Erst am 19. März 1940 schickte der sowjetische Außenminister Molotow den von Kabulow ausgesuchten Thälmannbrief an Stalin, der ihn kommentarlos in seinem Archiv ablegen ließ. Stalin dachte nicht daran, Thälmanns Bitten und Erwartungen auf einen diplomatischen Einsatz der Sowjetunion zu seinen und zugunsten aller übrigen in Deutschland in den Kerkern und Konzentrationslagern schmachtenden Kommunisten zu entsprechen. Immerhin ließ sich Molotow vom Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale, Georgij Dimitroff, bestätigen, daß es sich bei den in gotischer Handschrift geschriebenen Briefen um echte Briefe Thälmanns handelte, was dieser nach einem Vergleich mit früheren Schriften Thälmanns tat.

Diese Anfrage muß aber wohl erst sehr spät im Jahr 1940 erfolgt sein, denn Dimitroff antwortete erst am 24. Dezember 1940 drauf. Ein Weihnachtsgeschenk?

Aus einem Brief Schkwarzews vom 4. Mai 1940 geht hervor, daß die sowjetische Botschaft erst am 3. Mai die übrigen Briefe Thälmanns von seiner Ehefrau Rosa in Empfang genommen hat.

Insgesamt suchte Rosa Thälmann zwischen dem 8. November 1939 und dem 21. April 1941 die sowjetische Botschaft mindestens elfmal auf.

Es ist hier nicht der Platz, diese Briefe und Aufzeichnungen Thälmanns eingehend zu kommentieren. Im Abstand von über 50 Jahren auf diese Zeit zurückblickend ist es natürlich billig, sich über die Illusionen, Wunschträume und Fehlurteile eines Mannes selbstgerecht zu erheben, der sich sein Urteil über den Gang der Geschichte nur aus den Informationen bilden konnte, die ihm als Opfer des Naziterrors hinter Gittern zugänglich waren.

Daß Thälmann es für angebracht hielt, Stalin zu erklären, der

Freundschaftsvertrag mit Hitler sei kein Verrat, sondern ein genialer Schachzug, wird Stalin nicht gerade dazu motiviert haben, Thälmanns Freilassung von Hitler zu erbitten.

Wenn Thälmann dann nach dem Blitzsieg der Wehrmacht über Frankreich – den niemand in der Welt vorausgesehen und für möglich gehalten hatte – darüber nachzudenken begann, daß nun genau das Gegenteil von dem eingetreten war, was er sich vom Stalin-Hitler-Pakt erhofft hatte – nämlich statt einer Stärkung der Position der Sowjetunion ihre Schwächung und totale Isolierung –, so zeichnet ihn das vor der überwältigenden Masse seiner Zeitgenossen, und nicht nur der Deutschen, aus, die vom Überfall Nazi-deutschlands auf die Sowjetunion völlig überrascht wurden.

Daß er die schrecklichen Verbrechen und grotesken Fehleinschätzungen Stalins, die diesen Überfall erst ermöglicht und geradezu provoziert haben, nicht erkennen und nicht wahrhaben wollte, diese Irrtümer teilt er mit vielen seiner Zeitgenossen, und es gibt ja immer noch genügend verbohrt Geister, die sogar heute noch in ihrem Erkenntnisprozeß nicht sehr viel weiter gekommen sind.

Zweite Seite des Briefes von Ernst Thälmann an J.W. Stalin
vom 1. März 1939 (Erste Seite siehe 2. Umschlagseite)

Dritte Seite des Briefes von Ernst Thälmann an J.W. Stalin
vom 1. März 1939

Vierte Seite des Briefes von Ernst Thälmann an J.W. Stalin
vom 1. März 1939

ERNST THÄLMANN

Gefängnisbriefe (1939/1940)

Teil I

[N2 S.o.S.-IV Archiv 20-21ob]

1.3.39 [Datum offensichtlich später hinzugefügt]

*Nur streng persönlich übermitteln!
Zur Information nur an die engeren Polbüromitglieder!
An den Genossen Stalin!*

Teurer Genosse!

Aus dem finsternen Kerker der faschistischen Hölle in Deutschland sende ich Euch zu Eurer großen Tagung des 18. Parteitages der K.P.d.S.U. die revolutionären und zugleich herzlichsten Grüße. Inmitten einer dramatisch zugespitzten Weltlage und im leuchtenden Zeichen des gigantischen Aufbaus in der sozialistischen Nation findet Eure bedeutende Tagung statt. Die Leninsche Avantgarde, unter der festen Führung des genialen Schöpfers der grandiosen Fünfjahrespläne, dem teuren Genossen Stalin, tritt abermals vor dem russischen Volk und dem mit ihm sympathisierenden Werktätigen der ganzen Welt, mit dem Ziele, ihre Beschlüsse, die dem Wohle, dem Gedeihen und Aufblühen der gesamten sozialistischen Nation gelten, zur Entscheidung zu stellen. Den heroischen Opfern der siegreichen russischen Revolution wird erneut eine große Ehrung zuteil und ihr ruhmreiches Vermächtnis, eingemeißelt im Stein der revolutionären Geschichte Rußlands, wird abermals durch die vielseitigen Beschlüsse Eurer großen Tagung geheiligt.

Ihr unvergeßliches, aber heiliges Blut, geopfert für die gewaltige Weltanschauung und den Sieg des Bolschewismus und die von schöpferischem Leben, tiefem Ernst und meisterhafter Kraft durchfurchte leninistische Partei schufen das granitene Fundament und die siegreiche Gewähr für den Bestand und darüber hinaus für den unaufhaltsamen Aufstieg der stolzen, sozialistischen Nation. Der Zeitabstand vom Beginn der Oktoberrevolution bis zur heutigen Tagung ist nur kurz. Aber Gigantisches, fast Unvorstellbares, ja, die größten Wunder des 20. Jahrhunderts wurden durch die sozialistische Tat geschaffen. Über das Gekläffe und das Verzweiflungsgeschrei der vereinigten Opposition aller Schattierungen hinweg, stand Lenins Partei, allen Gefahren trotzend, von seinem einstmaligen besten Schüler, dem Genossen Stalin, entschlossen und meisterhaft geführt, wie ein starker Fels in der Brandung aller sturmbewegten und stürmischen Perioden dieser großen Zeit.

Durch die bolschewistische Wachsamkeit, Geschlossenheit und die leninistische Einheit der Partei und durch die gewaltigen Tatsachen der sozialistischen Erfolge wurde der buntscheckige Oppositionsblock zerschlagen, zerrieben und schließlich völlig zermalmt. Während eine Zeitlang die bekannten konterrevolutionären Oppositionsführer die Großmut und die menschliche Geduld des Genossen Stalin auszunutzen versuchten, führte Stalin mit seiner ihm treu und fest ergebenen bolschewistischen Partei den entscheidenden Schlag gegen die gesamte Opposition siegreich zu Ende, mit dem Ziel, ihre landesverräterischen Führer endgültig zu vernichten. Die gerechte Strafe hat sie getroffen, sie wurden für immer aus der sozialistischen Gemeinschaft ausgestoßen. Die ganze Partei und der Parteitag und mit ihnen die Kommunistische Internationale werden diese kühne und entschlossene sozialistische Tat ihres Genossen Stalin begeistert und dankend begrüßen und in jeder Weise zu würdigen wissen. Zugleich wird der Parteitag eine letzte, unerbittliche Warnung an die Angehörigen der Oppositionsreste richten, worin angekündigt wird, daß alle bei weiterer Fortsetzung ihrer konterrevolutionären Handlungen den Todesstoß zu erwarten haben. Auf das Geheul und Geschrei der faschistischen Lügenmeute in der ganzen Welt über fortlaufende Krisen und zunehmende Zerrissenheit innerhalb der Sowjet-Union wird Euer Parteitag schon durch sein einhelliges Ergebnis wie durch seine einstimmigen Beschlüsse an die Weltöffentlichkeit die richtige Antwort zu geben wissen.

Die Referate und sonstigen Tagesordnungspunkte, die auf Eurer Tagung zur Behandlung und zur Diskussion stehen, lassen schon erkennen, das Große und fast Unbeschreibliches geplant ist, für die Aufgabenstellung in der sozialistischen Perspektive der vorwärtsstürmenden Entwicklung Eures großen Riesenreiches.

Eure Aufgabenstellung, die der Parteitag überprüft und dann beschließen wird, ist vielseitig, aber auch schwer. Ohne Rückblick auf die Vergangenheit, ist der Ausblick der Aufgabenstellung in der Gegenwart und Zukunft nicht möglich. Wachstumsschwierigkeiten und sonstige Spannungen in der sozialistischen Wirtschaft und Industrie waren und sind auch weiterhin unvermeidlich; selbstkritische Mängel und sonstige festgestellte Fehlentwicklungen in der Industrie und Landwirtschaft, ja, selbst ernsthafte Mängel und gemachte Fehler im Parteileben werden auf dem Parteitag ohne Scheu vor der Öffentlichkeit offen und selbstbewußt ausgetragen. Nicht nur der Führer, der auserwählte Referent, spricht zum Parteitag und zum russischen Volke, und alle anderen hören zu und müssen schweigen, nein, alle können zur Befruchtung der Problem- und Aufgabenstellung ihre Meinung zum Ausdruck bringen und damit an der Erziehung des Partei- und Volkslebens unmittelbar und lebendig teilnehmen.

Die zentrale Parole Eures Parteitages wird lauten:

Alle Kräfte der Nation gilt es zu mobilisieren und einzusetzen für den sozialistischen Wiederaufbau und Ausbau der Industrie und Landwirtschaft, für die unbedingte Sicherheit und restlose Verteidigung Eures sozialistischen Vaterlandes, für den weiteren Ausbau der kulturellen und sozialen Errungenschaften und nicht zuletzt für

die solidarische Unterstützung alle Kämpfenden in der Welt gegen die Front des Faschismus. Der Parteitag wird sprechen. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei und ihre unverbrüchliche Verbundenheit mit dem ganzen russischen Volke wird seine höchste Krönung finden. Eure Parteitagsbeschlüsse werden den Siegeswillen Eures geistig gewachsenen und reifenden Volkes neue Stärkung und neues Vertrauen geben.

Unter Führung der bolschewistischen Partei, mit dem ersten Steuermann, dem Genossen Stalin, an der Spitze, vorwärts im leninistischen Kurs auf den weiteren siegreichen sozialistischen Aufbau Eures großen sozialistischen Vaterlandes!

Mit bolschewistischem Gruß
Euer Freund und Mitkämpfer
Genosse Ernst Thälmann

[N 3 S. I-XII Archiv 37-42ob]

(Abgegeben am 1.9.39) [offensichtlich später hinzugefügt]

Die drei letzten Informationen, die am 1.3., 16.4. und 15.8. von mir abgegeben, also 1 - 2 Tage vordem abgeschlossen wurden, könnten den Anschein erwecken, als wenn ich mit der inzwischen bekannt gewordenen Verständigung zwischen der UdSSR und Deutschland nicht einverstanden sei. Meine Informationen entnehme ich bekanntlich ausschließlich fast nur aus den Zeitungen und nirgends sonstwo her. Aber mein au[s]gezeichneter politischer Instinkt und Weitblick, vermag die Weltgeschehnisse so zu analysieren, daß die Folgerungen in den allermeisten Fällen richtig vorausgesehen und erkannt wurden. Diese neue geschichtliche Entscheidung, der Abschluß des Handels-, Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes zwischen der UdSSR und Deutschland, der mir in diesen Tagen durch die Presse bekannt wurde, war für mich sowie auch für viele andere Politiker eine große Überraschung. Schon seit vielen Jahren habe ich im Kerker diese jetzt eingetretene Entwicklung und ihre plötzliche Wendung in dem Verhältnis zwischen der Sowjet-Union und Deutschland ernsthaft und überzeugt vertreten, gewünscht und erhofft. Jetzt hat mich dieses geschichtlich große Ereignis überumpelt und unvorhergesehen überrascht. Es gibt heute manche insbesondere zuverlässige Leute, die kein Verständnis für diese freundschaftliche Regelung zwischen der UdSSR und Deutschland aufzubringen vermögen, da sie einmal nicht verstehen, daß die Sowjet-Union mit dem nationalsozialistischen Staat (also mit dem faschistischen Staat!) ein Bündnis eingehen kann, zum anderen sich von ihrer ehrlichen Überzeugung so stark und ausschließlich nur beeinflussen lassen, daß sie über diesen ihren politischen Horizont nicht hinaus- und weiterblicken und nur die eine Tatsache im Augenblick sehen, daß durch diese Freundschaft faktisch das Hitlerregime (also mit Hilfe der Bolschewiken) in einem längeren Kriege vor seinem Untergang gerettet würde. Ich erinnere mich

der Worte Lenins, der einmal sinngemäß gesagt hat, daß sich die Bolschewiken selbst mit dem Teufel verbinden würden, wenn es dem Kommunismus nutzen würde. Sie wissen auch nicht, daß die Sowjet-Union im September des Jahres 1933 mit Italien einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt abschloß, ohne daß damals die Mäuse zu [ein Wort unleserlich] angingen. Aber das Wichtigste und Entscheidend[de]ste, was diese Angstmäuse viel zu wenig in Erwägung ziehen und in ihren Gedankenkreis überlegen, ist die allein ausschlaggebende Kernfrage, daß die Sowjet-Union – bis jetzt noch – das einzige Land in der ganzen Welt war, der Sieg des Kampfes um den Sozialismus nicht nur Theorie blieb, sondern in der Praxis die allergrößten Triumphe aufzuweisen hat.

Diese Kleinigkeit darf man eben niemals vergessen. Dieser heroische Welterfolg mit dem *endgültigen* großen Siege des Sozialismus war nur möglich, mit der *prinzipiellen*, aber auch *beweglichen* Entschlossenheit der bolschewistischen Führung, die im Laufe der Zeit alle ihre kapitalistischen Feinde und ihre getarnten und weniger getarnten Helfershelfer siegreich aus dem Felde schlug. Die politische Kampf- und Kriegsstrategie der Bolschewiken ist immer kühn, offensiv, manchmal riskant beweglich (ein Schritt zurück, zugleich aber drei Schritte vorwärts) und *im ganzen doch immer revolutionär*. Einen Verrat an der revolutionären Weltbewegung kennt diese Führung nicht, sie ist durch die Leninsche Partei so erzogen und so aufgewachsen und mit ihr die neue Jugend, [ein Wort unleserlich] daß sie gepanzert und stahlhart wurde im siegreichen und opfervollen Kampfe gegen jeden Verrat an der proletarischen Revolution. Die Verträge, die dieses einzige Land des Sozialismus abschließt und noch abschließen wird, sind immer Verträge, die diesem Lande und damit der revolutionären Weltbewegung Vorteile und Nutzen bringen, was nicht ausschließt, daß vorübergehend auch revolutionäre Teile in der Welt darunter leiden können. Aber international betrachtet, muß für jeden aufrichtigen Revolutionär höchster Grundsatz sein, die Rolle und Bedeutung Sowjetrußlands über alles zu stellen und das Tun und Wirken der bolschewistischen Staatsmänner mit dem größten Vertrauen aufzunehmen und bei ernster Überlegung ruhig und sinnvoll nachzuprüfen. Denn ein Vertrag zwischen der UdSSR und Deutschland wird ja nicht nur von der Sowjet-Union um des Vertrages willen abgeschlossen, sondern es gibt ja unendlich viele Dinge, die überprüft, beobachtet, umrissen und analysiert werden müssen, um schon ein [ein Wort unleserlich] abschließendes Urteil in dieser großen historischen Entscheidung fällen zu können. Hinzu kommen die revolutionären Fernziele, die mit dem geschichtlichen Wendepunkt dieser bedeutenden Entscheidung im Spiel der Weltkräfte aufgerollt und gestellt werden. Und nun zu der Frage, warum konnte ich diese Entwicklung nicht vordem schon analytisch erkennen und eine solche Entscheidung nicht so plötzlich vermuten?

Was habe ich gewußt und klar erkannt?

1) Die politischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjet-Union waren in den letzten Jahren seit Bestehen des Hitler-Regimes außerordentlich gespannt und keinesfalls normal;

2) die jahrelangen Lügen- und Verleumdungskampagnen gegen

Sowjetrußland und seine Führer und die fortgesetzten antibolschewistischen Angriffe in der Presse und im Rundfunk Deutschlands und auf den Nürnberger Parteitag signalisierten die Hochspannungen, die zwischen Deutschland und der Sowjet-Union bestanden;

3) eine Gruppe von Nationalsozialisten unter Führung von Alfred Rosenberg, Werner Daitz u.a. haben die Abtrennung des Ukraine-Gebietes von der Sowjet-Union und seine Eingliederung in das deutsche Reich eine Zeitlang propagiert und gefordert und damit auch die Sowjetregierung zu ernststen und berechtigten Angriffen gegen das Hitler-Deutschland Veranlassung gegeben;

4) die Antikominternpolitik Deutschlands wurde faktisch zu einer rußlandfeindlichen Bildung einer neuen Mächtekoalition aufgezo-gen und gegen die Sowjet-Union durchgeführt. Noch im Januar dieses Jahres fand der Beitritt Ungarns auf Veranlassung Deutschlands zu dieser sowjetfeindlichen Mächtegruppierung statt; (Spanien trat im April 1939 bei.) Antikominterndreistädtebund noch am 16.8. d.J.

5) während der Verhandlungen in München forderte Hitler u.a. von Chamberlain und Daladier ihn zu unterstützen in dem Bemühen, die Sowjet-Union aus der europäischen Politik zu verdrängen. Chamberlain war für diesen Plan, während sich Daladier nicht offen dagegen aussprach;

6) das Münchener Abkommen ist ein deutlicher Beweis für den offenen Verrat Englands und Frankreichs gegenüber der Sowjet-Union;

7) die Beschlüsse von München ließen u.a. erkennen, daß das französisch-sowjetrussische Militärbündnis keine ernsthafte Grundlage mehr hatte;

8) die Fernost- und Antikominternpolitik Japans zwang die Sowjet-Union zu einer ag[g]ressiven Haltung gegenüber Japan;

9) mit der Ablehnung der von Deutschland aufgestellten Forderungen hinsichtlich Danzig, polnischer Korridor und der deutschen Minderheitenfrage an Polen durch die polnische Regierung entstand eine neue Situation und eine veränderte Lage, ein historischer Wendepunkt, nicht nur im Osten Europas, sondern zugleich in ganz Europa. Deshalb überprüfte die Sowjetregierung ihre bisherige Außenpolitik und entschied sich für eine aktive Neuorientierung in ihrer Außenpolitik. Mit dem Rücktritt Litwinows und der Ernennung Molotows unter Belassung in seinem bisherigen Amt zum Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten wurde dieser Entscheidung am sichtbarsten Ausdruck verliehen. – Damit begann die neue Aktivität und diplomatische Offensive in der sowjetischen Außenpolitik;

10) schon kurze Zeit vordem hatte die englische Regierung eine schroffe Wendung in ihrer Außenpolitik eingeleitet, mit dem Ziel der Formierung der Einkreisungsfront gegen Deutschland;

11) England übernahm mit der Ablehnung der deutschen Forderungen durch die polnische Regierung die Garantie für Polen im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen und schloß ein Garantiever-sprechen für Polen mit gegenseitiger Hilfe sofort ab. Griechenland und Rumänien wurden ebenfalls in die Garantiepläne Englands miteinbezogen und schließlich wurde zwischen England und

der Türkei und mit Frankreich und der Türkei ein gegenseitiges militärisches Beistandsabkommen vereinbart;

12) zwischen Deutschland und Italien wurde ein Freundschafts- und Militärpaktbündnis vereinbart und unterzeichnet;

13) die Sowjet-Union erwirkte in Genf eine Verschiebung der Erörterung der Frage der Alandsinseln auf Grund der finnischen Haltung in dieser Frage gegenüber der Sowjet-Union;

14) fast zu derselben Zeit als Polen die deutschen Forderungen ablehnte, begannen in Moskau die englisch-sowjetrussischen Verhandlungen auf der Grundlage des Abschlusses eines gegenseitigen Beistandsabkommens. Diese Verhandlungen wurden auf englischer Seite mit französischer Unterstützung durchgeführt. Später wurden diese Verhandlungen ausgedehnt auf Besprechungen der sowjetischen mit den englischen und französischen Militärmissionen. Auch wurde die Bildung einer Triple-Allianz ernsthaft erörtert. In der Stellungnahme der Sowjetregierung gegenüber der Haltung Polens und Rumäniens, in Fragen des Ostseeproblems und der Baltikumforderung, der Frage des direkten und indirekten Angriffs, in Fragen der Weltpolitik, in den militärischen Beistandsfragen und der Frage der Gleichberechtigung innerhalb der Triple-Entente und nicht zuletzt auch in Fragen der Behandlung bei Konsultationshandlungen offenbarten sich bei den schwierigen Verhandlungen, manchmal sogar in drastischer Form, die Differenzen und Gegensätzlichkeiten zwischen der Politik der Sowjetregierung und der Politik der englischen Regierung;

15) diese Gegensätze in europäischen und auch weltpolitischen Fragen zwischen der Politik der Sowjet-Union und der Politik Englands traten in so offener Form auf, daß es für mich klar und schon erkenntlich wurde, daß derartige Differenzen und Gegensätze zwischen der Politik der Sowjet-Union und der Politik Deutschlands keinesfalls bestanden;

16) trotz der ag[gl]ressiven Haltung des Hitler-Regimes gegenüber der Sowjet-Union war die Sowjetregierung schon seit Jahren ernsthaft bestrebt, ein gutes, wenn nicht ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland herbeizuführen, zum mindesten auf dem Gebiete der Erhöhung des Umsatzes des gegenseitigen Warenaustausches.

17) der Antritt des neuen russischen Botschafters in Berlin anstelle von Suritz [?] Mitte des Jahres 1938, die Ernennung von Mikojan zum Volkskommissar für den Außenhandel und Molotows Bemerkungen in der Sitzung des Obersten Rates der Sowjets am 31.5. dieses Jahres in der Antwort auf die englisch-französischen Vorschläge einschließlich Dreierabkommen, wo er in seiner Rede auf deutsch-russische Handelsbesprechungen anspielte, deren bevorstehende Wiederaufnahme er ankündigte, sind schon gewisse Anzeichen für die Möglichkeit der Besserung der Beziehungen;

18) seit Ende Februar 1939 wurden in der deutschen Presse und im deutschen Rundfunk merkbarerweise die Lügen und Verleumdungen gegen die Sowjet-Union und die schmutzigen Angriffe gegen ihre Führer fast ganz eingestellt, wenn auch der lumpige Schuft Albrecht seine Lügentiraden gegen Sowjetrußland und seine dreckigen Verleumdungen gegen Stalin noch Anfang März d.J. im

deutschen Rundfunk zu Gehör bringen konnte. Auch die kurzen Berichte in der deutschen Presse hinsichtlich der Tagung des 18. Parteitages der K.P.d.S.U. ließen eine Besserung der gegenseitigen Hochspannung erkennen;

19) mit der Zuspitzung des Verhältnisses Deutschlands zu Polen lag es nahe, daß sich das gespannte Verhältnis Deutschlands zu Sowjetrußland wesentlich ändern und evtl. bessern würde. Denn gegenüber Polen bestanden gemeinsame sich gegenseitig berührende Fragen, die ein gemeinsames Handeln nicht ausschlossen. Die Sowjet-Union hatte ein großes Interesse an den Fragen der Westukraine und Westweißrußlands – und Deutschland hatte seine bekannten Forderungen den Polen bereits öffentlich mitgeteilt.

Was konnte ich beim Abschluß meiner letzten Informationen noch nicht wissen und nicht klar erkennen?

1) daß die Sowjet-Union, die trotz der deutsch-polnischen Zuspitzung sich bereit erklärt hatte, mit England und Frankreich ein Dreier-Abkommen gegen Deutschland abzuschließen, sich so plötzlich entgegengesetzt entschließen und entscheiden konnte;

2) daß bei den Verhandlungen in Moskau die Politik der englischen Regierung zur Politik der Sowjetregierung so gegensätzlich offenbarte, wie es im allgemeinen in der Schärfe nicht zu erkennen war;

3) daß Englands Politik, wie es die Verhandlungen in Moskau durchblicken ließen, sich stärker und fester zu Bindungen gegenüber Polen und Rumänien, den baltischen Ländern und Finnland glaubte verpflichten zu müssen, als sie ernsthaft gewillt war mit der Sowjet-Union eine feste Freundschaft und eine weitgehende beide Partner gegenseitig bindende Verpflichtung für eine Triple-Allianz einzugehen;

4) daß die englische Regierung die Forderungen der Sowjetregierung fast immer abzulehnen versuchte und durch Kompromiße ersetzen wollte, die nichts Ganzes und nichts Positives für den Abschluß des Dreier-Abkommen[s] bedeuteten. Englands Politik bangte um seine Weltherrschaft, wenn seinem ebenbürtigen Partner die volle Gleichberechtigung bei den Verhandlungen zuteil würde. England wollte nicht Gleichberechtigung bei den entscheidenden Fragen, sondern die Unterordnung unter die Führung Englands. England war bestrebt, die Sowjetregierung für seine Pläne zu gewinnen, ohne selbst für die russischen Forderungen die rechtliche und politische Gegenseitigkeit anzuerkennen. Faktisch sollte die Sowjet-Union bei Ausbruch eines Krieges für England die Kastanien aus dem Feuer holen, wie es Stalin einmal gesagt haben soll. Daß diese fortgesetzte Unklarheit, Zweideutigkeit, teilweise Zerrissenheit, aber auch Ungeschicklichkeit kein positives Verhandlungsergebnis bringen konnte, ist auch der Entschlossenheit und Klarheit der Politik der Sowjetregierung mit zu verdanken. Daß England eine so dumme und verderbliche Politik, die sich auch gegen seine eigene Politik der Einkreisung gegen Deutschland richtete, gegenüber der Politik der Sowjetregierung vertreten konnte, ist mir heute noch nicht ganz klar und verständlich. Aber die Verhandlungsprobleme waren so vielseitig und kompliziert, daß nur ein Teil der gegenseitigen schwierigen und ernststen Streitfragen bekannt wurde;

5) daß das russisch-französische Militärbündnis so stark an Wert eingebüßt hatte, daß es für die gegenseitige militärische Unterstützung im Ernstfall schon fast jede Bedeutung verloren hatte;

6) daß das erst kürzlich zwischen Deutschland und Italien abgeschlossene Militär-Bündnis seine erste Feuerprobe nicht bestehen würde. Denn es hatte den Anschein, als wenn Italien seine militärische Unterstützung nicht zusagte, wenn Deutschland zum aktiven Eingreifen in den Ostfragen übergehen sollte;

7) daß durch die englische Einkreisungspolitik und durch das Garantieversprechen Englands an Polen Deutschland eine so entschlossene Wendung in seiner Außenpolitik vollzog, daß in den Beziehungen Deutschlands zu der Sowjet-Union eine völlige Änderung eintrat. Aus der rußlandfeindlichen schon jahrelang durchgeführten Politik, wurde plötzlich eine rußlandfreundliche. Deutschland erkannte die große Gefahr, die mit der Bildung der Triple-Allianz eingetreten wäre. Es unternahm durch das Zögern und die Unentschlossenheit Englands, die es bei den Verhandlungen in Moskau Ausdruck gab, aufgemuntert, den entschlossenen Versuch, die Beziehungen zu der Sowjet-Union völlig umzugestalten. Auf der Grundlage beiderseitiger Interessen fand es diese Lösung zur gegenseitigen Freundschaft und erzielte damit zugleich, daß es mit Hilfe der Sowjet-Union die englisch-französische Einkreisungspolitik und -front durchkreuzte;

8) daß Deutschland, bevor es diesen Schritt einleitete, mit Japan Fühlung genommen hatte, mit dem Versuch, über das deutsch-russische Freundschaftsbündnis eine Entspannung zwischen Japan und der Sowjet-Union zu Wege zu bringen;

9) daß schon während der russisch-englischen Verhandlungen eine Fühlungnahme zwischen der deutschen Regierung und der Sowjet-Regierung stattgefunden hatte, die jedenfalls über alle strittigen Probleme eine schnelle gegenseitige Verständigung herbeiführte und in allem viele gemeinsame Interessen erkennen ließ;

10) daß die Fühlungnahme einen großen und überraschenden Erfolg zeitigte, so daß voraussichtlich ein gemeinsames Handeln hinsichtlich der Osteuropafragen und einzelner anderer Hauptfragen sehr wahrscheinlich ist. Da sich die beiderseitigen Interessen vielfach berühren und ergänzen, ganz besonders in der zur Entscheidung gestellten Polenfrage, wie in der Frage der Erhöhung des Umsatzes des gegenseitigen Warenaustausches. Aber auch in den Fragen, die die Sowjet-Union darüber hinaus jedenfalls noch zur Besprechung und Lösung gestellt hatte, wie Ostseeprobleme mit Frage Alandsinseln, die Frage der Baltischen Länder und vielleicht auch die Frage Rumänien (Beßarabien) dürfte eine gegenseitige zufriedenstellende Klärung gefunden sein.

Das schier Unglaubliche und fast Unfaßbare wurde somit zur Tatsache. Die Politik von gestern wurde auf Grund der Veränderung der internationalen Lage geändert und durch eine beiderseitige Wendung zur aktiven Neuorientierung in der Außenpolitik, wurde eine gemeinsam befriedigende, aber historisch bedeutsame Lösung gefunden.

Was bedeutet der Abschluß des Freundschafts- und Nichtangriffspaktes und das Handels- und Kreditabkommen zwischen der

UdSSR und Deutschland und wie wird die Weltöffentlichkeit diese geschichtliche Wendung und sensationelle Überraschung aufnehmen?

Nur stichwortartig will ich dazu einiges hervorheben. Die ganze Weltpresse steht im Bann dieses großen geschichtlichen Ereignisses. Eine Weltsensation, eine verblüffende Wendung in der Hitlerschen Außenpolitik, aber auch eine Wendung in der Frage Danzig, des polnischen Korridors und der Entscheidung gegen Polen zugunsten Deutschlands steht bevor. Man kann von einer außergewöhnlichen Entwicklung sprechen, deren Folgerungen auch nicht mit Bestimmtheit vorzusehen sind. Das Versailler System wird in seiner letzten Etappe durch die Verständigung zweier Großmächte angegriffen und letzten Endes zerschlagen.

Überall in der Welt wird die Frage gestellt, wird es zu einem europäischen Kriege kommen oder nicht? Eine außerordentlich gespannte und im Fieberzustand sich befindende Lage! Der Austausch von Noten zwischen England und Deutschland läßt noch die Schicksalsfrage, die über den europäischen Völkern schwebt, offen. Die Forderungen Deutschlands (16 Punkte) an Polen deuten die verschärfte Hochspannung zwischen Deutschland und Polen an. Wahrscheinlich ist der Ausbruch des Krieges nur noch eine Frage von Stunden, wenn nicht noch in letzter Stunde eine andere Lösung gefunden werden sollte? In dieser geladenen Kriegs Atmosphäre ist das Tagesgespräch neben der eigentlichen Hauptfrage »Frieden oder Krieg«, die Frage der Verständigung zwischen Deutschland und der Sowjet-Union. In Deutschland hat diese Tatsache wie ein Blitz aus dem heiteren Himmel überall eingeschlagen. Alles ist verblüfft, erstaunt und überrascht. Die große Mehrheit, ja fast das ganze deutsche Volk ist, wenn auch mit Vorbehalten, voller Begeisterung für diese Verständigung, noch dazu, wo noch bis vor kurzem auf Grund **des** in Moskau zwischen der sowjetischen und den englisch und französischen Militärmissionen gepflogenen Verhandlungen eine große Unruhe im deutschen Volke entstanden war und es mit Recht eine Triple-Allianz gegen Deutschland ernsthaft fürchtete. Die Rolle und die Bedeutung der Sowjet-Union und ihre mächtige Position in der Weltpolitik wird fast überall hervorgehoben und das Prestige dieser großen Nation ist gewaltig gestiegen. Am meisten sind die Menschen darüber erstaunt und sie freuen sich zugleich, daß die Russen es fertigbrachten, in voller Geheimhaltung gegenüber England und Frankreich diese Verständigung erfolgreich durchführten. Wie begossene Pudel mußten die Militärmissionen, die in Moskau mit den Russen noch verhandelten, bei Bekanntgabe dieses Abschlusses abziehen. Diese geschickte Geheimhaltung hat ungeheuerlich eingeschlagen und überall bei Freund und Feind imponiert. Es tauchen auch hier und da gewisse Zweifel auf, ob das alles ehrlich sein kann, ob nicht doch dahinter sich etwas verbirgt, und ob nicht Stalin Hitler oder Hitler Stalin hinters Licht geführt hat? Aber diese Zweifel sind ja ganz verständlich, wenn man die Vergangenheit bedenkt. Trotzdem ist überraschend, daß das deutsche Volk plötzlich alles vergessen zu haben scheint, was jahrelang an Schmutz, Lüge und Verleumdung gegen die Sowjet-Union ausgestreut wurde. Die Lügentiraden

gegen Sowjetrußland auf den Nürnberger Parteitag ausgesprochen, wurden jetzt durch Tatsachen der Wahrheit widerlegt.

Ganze nationalsozialistische Theorien sind gepurzelt und gefallen, und die sozialistische Praxis aus dem Leben der Sowjet-Union wird jetzt mehr zur Geltung kommen. So u.a.

1) die Theorie, daß die Politik der Sowjet-Union und die Politik der Komintern eins sei; die Praxis zeigt, daß die Sowjet-Union ein Bündnis mit dem Hitler-Deutschland abschloß, trotzdem die Komintern auch weiterhin ihre antifaschistische Politik aufs schärfste fortsetzt;

2) die Theorie, daß bürgerliche Demokratie und Bolschewismus eins seien; die Praxis beweist das Gegenteil. Der Konflikt und der Abbruch, wie es die letzten russisch-englischen Verhandlungen gezeigt haben und der unerbittliche Kampf, den die Kommunistischen Parteien in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika dauernd gegen die bürgerliche Demokratie führen, ist ein naheliegendes Beispiel gegen diese falsche Theorie;

3) die Theorie, daß Sowjetrußland ein von Unruhen, Krisen und Erhebungen durchfurchtes Land sei, das beherrscht wird von einem Tyrannenregime Stalinscher Prägung; die Praxis dagegen gibt dem russischen Volk den stolzen Ruhm und die Ehre, daß es als einziges Volk in der ganzen Welt sich wirklich von der kapitalistischen Tyrannenmacht befreit hat und daß es mit der bolschewistischen Führung an der Spitze dem Genossen Stalin die allergrößten Triumphe aufzuweisen hat auf dem Gebiete der sozialistischen Erfolge und Errungenschaften. Das Volk ist frei vom kapitalistischen Joch und von kapitalistischer Unterdrückung und bestimmt über seine wirkliche Freiheit, wie sie nur die sozialistische Sowjet-Republik gewähren und auch garantieren kann;

4) die Theorie, daß dieses über 170 Millionen starke Volk unter der Schuld des Sowjetregimes teilweise dem Hungertode ausgesetzt ist, dieses Riesenreich sein eigenes Volk nicht selbst ernähren kann, trotzdem alle Voraussetzungen dafür vorhanden und gegeben sind; die Praxis straft diese Theorie Lügen, denn das Gegenteil ist die eigentliche Wahrheit. Ja, ich wage als Prophet die Zeit anzukünden, wo das deutsche Volk von den Überschüssen, die dieses Bolschewikenland schon heute in der Lage ist an Getreide und Lebensmitteln abzugeben, gerne von diesen Überschußreserven einen Teil abnehmen wird;

5) die Theorie, daß dieses Land von einer zu 98 Prozent von Juden zusammengesetzten Regierung beherrscht wird, ist eine faustdicke Lüge; denn die Nazis in Deutschland müßten doch überrascht gewesen sein, wie Ribbentrop ohne Scham die Mitglieder des sogenannten Judenregimes wie Stalin, Molotow, Woroschilow, Mikojan, Kalinin u.a. ostentativ begrüßte.

Und wenn der Reichsrechtsführer Dr. Frank auf dem letzten Nürnberger Parteitag im Jahre 1938 noch mit der frechen und lügenhaften Miene wörtlich sagen konnte: »In Moskau haben gemeine Verbrecher über ein anständiges Volk gesiegt«, so ist das der Gipfel der tiefsten Gemeinheit. Viele Nazis und auch große Teile des deutschen Volkes sehen heute die Entwicklung in der Sowjet-Union mit anderen Augen an, wodurch sie auch gezwungen

werden, über die Lügenmärchen ihrer eigenen Führer ernsthaft nachzudenken. Die Tatsachenberichte aus der Sowjet-Union, die der Öffentlichkeit in Deutschland jetzt mehr bekannt werden, sind die besten Ankläger gegen die stinkenden Lügen aus der Vergangenheit. Ein Teil der unsrigen Anhänger und früheren Genossen ist zwar unbefriedigt. Sie begreifen nicht, sie verstehen nicht. Sie sind so von Zweifeln durchwühlt und können es einfach nicht fassen, weshalb die Politik der Sowjetregierung mit dem Hitler-Deutschland eine freundschaftliche Verständigung herbeiführte? Sie stellen die Frage, wie ist es denkbar, daß sich Stalin mit Hitler einigen konnte? Ja, bei ihnen gehen die Zweifel schon so weit, daß sie leider sogar das Wort »Verrat« wagen auszusprechen. Die bisherige Politik der Sowjetregierung gegen die Politik der Aggressoren (Deutschland, Italien, Japan) und ihre Stellungnahme gegen das Münchener Abkommen ist noch nicht vergessen. Sie glauben, daß wenn es zu einem europäischen Kriege mit Deutschland kommen sollte, daß dann durch die Hilfe der Sowjetregierung für Deutschland, der Untergang des Hitler-Regimes dadurch verhindert werden würde. Ihr sehnlichster und hoffnungsvoller Wunsch, sich von diesem Regime noch einmal befreien zu können, ist jetzt völlig zerstört. Die Sozialdemokraten, von denen man bisher in Deutschland jahrelang fast nichts gehört hatte, werden jetzt auch wieder munter, und sie glauben, daß mit dem Abschluß dieses Vertrages auch ihre Zeit wieder gekommen ist. Abgesehen von ehrlichen sozialdemokratischen Kämpfern, die Seite an Seite mit uns gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen, werden die meisten führenden Leute der Sozialdemokratie, anstatt gegen das Hitler-Regime zu kämpfen, den deutsch-sowjetischen Vertrag als angeblichen »Verrat« anzuprangern versuchen und sich in Ausfällen gegen die Sowjet-Union betätigen.

In der NSDAP gibt es ebenfalls noch Tendenzen, die darauf hindeuten, daß die rußlandfeindlichen Stimmungen hier und da weiter bestehen. Aber in der großen Masse des deutschen Volkes wird diese Entscheidung nicht nur begrüßt, auch eine aufrichtige Freude für die gefundene Verständigung ist vorhanden und ist vorherrschend. Alle möglichen günstigen Kombinationen werden schon jetzt für die nächste Zukunft vorausgesagt. Es ist gewiß, daß durch diese Verständigung eine Umgruppierung der Weltkräfte eintreten wird. Die Sowjetregierung hat es vorgezogen mit einer aufgestiegenen Weltmacht, wie es Deutschland heute ist, einen günstigen Freundschaftspakt abzuschließen, anstatt mit einer niedergehenden, wie es England heute ist, einen unsicheren, mit Kompromißen geladenen Pakt anzuerkennen.

Sollte es zum Ausbruch des Krieges im Zusammenhang mit der deutsch-polnischen Hochspannung kommen und Deutschland mit England und Frankreich sich im Kriegszustand befinden, so wird die Hilfsstellung der Sowjet-Union für Deutschland eine große Bedeutung haben und der Vertrag wird stärker noch als in Friedenszeiten zur Geltung kommen. Für unsere Parteien in Frankreich, in England und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika würde in diesem Falle eine ganz schwierige Lage eintreten, denn der deutsch-russische Nichtangriffspakt würde dann zum Anlaß

genommen, um die legale Tätigkeit der Kommunistischen Parteien während des Kriegszustandes völlig zu unterbinden. Insbesondere in Frankreich wird bestimmt das sofortige Verbot gegen die K.P. ausgesprochen werden, denn die nationalen und chauvinistischen Stimmungen werden am Anfang des Krieges in Frankreich und teilweise auch in England vorherrschend und bestimmend sein. Unter dem Druck dieser allgemeinen Volksstimmung, wird der unsrige Standpunkt, die Vorkämpfer für die Erhaltung des Friedens zu sein, nur langsam und schrittweise Erfolge versprechen. Die Verbindung dieser Politik mit dem Standpunkt der Sowjet-Union und ihrer Friedenspolitik wird in Frankreich und England vorerst auf Widerstand stoßen, denn auf Grund des deutsch-russischen Vertrages würde im gegebenen Kriegszustand eine große Antipathie gegen die Sowjet-Union vorhanden sein. Bei längerer Dauer des Krieges wird aber die Stimmung umschlagen und uns große Erfolge bringen.

Die Stunde meiner Befreiung ist jetzt hoffentlich auch bald gekommen. Ich bin fest davon überzeugt, daß bei den Verhandlungen in Moskau zwischen Stalin und Molotow einerseits und Ribbentrop und Graf von der Schulenburg andererseits der Fall Thälmann zur Sprache gebracht wurde. Inwieweit er so erledigt wurde, daß ich mit meiner baldigen Freilassung zu rechnen habe, kann ich nicht wissen, aber meine Hoffnung ist heute zuversichtlicher denn je.

Die letzten Seiten habe ich in Eile und bei halbverdunkeltem Licht in der Nacht geschrieben, so daß Formfehler, nicht klare Satzstellung und Mängel in der politischen Konzentration zu verzeihen und nur unter diesen Umständen zu beanstanden sind.

JUTTA OESTERLE-SCHWERIN

Feministische Partei

DIE FRAUEN – unentbehrlich und innovativ

Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik war in den letzten fünfundzwanzig Jahren erfolgreich: Sie hat soziale und kulturelle Projekte hervorgebracht, ohne die unser Leben heute wesentlich ärmer wäre. Frauenbewegten Frauen ist es gelungen, in Bastionen des Patriarchats wie Politik, Universitäten und Medien einzudringen; Bund, Länder und Kommunen sahen sich zu einer Befriedungspolitik veranlaßt, der sie mit Hilfe der Einführung von Frauenbeauftragten nachkamen, wobei sie sich erfreulicherweise häufig die Laus in den eigenen Pelz gesetzt haben; und die Diskussionen, die die feministische Frauenbewegung in Gang gesetzt hat, haben sämtliche Parteien dazu gezwungen, selbst irgendeine Art von »Frauenpolitik« zu betreiben. Das alles sind Erfolge, die ohne die jahrelange außerparlamentarische Arbeit der Frauenbewegung nicht denkbar wären.

Was in der Projektlandschaft der Frauenbewegung bis heute fehlte, war eine politische Partei, die sich mit der eindeutigen Absicht zur Wahl stellt, die Interessen von Frauen auch auf parlamentarischer Ebene in den Mittelpunkt ihrer Politik zu rücken. Bislang versuchten Feministinnen mit mehr oder weniger großem Erfolg, ihre Themen innerhalb der SPD und der Grünen einzubringen. Neuerdings bietet sich auch die PDS – als ganz neuer Besen, der ganz gewiß gut kehrt – dafür an. Bei genauerem Hinsehen wird Frau jedoch klar, daß die Politik aller gemischtgeschlechtlichen Parteien von Männern dominiert wird und daß frauenpolitische Themen dort nur am Rande eine Rolle spielen.

Heute kann keine Partei mehr ohne Frauenpolitikerinnen auskommen. Jede dieser Politikerinnen weiß allerdings, daß sie mit dem eigentlich ungeliebten Thema »Frauenpolitik« innerhalb der eigenen Partei nicht weit kommt. Deswegen haben auch schon allzu viele von denen, die einst als Frauenpolitikerinnen ihrer Parteien »hochgekommen« sind, das Thema wieder verlassen und sich »Wichtigerem« zugewandt. Kontinuierliche Erfolge innerhalb der eigenen Partei wurden nur den wenigsten Feministinnen zuteil. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Da Frauen innerhalb aller gemischtgeschlechtlichen Parteien in der Minderheit sind, werden alle diese Parteien von Männern dominiert. In den Kreismitgliederversammlungen ist die zahlenmäßige Dominanz von Männern noch viel größer als in den Mitgliederkarteien, weil Frauen, aus welchen Gründen auch immer, an diesen Versammlungen viel seltener teilnehmen als Männer. Deswegen sind Frauen, die sich um

Jutta Oesterle-Schwerin - Jg. 1941, geboren in Jerusalem, seit 1962 in der Bundesrepublik Deutschland, seit diesem Zeitpunkt politisch aktiv, zuerst in der Außerparlamentarischen Opposition; von 1975-80 Stadträtin der SPD in Ulm, danach bis 1987 Stadträtin für Die Grünen, von 1987-90 Bundestagsabgeordnete der Grünen; zusammen mit anderen Frauen im Juni 1995 Gründung der Feministischen Partei DIE FRAUEN.

Dieser Beitrag ist eine Antwort auf den Artikel »Mottenkistenfeminismus« von Christina Schenk und Christiane Schindler, in: UTOPIE kreativ, Heft 58, August 1995, S. 34-42.

Posten oder Mandate bewerben, darauf angewiesen, innerhalb ihrer Partei von Männern gewählt zu werden. Diese Situation verursacht einen großen Anpassungsdruck und erzeugt ganz von selbst die »Schere im Kopf«. Frau darf eben nicht »zu weit« gehen, wenn sie auf eine Landesliste oder in einen Vorstand gewählt werden will. Daran ändert auch die Quotierung der Landesdelegiertenversammlungen der Grünen nichts. Die Zahl der weiblichen und der männlichen Delegierten auf diesen Landesversammlungen ist zwar annähernd gleich. Aber auch die weiblichen Delegierten werden von Kreisverbänden gewählt, die zahlenmäßig von Männern dominiert werden. Auf den Delegiertenversammlungen vertreten sie dann folgerichtig auch die Interessen derer, von denen sie delegiert wurden.

Spätestens an dieser Stelle der Argumentation wird häufig eingewandt, daß Frauen ihre Abwesenheit in den Versammlungen der gemischtgeschlechtlichen Parteien schließlich selbst zu verantworten haben. Würden sie sich dort einbringen, hätten auch frauenpolitische Forderungen bessere Chancen. Der Einwand bleibe dahingestellt. Fakt ist, daß es noch keiner Partei gelungen ist, daran etwas zu ändern, und daß große Zweifel angebracht sind, ob die Parteien das überhaupt wollen.

Als Ergebnis der beschriebenen Situation werden Feministinnen in gemischten Parteien stets nur als Gäste und immer nur für eine beschränkte Zeit geduldet, was angesichts der großen Bedeutung, die Parteien innerhalb einer parlamentarischen Demokratie nun einmal haben, der Sache der Frauen äußerst abträglich ist.

Angesichts dessen leuchtete vielen Frauen die parteipolitische Abstinenz der feministischen Frauenbewegung nicht mehr ein, zumal die Rolle der bestehenden Parteien in der Auseinandersetzung um frauenpolitische Forderungen und bei der Beschaffung von Geldern auch von Feministinnen längst anerkannt wurden. In diesem Zusammenhang sind die VertreterInnen von Parteien auch bei feministischen Projekten gern gesehene Gäste, was ihnen dann wiederum ermöglicht, sich mit den Kontakten zur Basis zu schmücken. Nicht zuletzt gehen die meisten Feministinnen sogar zur Wahl, schon um ein großes Übel durch ein kleineres zu verhindern – oder zu ersetzen.

Warum also stets als Bittstellerin oder als Gast bei anderen anknöpfen, warum als Wählerin Stimmen an Parteien verschenken, die Frauenpolitik äußerst halbherzig betreiben, anstatt endlich selbst um einen Anteil an den Machtstrukturen dieser Gesellschaft zu kämpfen? Sprecherinnen und Mandatsträgerinnen, die von Frauenversammlungen nominiert werden und sich Frauen gegenüber verantworten müssen, werden die Interessen von Frauen schließlich besser vertreten können als Frauenpolitikerinnen, die auf die Unterstützung von männerdominierten Gremien angewiesen sind.

Die Frage, ob Frauen sich separieren und eigene Organisationen aufbauen sollen, ist übrigens so alt wie die Frauenbewegung selbst. Als meine 97jährige Tante kurz vor ihrem Tod davon hörte, daß ich mich an der Gründung einer feministischen Partei beteilige, ließ sie mir ausrichten, das sei Quatsch, da Frauen und Männer zusammen

»Das politische Bild von der Frauenpartei bleibt diffus. Der Platz im politischen Spektrum, den die Frauenpartei für sich beansprucht, wird im Programm nicht beschrieben; aber wenn Feminismus sich nicht in einer wie auch immer gear-teten, aber das Innere des Individuums gerichteten Spiritualität erschöpft, sondern die Gesellschaft so verändern will, daß die permanente Reproduktion patriarchaler Strukturen und Mechanismen beendet wird, dann ist eine feministische Partei zwangsläufig eine linke Partei. Umgekehrt gilt, daß ein modernes Verständnis von Links-Sein insbesondere den feministischen Ansatz zwingend ein-schließt.«
Ebenda, S.40f.

für den Sozialismus kämpfen müßten...

Die Gründung der Feministischen Partei DIE FRAUEN schließt den Weg, in gemischtgeschlechtlichen Parteien mit Männern zusammen gegen patriarchale Verhältnisse vorzugehen, nicht aus. Diejenigen Frauen, die das weiterhin in allen anderen Parteien versuchen wollen, werden durch die Existenz einer erfolgreichen feministischen Partei gestärkt werden.

Die programmatische Arbeit

Mit dem Begriff Feminismus, der trotz seiner weitverbreiteten Desavouierung bewußt in den Namen der neuen Partei aufgenommen wurde, halten sich die Gründerinnen an die Definition von Gerda Lerner, die in »Die Entstehung des feministischen Bewußtseins« schreibt: »Ich definiere feministisches Bewußtsein als die Einsicht von Frauen, daß sie einer untergeordneten Gruppe angehören; daß sie als Gruppe unter Mißständen leiden; daß ihr untergeordneter Status nicht naturbedingt, sondern gesellschaftlich produziert ist; daß sie sich mit anderen Frauen zusammentun müssen, um die Mißstände abschaffen zu können; und schließlich, daß sie eine Gegenvision von einer gesellschaftlichen Ordnung erarbeiten können und müssen, in der Frauen wie Männern Autonomie und Selbstbestimmung zustehen.«

In der Präambel zum Programm wird zunächst die gesellschaftliche Situation beschrieben, in der wir uns befinden; danach wird die Ideologie angeprangert, auf der diese Verhältnisse beruhen; schließlich wird auf die Beteiligung und auf die Verstrickung von Frauen in dieses System eingegangen:

»Wir leben in einer patriarchalen Gesellschaft, deren politische Strukturen von Männern für Männer erdacht wurden und von Frauen kaum genutzt werden können. Die demokratischen Rechte wie Pressefreiheit, Vereinigungsfreiheit und das Recht auf politische Einflußnahme durch die Beteiligung an Wahlen werden durch die Repression patriarchaler Strukturen und die ökonomische Macht einer Minderheit ausgehöhlt. In der Wirtschaft und in der Politik entscheiden wenige – meist Männer – allein darüber, was für wen unter welchen Bedingungen produziert und propagiert, geforscht und erfunden wird. Dabei nehmen sie weder Rücksicht auf die elementaren Bedürfnisse aller Menschen – am wenigsten auf die von Frauen – noch auf das menschliche Leben selbst. Im Gegenteil: Um ihre Macht zu vergrößern, um hohe Profite und schnelle Gewinne in aller Welt zu erzielen, gehen sie buchstäblich über Leichen.

Ebenso zerstörerisch wie das patriarchale System von Wirtschaft und Politik sind die tief verwurzelten patriarchalen Ideologien von der Überlegenheit der einen Sorte Mensch über die andere: Von der Überlegenheit der Weißen, von der Überlegenheit bestimmter Völker und von der Überlegenheit bestimmter Kulturen und Wertesysteme. Dazu gehört auch das patriarchale Weltbild, in dem Frauen stets eine untergeordnete Rolle zugeordnet wird. Aus diesen Ideologien wird auch die Vorstellung von dem Recht der »Überlegenen« abgeleitet, die »Unterlegenen« zu unterdrücken und auszubeuten. Die Verinnerlichung dieser Ideologie durch die Unterdrücker und

häufig auch durch die Unterdrückten ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für das Funktionieren des Patriarchats.

Herrschaft üben auch solche Menschen aus, die selbst von anderen beherrscht werden: Männliche Angehörige unterdrückter und verfolgter Gruppen werden im Umgang mit Frauen selbst zu Unterdrückern, und auch Frauen nehmen teil an der Unterdrückung und Verfolgung anderer. Der Reichtum dieses Landes basiert zum größten Teil auf der systematisch betriebenen Verarmung anderer Länder. Alle, die davon profitieren, auch Frauen, sind mittel- oder unmittelbar dafür verantwortlich.

Die gesellschaftliche Situation von Frauen ist weltweit dadurch gekennzeichnet, daß sie von Anfang an geringere Wertschätzung erfahren als Angehörige des männlichen Geschlechtes und dazu bestimmt werden, diesem in jeder Weise dienlich zu sein. Das patriarchale System wird mit Gewalt aufrechterhalten. Hinzu kommt, daß die Verstrickungen zwischen den Angehörigen einer dominierenden und denen einer unterlegen gehaltenen Gruppe nirgends so groß sind wie bei dem Verhältnis unter den Geschlechtern. Im Unterschied zu dem üblichen Verhältnis zwischen Angehörigen dominierender und unterlegener Gruppen sind Frauen und Männer über verschiedene Beziehungsarten auch emotional – durch Mutter/Sohn-, Schwester/Bruder-, Tochter/Vater- und Frau/Mann-Beziehungen – miteinander verstrickt. Dies ist einer der Gründe dafür, daß der Befreiungskampf der Frauen länger dauert und weniger entschlossen geführt wird als alle anderen Befreiungskämpfe in der Geschichte.

Wir verstehen die Gestaltung einer feministischen Gesellschaftsordnung als einen Entwicklungsprozeß, in dem vieles erst neu erfunden werden muß. Eines wissen wir jedoch schon heute: Wir wollen weder auf Kosten anderer Völker noch um den Preis einer zerstörten Natur leben. Wir sind auch nicht dazu bereit, umsonst, unterbezahlt oder ohne soziale Absicherung zu arbeiten.»

Christina Schenk und Christiane Schindler gründen ihre programmatische Kritik an der Feministischen Partei DIE FRAUEN auf einen anderen Absatz aus der Präambel, der, wenn frau ihn aus dem Zusammenhang reißt, in seinem analytischen Gehalt in der Tat etwas flach ausgefallen ist und vielleicht auch nicht für alle Zeiten so stehen bleiben muß (siehe Zitat im Artikel von Schenk und Schindler, S.36). Mit dem wesentlich ausführlicheren Zitat in diesem Artikel wird der Vorwurf der Ignoranz gegenüber der Mittäterschaft von Frauen jedoch widerlegt.

Eine Diskussion darüber, ob das Patriarchat ein »Denkprodukt« oder Resultat einer »objektiven« Eigendynamik ist (Schenk/Schindler, S. 37), ist allerdings ebenso müßig wie eine Diskussion derselben Frage in bezug auf den Kapitalismus. Interessant ist doch viel mehr, wer mehrheitlich von diesen Herrschaftssystemen profitiert, wie die Beherrschten innerhalb dieser Systeme existieren können (Reformpolitik ist auch dann notwendig, wenn das System an sich abgelehnt wird), wie die mörderischen Elemente beider Systeme abgewendet werden, und wie Frauen und Männer sich schließlich von jeglicher Herrschaft befreien können.

Schenk und Schindler suggerieren, eine feministische Partei sei

»Als es bei dem Treffen in Kassel um die Frage der künftigen Organisationsform des Bündnisses ging, brachten die anwesenden Ostfrauen gegen die Gründung einer feministischen Partei drei Argumente vor. Sie betonten erstens, daß es im Osten kaum eine Basis für die Organisationsform

»Partei« gibt, da es nur noch relativ wenige sind, die sich frauenpolitisch engagieren und es daher notwendig sei, deren Kräfte in Netzwerken zusammenzuführen, anstatt sie noch weiter zu zersplittern. Zweitens wiesen sie darauf hin, daß es im Osten aufgrund der Erfahrungen mit Parteien und Massenorganisationen in der DDR eine große Abneigung gegen Parteien schlechthin gibt...

Der dritte Grund, der aus ostdeutscher Sicht gegen eine Frauenpartei sprach, war die separatistische Organisationsform. Frauen im Osten sagen oft, daß es doch darum ginge, daß Frauen und Männer sich und die Gesellschaft verändern müssen, wenn das Patriarchat beseitigt werden soll...

Die Konzipierung eines deutsch-deutschen Projekts hätte vorausgesetzt, daß diese Unterschiede zur Kenntnis genommen werden.«

Ebenda, S. 39.

»Feministische Politik muß jedoch beide Geschlechter in ihrem kollaborierenden und kooperativen und antagonistischen Zusammenhang im Blick haben. Es geht um die Gleichstellung von Männern und Frauen, die die Infragestellung der Herrschenden, also patriarchalen Maßstäbe, Werte und Normen zwingend einschließt, nicht um ›Frauenpolitik‹. Es ist zu bezweifeln, daß sich aus dem Feminismusbegriff der Frauenpartei zielgenaue politische Ansätze entwickeln lassen. Statt differenzierter politischer Analyse und Standortbestimmung bietet das Programm der Frauenpartei lediglich simple Weltansichten. Offenkundig gestatten nur diese die Imagination einer übergreifenden und gemeinschaftsstiftenden Frauenidentität und die Herstellung eines Wir-Gefühls. Jede Differenzierung gefährdet diese Basis und kann daher nicht zugelassen werden. Insgesamt wird eine Sicht auf das Patriarchat zelebriert, die vor zwanzig Jahren in dieser Form sicher wichtig und für viele Frauen erhellend war, heute jedoch den Ansprüchen einer differenzierten Situationsbeschreibung nicht mehr genügt.«
Christina Schenk, Christiane Schindler: Mottenkistenfeminismus, a.a.O., S. 38.

auch deswegen überflüssig, weil ein Teil der feministischen Forderungen heute bereits von der PDS aufgenommen worden sei. Aber: Erstens ist auch die PDS in bezug auf feministische Politik eine sehr unsichere Kandidatin, zweitens finden sich unsere Forderungen dort nur teilweise wieder und drittens sollte zur Kenntnis genommen werden, daß es Frauen gibt, die sich nicht von der PDS vertreten lassen wollen, sondern lieber am Projekt einer Partei arbeiten wollen, in der Frauen das Sagen haben.

Ein weiterer Vorwurf, unser Programm biete »nichts Neues«, paßt besser auf die Kritikerinnen selbst. Daß Feministinnen von der »Opfertheorie« leben, daß Frauen, nicht weil sie daran gehindert werden, sondern »aus ganz verschiedenen Gründen« (welche denn?) sich der Partizipation an herkömmlichen Arbeits- und Kommunikationsstrukturen verweigern, behaupten Waltraud Schoppe und andere Postfeministinnen schon ein ganzes Jahrzehnt lang...

Übrigens: Wenn der Vorwurf »Mottenkistenfeminismus« (ein Plagiat übrigens) beinhaltet, daß wir feministische Forderungen, die unsere Gegner gern für alle Zeiten einmotten würden, immer wieder lüften, dann ist er kein Vorwurf, sondern ein Lob.

Es ist in der Tat schwer, an »was Neuem« zu arbeiten, solange es notwendig ist, so viel Kraft in die Verwirklichung »alter«, noch nicht realisierter Forderungen zu investieren. Beim Schreiben des Programms der Feministischen Partei DIE FRAUEN hatten Frauen dennoch auch neue Ideen:

»Wir wollen mehr politische Macht für Frauen. Der zahlenmäßige Anteil der Frauen im Bundestag (..) muß auf mindestens 52 Prozent erhöht werden. Nach dem geltenden Bundeswahlgesetz wird die eine Hälfte der Bundestagsabgeordneten über die Landeslisten der Parteien und die andere Hälfte von den Wählerinnen und Wählern in den Wahlkreisen direkt gewählt. Über 80 Prozent der direkt gewählten Abgeordneten sind Männer. Um dies zu kompensieren, muß der Anteil der Frauen auf den Landeslisten aller Parteien mindestens 80 Prozent betragen. Höchstens jeder fünfte Platz darf von einem Mann belegt werden.«

Hiermit wird eine Änderung des Wahlgesetzes zugunsten der paritätischen Beteiligung von Frauen gefordert, die im Gegensatz zu anderen Vorschlägen, mit denen die gleiche Absicht verfolgt wird, das eigentliche Wahlsystem (Mischung Verhältniswahlrecht/Mehrheitswahlrecht) nicht berührt, was für die Existenz kleiner Parteien wesentlich ist. Außerdem wird klargemacht, daß die 50-Prozent-Quotierungen auf den Landeslisten von Grünen und PDS und die 30-Prozent-Quotierung bei der SPD angesichts des Übergewichts der Männer unter den direktgewählten Abgeordneten aller Fraktionen höchstens als schöner Zug gewertet werden kann.

Ein anderer neuer Gedanke berührt die seit langem diskutierte Frage, wie die Teilung der Kinderbetreuung zwischen Männern und Frauen forciert werden kann. Die alte Idee der Grünen, die Teilung des Erziehungsurlaubs dadurch zu erzwingen, daß er verfällt, wenn ein Elternteil ihn nicht nimmt, wurde, da ihre Realisierung auf Kosten von Frauen und Kindern ginge, verworfen. Stattdessen fordert die Feministische Partei DIE FRAUEN:

»Wir wollen, daß das Sorgerecht für ein Kind der Mutter zunächst allein zusteht, unabhängig davon, ob sie mit dem Vater des Kindes verheiratet ist oder nicht. (..) Väter können das Sorgerecht durch ihre tatsächliche Sorge für das Kind erwerben und zwar dadurch, daß sie mit dem Einverständnis der Mutter mindestens die Hälfte des Erziehungsurlaubs in Anspruch nehmen. Danach können sie beim Familiengericht das Sorgerecht beantragen, womit sie sich verpflichten, auch spätere Freistellungsansprüche – bei Krankheit des Kindes zum Beispiel – zur Hälfte wahrzunehmen.«

Im Moment arbeiten verschiedene thematische Arbeitsgruppen an der Fortschreibung des Programms. Es wird also noch mehr neue Ideen geben.

Feministische Partei als Spaltpilz der Frauenbewegung?

Der Vorwurf, die Gründung einer feministischen Partei würde die Frauenbewegung spalten und damit politikunfähig machen, wirkt immer dann besonders merkwürdig, wenn er zusammen mit der Behauptung erhoben wird, daß die Partei schon deswegen nichts werden kann, weil es gar keine Frauenbewegung mehr gebe...

Die Partei ist ein Kind des FrauenStreikTages 1994 ebenso wie das Bundesweite Feministische Bündnis (BFB). Daß diese Bewegung zwei Kinder und nicht nur eins hervorgebracht hat, liegt schlicht an der Tatsache, daß die Gruppen, die jeweils eine Partei und/oder ein Bündnis wollten, beide jeweils so groß waren, daß es nicht möglich gewesen wäre, die einen für die ausschließliche Realisierung des Projektes der anderen zu gewinnen. Das hat auch keine versucht. Beiden Gruppen war vielmehr klar, daß beide Projekte gewollt sind und deswegen auch beide angegangen werden sollen. Es ist fraglich, ob die 500 Frauen, die der Partei seit Juni 1995 mit dem Ausruf »Na endlich« als zahlende Mitfrauen beigetreten sind, das Bündnis in gleicher Weise unterstützt hätten, wenn es die Partei nicht gäbe. Auch die repräsentative Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut Emnid im Auftrag des Nachrichtensenders n-tv in der Woche nach Gründung der Partei machte, gibt keinerlei Anlaß dazu, das Projekt Partei aufzugeben:

Die Notwendigkeit einer Frauenpartei wurde von 48 Prozent aller Befragten bejaht. Unter den befragten Frauen beantworteten 53 Prozent die Frage positiv, im Osten waren es unter allen Befragten (Frauen und Männer) ebenfalls 53 Prozent.

In der Beschreibung des FrauenStreikbündnisses, aus dem die Partei hervorging, fehlen im Artikel von Christina Schenk und Christiane Schindler zwei wesentliche Details, die nicht länger unbekannt bleiben sollten:

Erstens: Der Streik wurde finanziell von der grünnahen Frauen-Anstiftung unterstützt, was nach der Veränderung der Struktur der grünnahen Stiftungen heute undenkbar wäre.

Zweitens: Die überregionale Koordination des FrauenStreikTages 1994, die Grundlage für die hervorragende Medienpräsenz dieser Aktion war, funktionierte allein deswegen so gut, weil die Abgeordnete Schenk ihr Abgeordnetenbüro – damals bei B90/Die Grünen – mit drei bezahlten Vollzeitmitarbeiterinnen und Kommunikationstechnik der Streikkoordination zur Verfügung stellte.

»Die Vorstellungen, die mit dem Begriff Feminismus verbunden werden, sind in Ost und West verschieden. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß der westdeutsche Feminismus eher frauenzentriert und der ostdeutsche Feminismus eher gleichstellungszentriert ist. Ein Ansatz, der feministische Politik als Politik von Frauen für Frauen beschreibt, bei der »Fraueninteressen« in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden sollen (Aufruf zur Gründung einer feministischen Partei), wird vor allem in Ostdeutschland auf wenig Verständnis stoßen. Im Westen stehen nach wie vor solche Fragen wie Selbstbestimmung, Männergewalt gegen Frauen und Kinder und Rassismus im Vordergrund, im Osten sind es eher Themen wie die Arbeitsmarktsituation von Frauen, Wirtschaftspolitik und die Frage der Vereinbarkeit von Berufs- bzw. Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung. Die Situation der ostdeutschen Frauen wird im Programm mit keinem Wort erwähnt.«
Ebenda, S.38f.

Vom 14.-16. Juni 1996 findet der erste reguläre Parteitag der Feministischen Partei DIE FRAUEN im Audimax in Hildesheim statt. Der Parteitag ist öffentlich, interessierte Frauen können sich unter folgender Adresse anmelden:

Feministische Partei DIE FRAUEN
Bonner Talweg 55
53113 Bonn
Telefon: 0228 262064
Fax: 0228 698084

Damit verhielt sie sich vorbildlich und benutzte ihre parlamentarischen Ressourcen genau so, wie es Feministinnen und Linke von ihren Abgeordneten erwarten. Die Landesversammlung von B90/Die Grünen belohnte dieses vorbildliche Verhalten nicht, sondern strafte Christina Schenk unter anderem gerade deswegen mit der Nichtwiederwahl auf die Landesliste zum Bundestag. Einer der gegen sie erhobenen Vorwürfe lautete, sie tue – auf parlamentarischer Ebene – nicht genug. Das ist allerdings kein Wunder, wenn der gesamte Apparat während eines Viertels der Legislaturperiode für außerparlamentarische Aktionen genutzt wird. Die damalige PDS-Fraktion unterstützte den FrauenStreiktages 94 ebenfalls – allerdings nur mit einer Mitarbeiterin, die nur stundenweise zur Verfügung stand.

Also, der historischen Wahrheit wegen: Ohne das Geld von der FrauenAnstiftung und ohne das Büro von Christina Schenk hätte es den Streik in der damaligen Größenordnung nie gegeben. Eine bundesweite Aktion derartigen Ausmaßes kann nicht ohne die Arbeit der Frauen vor Ort existieren, aber sie funktioniert auch nicht ohne eine zentrale Koordination. Diese ist so arbeitsintensiv, daß sie nicht ohne bezahlte Kräfte auskommt.

Christina Schenk verfügt jetzt – diesmal bei der PDS – wieder über ein Abgeordnetenbüro. Ein warmes Stübchen, von dem aus sich in den nächsten drei Jahren allerhand anstellen ließe. Es könnten sowohl ähnliche Aktionen wie der FrauenStreikTag koordiniert als auch der Aufbau eines BFB unterstützt werden. Die Tatsache, daß Christina Schenk ihr Büro heute anders nutzt, hängt vielleicht damit zusammen, daß sie nach den schlechten Erfahrungen bei den Grünen jetzt vorsichtiger geworden ist und daß sich die Frauenbewegung ihre Aktionen von einem PDS-Büro aus nicht so gerne koordinieren lassen würde, wie einst von einem Grünen-Büro. Auch das bestätigt die Notwendigkeit einer Feministischen Partei, die mit eigenen Abgeordneten in den Bundestag zieht.

ULLA PLENER

SMAD – Auskünfte über Vorgeschichte und Wandel der SED (1945-1949)

Die Dokumentensammlung¹ wurde in der Serie »Erste Publikation« vom Russischen Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte (RZAEDNG, ehem. Zentrales Archiv der KPdSU) in Zusammenarbeit mit der Assoziation der (Er)Forscher der russischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert/Rußland und dem Institut für Russische und sowjetische Kultur an der Ruhr-Universität Bochum/BRD herausgebracht und von Norman Naimark von der Universität Stanford/USA eingeleitet. Sie trägt dazu bei, die Vorgänge in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Deutschlands im angegebenen Zeitraum, im besonderen Mechanismen der sowjetischen Einflußnahme auf sie, zu erhelten (»hinter die Fassade von Karlshorst zu blicken«, wie N. Naimark schreibt), was der Forschung bisher weitgehend unmöglich war. Die Dokumente beleuchten zum Teil auch die – nicht widerspruchsfreien – Beziehungen zwischen politischen Organen der SMAD und dem ZK der KPdSU. Sie stammen alle aus dem Fonds des ZK der KPdSU im RZAEDNG, der nach August 1991 für die Forschung geöffnet wurde (das Archiv der SMAD, das im Staatlichen Archiv der Russischen Föderation lagert, ist dagegen den Forschern bisher nicht zugänglich). Die Prinzipien bzw. Umstände der Auswahl (sie weist große zeitliche Lücken auf) und der Bearbeitung der Dokumente (die meisten sind gekürzt wiedergegeben, die Inhaltsangabe der ausgelassenen Stellen kann nicht befriedigen) wurden von den Herausgebern der Leserschaft nicht einsichtig gemacht. Die Zweiteilung (1. Teil: Informationen für Moskau; 2. Teil: Unter der Kontrolle Moskaus) läßt sich aus dem Inhalt der Dokumente nicht recht nachvollziehen: Auch im 2. Teil geht es um Informationen über Vorgänge in der SBZ; dokumentiert ist hier in etwa der politische Apparat der SMAD, teilweise verbunden mit selbstkritischer oder (wenn es um Dokumente des oder aus dem ZK geht) kritischer Einschätzung seiner Tätigkeit. Das Personenregister läßt stellenweise Sorgfalt vermissen.

Im folgenden soll anhand der vorgelegten Dokumente nur auf die Vorgänge hingewiesen werden, bei denen es um die beiden Parteien KPD und SPD 1945/1946, deren Vereinigung 1946 in der SBZ sowie die SED und die SPD in den Westzonen in den Jahren danach geht.² Es sind nicht unbedingt sensationelle Auskünfte, die der Dokumentenband bietet, aber manche Details über das konkrete Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht in die Arbeiterbewegung der SBZ gab es in dieser Konkretheit und Authentizität bisher

Ulla Plener - Jg. 1933, Historikerin, Berlin.

kaum. Vor allem ist es der »Blick von Innen« der SMAD bzw. ihrer für politische Vorgänge in der damaligen SBZ (mit)verantwortlichen, von S. Tjul'panov (im folgenden T.) geleiteten Propagandaverwaltung, der für die Geschichtsschreibung von Interesse ist und das bisherige Wissen, wenn auch nur in einem Ausschnitt, ergänzt.

Hinsichtlich der KPD 1945 hat sich die sowjetische Besatzungsmacht offensichtlich von Beginn an auf deren Wiederaufrichtung (wie auch auf die Organisation anderer antifaschistischer Parteien und freier Gewerkschaften) orientiert, weil das »im bedeutenden Maße die Möglichkeiten der politischen Einflußnahme auf die Bevölkerung Deutschlands erweitern« würde (Dokument vom 5. Juli 1945, S. 27). Zugleich hieß es (neben der Feststellung, bei der Besetzung von Bürgermeister- und anderen Verwaltungsstellen seien viele ehemalige Kommunisten herangezogen worden), vielerorts würden Kommunisten von »sektiererischen Ideen durchtränkt« sein, wären nicht richtig informiert und hätten deshalb falsche Aktionen veranlaßt wie Hissen roter Fahnen, Umbenennung von Straßen u.a. (ebenda, S. 26; Dokument vom 9. Juli 1945, S. 28) »Bei der Durchführung der Bodenreform zeigte sich, daß örtliche kommunistische Organisationen sich noch nicht von allen Elementen des Sektierertums freigemacht haben. Nicht nur wollen sie nicht die Sozialdemokraten zur Aufteilung des Bodens heranziehen, in einer Reihe von Fällen drängen sie diese ab und wollen alles mit eigenen Kräften tun.« Und weiter: »Zu ernsthaften Mängeln der KPD gehören schwache Massenarbeit, Verslossenheit und Sektierertum.« (Dokument vom 3. November 1945, S. 30, 31)

Über die SPD heißt es im Dokument vom 3. November 1945, diese sei zahlenmäßig die stärkste Partei. Unter Bezug auf Otto Grotewohls Rede vom 14. September 1945 wird festgestellt, die politische Linie der Partei wiche von der bei der Wiedergründung verkündeten ab: »Die Leiter der SPD sind bestrebt, breite Massen der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen, sie schmeicheln dem deutschen Volk, sagen das, was es gerne hören möchte, statt ihm die Wahrheit zu sagen. Unter anderem versuchen sie, die deutsche Arbeiterklasse zu rehabilitieren, nachzuweisen, daß sie keine Verantwortung für den Krieg trüge.« Sie würden auch einige Beschlüsse der Potsdamer Konferenz anschwärzen, wenn sie – so Grotewohl – sich beklagten, »Deutschland seien seine Agrargebiete geraubt, die später von Polen besiedelt werden«. Die Bodenreform hätten Sozialdemokraten (außer den Rechten unter ihnen) zunächst unterstützt – allerdings mit linken Ausfällen, indem sie vorschlugen, das Land nicht aufzuteilen, sondern kollektiv zu bearbeiten, – sich nunmehr aber passiv oder störend ihr gegenüber verhalten. Um die Arbeiterklasse zu gewinnen, griffen Sozialdemokraten zu demagogischen Losungen (Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung). Anfangs habe die SPD sich »entschieden den Kommunisten genähert«, in letzter Zeit seien Schwankungen in dieser Frage festzustellen; ihre alten Kader sammelten sich von neuem und trieben die Führung der SPD zu Spaltungsaktionen. (S. 30-32)

Zum Vereinigungsprozeß von KPD und SPD enthält die Dokumentation relativ wenige Aussagen. Dem (sprachlich streckenwei-

se kaum verständlichen) Stenogramm eines mündlichen Berichts von T. vom 16. September 1946 vor der Kommission des ZK der KPdSU, die die Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD überprüft hatte, ist zu entnehmen, daß die Frage von dieser Verwaltung im Oktober 1945 gestellt wurde, und zwar im Zusammenhang mit bevorstehenden Wahlen: Man habe verstanden, daß »Bedingungen geschaffen werden (mußten), damit die demokratischen Elemente siegten«. Nach einem (sprachlich ebenfalls wenig qualifizierten) Stenogramm vom 19. September 1946 sagte der Leiter der für Parteien zuständigen Abteilung in der Propagandaverwaltung, seine Abteilung würde keine Fragen entscheiden, aber »wir bereiten sie vor, wir stellen die Frage nach der Bildung der SEP. Wir haben vielleicht einzelne Fehler (gemacht), sagen wir, in der Frage der Bildung des Jugendverbandes. Aber vom Standpunkt der allgemeinen Richtung haben wir eine kolossale Arbeit bewältigt. Bei(m) Parteitag der SEP, wir gingen aus von der Frage der Schaffung der SEP. Nachdem diese Frage entschieden war, bestand unsere Aufgabe darin, die politische Lösung dieser Frage zu gewährleisten, die Konferenz vorzubereiten, den Parteitag vorzubereiten – das war die Arbeit der Abteilung Parteien, sie mußte diese Maßnahmen verwirklichen...« (S. 178)

Zu den Einheitsbestrebungen hieß es im Stenogramm vom 16. September 1946, sie seien von unten ausgegangen, die Führungen (der Sozialdemokratie), auch auf mittlerer Ebene, hätten sich diesem Druck ausgesetzt gesehen – und es seien auch jetzt, also im September 1946, »viele solcher Elemente da, die in der Einheitspartei nur äußerlich und unter Zwang« (dem Zwang von unten) sind (S. 158). Bei der Vereinigung habe es kaum – nur einige Zehntel eines Prozents der Mitgliedschaft – Kommunisten und Sozialdemokraten gegeben, die sie nicht mitgemacht hätten. (S. 159) Fakten über den von Organen der SMAD ausgeübten gewaltsamen Zwang zur Vereinigung durch Verhaftungen o.ä. enthalten die Dokumente nicht.³ Das aktive Eingreifen der SMAD und der von ihr ausgeübte Druck für die Vereinigung wird aber in mehreren Dokumenten deutlich.

Am 25. Februar 1946 berichtete T. an das ZK der KPdSU über den Vereinigungsprozeß in Berlin, wo die Lage durch die Präsenz der westlichen Besatzungsmächte und das Eingreifen des von diesen unterstützten Kurt Schumacher, eines »wütenden Gegners der Einheit«, erschwert sei. Während seines Besuches beim Zentralausschuß (ZA) der SPD, bei dem auch die Mitglieder des Berliner Landesvorstandes der SPD dabei gewesen seien, sei Schumacher von den Anwesenden »sehr reserviert empfangen« worden (S. 41). »Gegen die Einheit treten nach wie vor viele Sekretäre der Kreisvorstände der SPD und einzelne sozialdemokratische Funktionäre auf.« Die Rechten, Feinde der Einheit, würden in ihrem Kampf gegen die Befürworter der Vereinigung beider Arbeiterparteien auch von einigen Mitgliedern des ZA unterstützt und hätten in Berlin einzelne Stützpunkte. »Die Propagandaverwaltung der SMAD verstärkte die Arbeit in den Betrieben und unteren Organisationen beider Parteien sowie in Gewerkschaftsorganisationen von Berlin in der Frage der Vereinigung der kommunistischen und der sozialde-

»Im November haben wir im Bericht vor dem Militärerrat die Frage gestellt, daß, wenn es keine politische Vereinigung der Arbeiterparteien geben werde, wir bei den Wahlen eine Niederlage erleiden würden. Das war eines der wichtigsten Dokumente, das damals im Namen des Militärrates an J. V. Stalin gesandt wurde, und Voraussetzung dafür war eine ernsthafte Arbeit sowohl mit der SPD als auch mit der kommunistischen Partei. Dabei wurde diese Arbeit seitens aller unserer Mitarbeiter etwas einseitig durchgeführt. Bis zum Mai lebten wir nur von einer Idee - die Parteien zu vereinen. Fragen des innerparteilichen Aufbaus, Fragen der organisatorischen Festigung haben uns damals nicht beschäftigt. Alles war dieser Hauptidee untergeordnet.« Dokument vom 16. September 1946, S. 158

Zur Position Grotewohls heißt es im Bericht vom 25. Februar 1946: »Der Vorsitzende des ZA der SPD Otto Grotewohl nimmt zur Zeit eine feste Position in der Frage der Vereinigung ein und führt einen entschiedenen Kampf gegen die Rechten, darunter auch Schumacher. Am 23. Februar schrieb er in der sozialdemokratischen Zeitung ›Das Volk‹ einen Artikel gegen die reaktionäre Position Schumachers.« (S. 42) Im mündlichen Bericht am 16. September 1946 sagte Tjuľpanov laut Stenogramm: »Ich erinnere mich, wie er schwankte, bis er (bei der Vereinigungsposition - U.P.) ankam. Ich erinnere mich bis zum letzten Gespräch beim Marschall (Zukov, Anfang Februar 1946 - U.P.), wo nur er war und sonst niemand, und der Marschall stellte die Frage direkt - will er oder will er nicht, so ist die politische Situation. Er zeigte die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und den Alliierten (auf). Und doch bin ich es gewohnt, für die Interessen der Arbeiterklasse zu streiten, und, wenn es sein muß, werden wir alle niederwerfen. Grotewohl forderte die Erlaubnis, in die andere Zone zu fahren. Fuhr hin, sah und sagt(e), daß er darauf (die Vereinigung - U.P.) eingeht.« (S. 163, russisch im Stenogramm: »Poechal, posmotrel i govorit, cto ja idu na eto.«)

»Die Mitarbeiter der Propagandaverwaltung und der Berliner Abteilung für Propaganda befaßten sich in allen sowjetischen Stadtbezirken Berlins weiterhin mit der Frage der Vereinigung der Arbeiterparteien. Die ohne Erlaubnis der Kommandanturen durchgeführten Urab-

mokratischen Parteien und des Kampfes gegen die Einheitsfeinde.« Dabei wurde auf verschiedene Publikationen in der »Täglichen Rundschau« und anderen Presseorganen verwiesen. Trotz des starken Widerstandes der Rechten, die im Falle der organisatorischen Einigung eine gesonderte Berliner SPD zu gründen versuchen würden, habe sich in den letzten Tagen die Lage hinsichtlich der Vereinigung verbessert. (S. 41-43)

Im Bericht vom 14. März 1946 über die Vereinigungsbewegung in einzelnen Berliner Stadtbezirken wurde eingeschätzt, sie käme in Pankow, Prenzlauer Berg, Mitte, Weißensee, Lichtenberg nur schleppend voran, die Rechten hätten hier den stärkeren Einfluß; in Treptow, Köpenick, Friedrichshain sei die Lage besser, hier hätten die Einheitsbefürworter die Oberhand. Im Bericht werden folgende Ergebnisse »der ungesetzlich durchgeführten Abstimmungen in einzelnen Bezirksorganisationen der SPD Berlins zur Frage der Verschmelzung beider Parteien« angeführt: In der 3. Abteilung in Pankow stimmten von 107 Beteiligten 36 für die sofortige Vereinigung, 50 für eine Urabstimmung, 17 »für die Entscheidung des Parteitages«, 4 gegen die Vereinigung. In der SPD-Gruppe bei der Finanzabteilung des Magistrats stimmten von 100 Beteiligten 60 für und 40 gegen die Vereinigung. In Friedrichshain fand die Abstimmung in drei Abteilungen statt: In der 5. Abteilung sprachen sich für die Vereinigung 300, gegen sie 6 Beteiligte aus; in der 6. Abteilung 130 dafür, zwei dagegen; in der 11. Abteilung 85 dafür, 15 dagegen. In Prenzlauer Berg waren in der 61. Abteilung 19 für und 15 gegen die Vereinigung; in der 62. Abteilung 108 dafür und 180 dagegen, 12 enthielten sich der Stimme. (S. 45/46) Anschließend wurden unter der Überschrift »Unsere Maßnahmen« die Aktivitäten der SMAD aufgezählt. Als ein Hemmnis im Vereinigungsprozeß wurden im Bericht vom 16. September 1946 die Demontagen in der SBZ genannt (S. 157).

Am ergiebigsten für die Forschung sind vielleicht die Dokumentenauskünfte über die SED nach ihrer Gründung: ihren inneren Zustand aus der Sicht der SMAD-Mitarbeiter und ihr Unterstellungsverhältnis diesen gegenüber.

Im mündlichen Bericht vom 16. September 1946 wurde positiv hervorgehoben, daß 51 Prozent der Parteimitgliedschaft Arbeiter seien; dagegen wurde ihre altersmäßige Zusammensetzung bemängelt: fast 60 Prozent waren älter als 40 Jahre. Zum inneren Zustand der Partei hieß es, sie wise noch außerordentlich große Mängel auf, die, wenn sie nicht überwunden werden, sie »als Arbeiter-, als marxistische und als prosowjetisch gestimmte Partei, was eigentlich die tiefgreifendste Aufgabe bei der Schaffung dieser Partei und ihrer Arbeit war«, gefährdeten. (S. 159) Unmittelbar nach der Vereinigung sei die Partei in einer »schweren Krisenlage« gewesen, vor allem wegen der Verbote (auch Verhaftungen) in den westlichen Sektoren (es können auch die Westzonen gemeint gewesen sein) – eine starke Ebbe und Verwirrung in der SED seien die Folge gewesen. (S. 174)

In den Dokumenten der Jahre 1946 bis 1948 wird immer wieder festgestellt, daß die SED die innere Einheit nicht erreicht habe.

Bei ehemaligen Kommunisten käme ein gewisses Sektierertum

zum Vorschein, so z. B. während des sächsischen Volksentscheids über die Enteignung der Kriegsverbrecher (S. 54). T. im Bericht am 16. September 1946: Sektierertum zeige sich in privaten Gesprächen und manchmal in Versammlungen: »Wir hätten unsere revolutionären Positionen aufgegeben; wenn es die SED nicht gäbe, hätten wir viel besser gesiegt, und den Sozialdemokraten könne man nicht trauen«, und solche Dinge würden sogar von einem Matern kultiviert. »Nicht zu reden von (Waldemar?) Schmidt, der sogar den Einfall hatte, einen aus Kommunisten bestehenden Informationsapparat gegen die Sozialdemokraten zu schaffen. Das ist überwunden, aber solche Fakten gibt es.« Es werde angenommen, daß in der Berliner SED-Organisation ca. 10 Prozent der ehemaligen Kommunisten unzufrieden und bereit seien, zu einer anderen Gruppe überzutreten und mit der SED zu brechen. In den Provinzen sei das weniger der Fall. (S. 160/161)

T. benannte in diesem Bericht drei Gruppen unter den ehemaligen Kommunisten in der SED: zum einem die »Moskauer Kommunisten – das sind 100prozentige«; zum anderen die Emigranten, die aus anderen (westlichen) Ländern zurückgekommen und weniger »fest« seien; die dritte Gruppe bildeten die ehemaligen KZ-Häftlinge – diese seien »ein Volk ohne Sektierertum und ohne Anspruch auf materiellen Unterhalt, von ihnen wird euch selten einer sagen, er sei Kommunist oder er sei Sozialdemokrat, er sagt: KZ und zeigt sein Zeichen«. (S. 164/165) Im Dokument vom 17. August 1948 ist – im Zusammenhang mit der Parteien-Block-Politik – von »ernsthaftem Fehler und falscher Orientierung der SED, sie sei die einzige »regierende« Partei in der SBZ« die Rede, was »unter Bedingungen, da in der SED bei weitem noch nicht die sektiererischen Fehler überwunden« seien, zu ihrer Selbstisolierung führen würde. (S. 221) Und noch im Dokument vom 1. November 1949 heißt es, die SED müsse »einen entschiedenen Kampf gegen sektiererische Elemente in ihren eigenen Reihen führen« (S. 131)...

Aufschlußreich sind die Auskünfte und Meinungen der SMAD-Mitarbeiter über Sozialdemokraten in der SED.

In einem Bericht T.s an das ZK der KPdSU vom 9. Juli 1946 über Ergebnisse des Volksentscheides in Sachsen hieß es: Es hätten sich dabei »mit großer Klarheit die schwachen Seiten der SED gezeigt, (nämlich) die Existenz in ihren Reihen, besonders unter ehemaligen Sozialdemokraten des rechten Flügels, opportunistischer Elemente, die manchmal sogar offen gegen die Linie der zentralen Leitung auftraten«. Im Bericht vom 20. Juli 1946 kritisierte er, »in führenden Kreisen der SED« würde kein genügend konsequenter und nachdrücklicher »Kampf gegen die fraktionelle Tätigkeit rechter sozialdemokratischer Elemente innerhalb der Partei« geführt (ohne daß konkrete Fakten solcher Tätigkeit angeführt worden wären, S. 55). In dem schon mehrfach zitierten mündlichen Bericht vom 16. September 1946 stellte T. fest, nach der vollzogenen Vereinigung habe sich »ein gewisser Abfall in der innerparteilichen Arbeit bemerkbar gemacht, eine gewisse politische Passivität der ehemaligen Mitglieder der SPD«, die sich »etwas beeinträchtigt« fühlten, auch »seitens unseres Apparats, seitens der Kommandanten«, die Sozialdemokraten fühlten, daß »man ihnen nicht ganz

stimmungen wurden von uns abgesetzt. Einzelnen Organisationen in Prenzlauer Berg, Pankow und Friedrichshain sind sozialdemokratische Versammlungen und Konferenzen verboten worden, wenn sie keine Erlaubnis der Kommandanturen haben. Annulliert sind alle durchgeführten Wahlen von Delegierten zu Kreis-konferenzen der SPD, wo in der Regel die Mehrheit der gewählten Delegierten gegen die Vereinigung war. Wir unterstützen das Zustandekommen von Organisationskomitees und die Arbeit der schon gebildeten Komitees für die Vereinigung. In allen Stadtbezirken des sowjetischen Sektors von Berlin wird die Vorbereitung der für den 15. März einberufenen Versammlung sozialdemokratischer Betriebsfunktionäre ganz Berlins unterstützt. In allen sozialdemokratischen Organisationen der Stadt werden Befürworter der Einheit festgestellt und deren Versammlungen vorbereitet. Es werden Maßnahmen ergriffen zur Organisation und Durchführung gemeinsamer Versammlungen von Mitgliedern der KPD und der SPD, um den Entwurf für Programm und Statut der sozialistischen Einheitspartei zu beraten.« Bericht vom 14. März 1946, S. 46

T. im Bericht vom 14. März 1946 über W. Pieck: Er sei zweifelsfrei eine »für die ganze Partei annehmbare Figur«. »Pieck (ist) der allgemeine Liebling, aber er fängt oft an, Dinge zu sagen, die nicht gesagt werden dürfen, er geht unbeschwert zum Block (der Parteien? - U. P.) und sagt manchmal mehr als zulässig ist.« (S. 164) Über Ulbricht:

»Bei Ulbricht sehe ich kein Sektierertum, und Ulbricht versteht die organisatorische Arbeit, er kann eine beliebige politische Kombination konspirativ führen und sie geheimhalten. Aber ihm persönlich wird nicht geglaubt. Mehr als andere ist er genau in den Formulierungen, er versteht mehr als andere, aber er ist unbeliebt, unbeliebt wegen seiner Schärfe. Und die Beziehungen zwischen Grotewohl und Ulbricht sind nicht genügend gut...«
Bericht vom 14. März 1946, S. 46.

Eine gewisse Berechtigung für die Unterscheidung der zwei Emigrationsgruppen demonstrierte T. am Beispiel der Brüder Bernhard und Wilhelm Koenen: Hinsichtlich der Methoden, der Beziehungen zu bürgerlichen Parteien sei »der englische Koenen« (Wilhelm) bei Formulierungen weniger präzise, er sei kein Massenführer, die Arbeiter verstünden ihn so nicht, er hätte nicht den Biß (Griff) wie sein »Moskauer« Bruder.
Bericht vom 16. September 1946, S. 164

»Die Frage steht grundsätzlich - wie soll sich denn diese Partei entwickeln. Das, was sie Funktionäre nennen, sind alte Sozialdemokraten, denen ihre Bindung an die Partei in diesem Kampf bewußt wurde, mit denen wir fest rechnen, das ist ein Kettenglied der Partei, das ist das, was wir das Aktiv nennen. Und alles andere trägt bestenfalls das Mitgliedsbuch, zahlt die Mitgliedsbeiträge, (das sind die,) die Parteibeschlüsse für sich selbst nicht für bindend halten. Als Beispiel

vertraute«. Als Schwäche registrierte er, daß die weitsichtigeren Kommunisten vor der Notwendigkeit stünden, jede Frage mit den Sozialdemokraten abzustimmen, was die Mobilität der Partei gemindert habe. Sehr deutlich sei die Zweiteilung der Partei – hier Kommunisten, dort Sozialdemokraten – in der sächsischen Landesorganisation bei der sehr erregten Diskussion der Wahlergebnisse hervorgetreten (S. 160).

Der rechte Flügel bei den Sozialdemokraten »träumt von dem Tag, da man aus der SED austreten könne, und verbindet das mit den Zehlendorfern (wir haben auch die Namen) und den Alliierten«. Doch sei das alles nicht so einfach. So würde z.B. Otto Buchwitz, ein überzeugter Vereinigungsanhänger, der sie in Sachsen durchführte, wenn er nach Berlin käme, bei Zehlendorfer Sozialdemokraten logieren mit der Begründung, das seien doch seine Freunde, politische Meinungsverschiedenheiten würden da nicht stören. Solche Kontakte seien also nicht immer als Fraktionstätigkeit zu werten, man müsse da vorsichtig sein... (S. 161)

Während des Wahlkampfes, so in einem Bericht vom 11. Oktober 1946, sei es zum offenen Kampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten um die Parität bei den Wahllisten und zu direkten Spaltungsaktionen seitens der rechten Elemente der SPD gekommen, die eine Reihe von Parteiorganisationen an den Rand der Spaltung geführt hätten (S. 186). Im Entwurf eines Berichtes an Stalin vom Dezember 1946 hieß es in Auswertung der Wahlergebnisse vom Oktober 1946 (besonders der Niederlage der SED in Berlin mit 19,8 Prozent der Stimmen gegenüber 48,7 Prozent für die SPD), daß die innerparteilichen Reibungen zur Bildung fraktioneller Gruppen von Sozialdemokraten und zu verstärkten sektiererischen Tendenzen bei Kommunisten geführt hätten. »Im Sekretariat (des Parteivorstandes) der SED verschlechterten sich die Beziehungen zwischen ehemaligen Kommunisten und ehemaligen Sozialdemokraten, verstärkten sich Versuche, Ulbricht zu diskreditieren und ihn aus der Führung der Partei zu entfernen« (S. 195).

Über die Aktivität der »Schumacher-Leute« in der SED im Vorfeld ihres 2. Parteitages, speziell in Sachsen, berichtete T. an das ZK am 9. August 1947: Sie sei »offener, herausfordernder und aggressiver geworden und nehme vielfältigere Formen an«, wovon mehrere im Bericht angeführte Fakten, darunter massenhafte Austritte aus der Partei (allein in Sachsen bis Juli im Schnitt 500 monatlich) zeugten. Die dabei in der Partei gestellten Fragen waren: Die Vereinigung sei verfrüht gewesen; in der SED gäbe es keine Einheit, und Schuld daran seien die Kommunisten; die SED könne nicht auf die Westzonen ausstrahlen; Widerstand »gegen die scharfe Linie der SED im Kampf gegen die Schumacher-Leute«. (S. 80) Das alles habe Unsicherheit in den Reihen der Partei gesäht und ihr ideologisches Niveau gemindert. Antisowjetische Ausfälle in Parteiversammlungen – darunter auch trotzkistische – würden statt auf Abwehr auf Beifall stoßen. Die SMAD sei kritisiert worden, weil sie ihre Versprechungen nicht erfüllte, weil entgegen ursprünglichen Erklärungen deutsche Territorien an Rußland abgetreten werden mußten; die außenpolitische Linie der SED sei falsch, auf einer Reihe von Versammlungen sei die Parteiführung beschuldigt

worden, sie würde »zu weich im Umgang mit der SMAD sein«; in der Sowjetunion gäbe es keinen Sozialismus, sondern Staatskapitalismus u.a.m. (S. 81). Im Bericht war von »ungezügelter Reaktion innerhalb der SED« die Rede (S. 82). Als Gegenmaßnahmen wurde dem Sekretariat des PV der SED empfohlen, wirksame Hilfe dem Landesvorstand Sachsen der SED zu erweisen, und die Mitarbeiter der SMAD wurden angewiesen, die Methoden ihrer Führung und Kontrolle der SED zu verändern, öfter in den Kreisen zu sein und vor Ort konkrete Hilfe den SED-Organisationen zu leisten. (S. 82)

Nach dem 2. Parteitag der SED berichtete T. an das ZK am 27. September 1947 u.a., in den Reihen führender Funktionäre sei eine positive Wende im Verhältnis zur Sowjetunion zu verzeichnen, aber auf der unteren Ebene sei das theoretische Niveau niedrig, die Überbleibsel des sozialdemokratischen Opportunismus stark. Einige führende Funktionäre, die aus der SPD kämen, seien verstimmt und niedergedrückt wegen der auf dem Parteitag vorgenommenen Orientierung auf den Sozialismus (S. 94), der »entschiedenen Wende zur Sowjetunion, der Einschätzung des Leninismus als Fortsetzung des Marxismus und der scharfen Auftritte an die Adresse Schumachers«. Otto Meier, Mitglied des PV, habe erklärt: »Es entsteht der Eindruck, daß wir Gefangene der Kommunisten wurden, daß die Kommunisten uns gegenüber gewonnen haben.« T. dazu: »Die Schwankungen dieser Leute sind bekannt, aber ihre Entfernung aus dem Parteivorstand wurde vom Zentralsekretariat (des PV der SED) als zur Zeit politisch unzweckmäßig anerkannt.« (S. 91)

Neben der inneren Spaltung der Partei bemängelte T. in seinem Bericht am 16. September 1946 ihren theoretischen Zustand und sprach von »einer Reihe gewichtiger Fragen«, die nunmehr klargestellt werden müßten, wenn die Partei nicht »in der Tat von opportunistischen und versöhnlerischen Elementen erfüllt« werden sollte. Auf zwei Fragen ging er konkreter ein:

Zum einen bestünde die Gefahr, daß die Partei sich von marxistischen Positionen entfernte, da ein großer Teil ihrer Mitgliedschaft (40 Prozent) kleinbürgerliche Elemente seien; weder Kommunisten noch Sozialdemokraten verstünden die neuen Formen, in denen sich heute der Kampf um die Macht vollzöge: »Sie reden nicht von der Diktatur des Proletariats, sie reden von Demokratie. Sie verstehen nicht die Ergebnisse des Kampfes nach dem Zweiten Weltkrieg.«⁵

Zum anderen drohe die Gefahr nationalistischer Positionen aufgrund der Stimmung in der Bevölkerung wie auch in der Partei. Mitarbeiter der SMAD hätten auf großen Meetings, so in Halle mit O. Grotewohl, festgestellt, daß Ausführungen zu sozialen Fragen, zur Gleichberechtigung der Frauen »sehr ruhig aufgenommen« würden. »Aber sobald er nur ein bißchen die nationale Frage berührte, klatschten alle 440 000 Beifall.« In Chemnitz sei in einer großen Parteiversammlung gefordert worden, sich nicht an der Sowjetunion und nicht an England zu orientieren – »Wir sollten uns an Deutschland orientieren«, »die russischen Arbeiter leben schlecht, wir sind Deutsche und sollten von der deutschen Arbei-

dafür kann Leipzig dienen. Die Leipziger Bedingungen werden weder im Landesvorstand noch in Berlin verstanden. Zweimal wurden sie zusammengerufen und zweimal lehnten sie die Fragestellung des PV und des Komitees ab. Und das unter unseren Bedingungen; unter anderen Bedingungen, bei Reichstagswahlen erfordern diese Fragen intensive Aufmerksamkeit.«

Dokument vom 16. September 1946, S. 162/163

»Über die Lage im PV selbst. Nach Pieck ist Grotewohl die zentrale Figur, besitzt hohe Autorität und wird geachtet nicht nur von Sozialdemokraten, sondern auch von Kommunisten. Sein ganzes Verhalten (ich arbeite jetzt auch noch besonders mit ihm, besuche ihn auch zu Hause, er war bei mir noch nicht, aber ich will ihn einladen) spricht davon, daß er sich rasch und fest auf marxistische Positionen stellt, und es fällt ihm jetzt überhaupt nicht schwer, in einer beliebigen Versammlung zu sagen, sehr fest zu sagen, - wenn wir uns den Kampf im gesellschaftlichen Leben ansähen, so würden wir mit Waffengewalt unseren Gegner niederwerfen. Während zu Beginn ein solcher Satz ihm nicht (über die Lippen) gekommen wäre, und er sieht und fühlt, daß diese Dinge anerkannt sind. Aber trotzdem hat er eine sehr große sozialdemokratische Vergangeheit.« (S. 163) Und dann folgte die schon im 1. Teil dieser Information zitierte Passage über die Schwankungen Grotewohls bis Anfang Februar 1946.

Dokument vom 16. September 1946, S. 163.

Nach der Rede von Molotov

wurde ihnen (den SED-Politikern - U. P.) erlaubt zu sagen, daß sie »als deutsche Partei jede Revision der Grenzen, die die Lage Deutschlands verbessere, begrüßen« und daß die bevorstehende Pariser Konferenz (der Außenminister) die deutschen Interessen besser berücksichtigen werde. »So die Frage zu stellen, ist ihnen erlaubt, aber für die Partei selbst ist das eine sehr delikate Frage, bei der man leicht ausrutschen kann, und in den mittleren Etagen gibt es oft Ausrutscher. Und doch ist es... der SED-Propaganda nicht gelungen, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß die SED eine richtige deutsche Partei sei und keine Agentur der Besatzungsmacht.« Während der Vereinigung beider Parteien sei diese Frage nicht gestellt worden, aber nunmehr sei zu erkennen, daß »im Zusammenhang des Wahlkampfes es der anglo-amerikanischen Propaganda gelungen ist, beim Kleinbürger diese Meinung zu erzeugen«. Dokument vom 16. September 1946, S. 162.

»Wenn die SED nicht die Festigung der Einheit der Partei in Angriff nimmt, nicht ihre führende Rolle im administrativen und Wirtschaftsapparat festigt und nicht ihre politische Bildungsarbeit unter Parteimitgliedern verbessert, so wird die Schaffung neuer Parteien viele Schwierigkeiten hervorrufen. Es ist nicht auszuschließen, daß einige ehemalige Sozialdemokraten in der SED, die mit ihrer Politik unzufrieden sind, in die neuen Parteien übertreten werden mit dem Ziel, die SED zu desorganisieren. So bleiben die Festigung der innenpoliti-

terklasse sprechen«. Obwohl in der Führungsetage der Partei richtig zwischen nationaler Frage und Nationalismus unterschieden werden würde, habe es in den Wahlkampfreden (so bei W. Pieck in der Frage der Grenze zu Polen) Überspitzungen in nationalistischer Richtung gegeben, um Vertrauen in der Bevölkerung zu gewinnen. Aufschlußreich sind die Dokumente aus dem Jahr 1948, in denen über die 9. sowie 12., 13. und 14. Parteivorstandstagungen der SED, die zwischen April und Oktober stattfanden, berichtet wird (S. 106/107, 112-119; dazu auch das Dokument vom 17. August 1948, S. 218). Sie machen die schon mit dem 2. Parteitag im September 1947 eingeleitete und nunmehr forcierte Wende zur Stalinisierung der SED deutlich, wobei der Kampf gegen den »Sozialdemokratismus« einen Schwerpunkt bildete.

Im Bericht vom 27. April über die 9. Tagung wird kritisiert, daß dort zwar von den Plänen, (zwei) neue Parteien zu gründen, um die nominalen Pgs und die Bauern heranzuziehen, die Rede war, dabei aber nicht die Frage berührt wurde, daß gerade deshalb die organisatorische Festigung der SED notwendig sei.

Im Bericht vom 2. August über die 12. Tagung heißt es unter »Schlußfolgerungen«: »1. Das Plenum verlief auf hohem politischen Niveau. Erstmals hatten alle Diskussionsredner vorbereitete Texte ihrer Ausführungen.« Ulbrichts Referat sei von »tiefgründigem politischen Inhalt« geprägt gewesen, er kritisierte auch einige Personen namentlich, »was früher nie der Fall war«. Grotewohls Referat habe »unzweifelhaft einen weiteren positiven Schritt in seiner persönlichen Entwicklung« bezeugt, auch wenn es eine Reihe Schwächen im Detail aufgewiesen habe; eine Reihe Thesen müßten ergänzt und korrigiert werden, besonders dort, wo es um die Charakteristik des Imperialismus, um die Einschätzung der drei Strömungen in der SPD nach Beginn des Ersten Weltkrieges ging. »Das Referat weist die Tendenz auf, die Schuld für das Vergangene gleichmäßig auf Sozialdemokraten und Kommunisten zu verteilen. Es gibt scharfe Formulierungen gegen die Rechten, aber andererseits sind die taktischen Fehler der Linken etwas überhöht.« Die Diskussion habe gezeigt, daß einige ehemalige Sozialdemokraten von den scharfen Bewertungen der Politik der SPD-Führung in der Vergangenheit schmerzlich berührt waren. Bezeichnend sei, daß von 11 Diskussionsrednern nur drei ehemalige Sozialdemokraten waren, »obwohl das Zentralsekretariat dazu aufgefordert hatte, daß alle Sekretariatsmitglieder sich äußern«. (S. 113)

Über die 13. Tagung wurde am 17. September berichtet, sie habe die vorangegangenen zwei Tagungen fortgesetzt, die »auf die ideologische und organisatorische Festigung der Partei gerichtet waren.

Vermerkt wurde »die passive Teilnahme früherer Sozialdemokraten an der Tagung (von 22 Rednern waren nur 5 ehemalige Sozialdemokraten); unter ihnen sei Gleichgültigkeit gegenüber den gestellten theoretischen Fragen zu beobachten. Kritisch hervorgehoben wurde, daß »den Fragen des ideologischen Kampfes mit dem Schumachertum (schumacherovscina) fast keine Aufmerksamkeit geschenkt worden sei, obwohl in Organisationen von Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt »jetzt Schumacher-Nester ausgehoben wurden, die ziemlich offen agierten«. (S. 116/117)

Der Bericht vom 27. Oktober über die 14. Tagung kritisierte die schwache Aktivität der Parteimitglieder auf Versammlungen. »Kritik und Selbstkritik tragen allgemeinen Charakter, das Entlarven der Ideologie des Sozialdemokratismus erfolgt nicht genügend zielstrebig. Man merkt, daß die Reinigung der Partei von schumacherschen und anderen feindlichen Elementen gebremst wird.« (S. 119)

Es ist schon deutlich geworden, daß und wie die SED von der SMAD bei verschiedenen Anlässen dirigiert wurde. Die Dokumentensammlung enthält dafür viele weitere Beispiele, die hier aus Platzgründen nicht wiedergegeben werden können. Das war den Dokumenten nach u. a. der Fall bei der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs für eine DDR, September 1946, S. 178; bei Hinweisen zu (gar Ausarbeitung von?) Parteidokumenten, September 1946, S. 179, 182/183; bei (An)Leitung der Abteilung Kultur und Kunst des PV der SED, Oktober 1946, S. 190; bei Kontrolle der Wahlberichtskampagne in der sächsischen SED, August 1947, S. 79 ff.; bei Vorbereitung des Deutschen Volkskongresses, Dezember 1947, S. 97; bei Hinweisen (»Hilfe«) zu organisatorischer und ideologischer Entwicklung der Partei (z.B. zur »Liquidierung des Prinzips der Parität in den Leitungsorganen der Partei, das ihre Kampffähigkeit mindert«), April 1948, S. 212/213. Manchmal, wenn auch selten, wurde selbstkritisch vermerkt, daß zuweilen die Hilfe in »kleinliche Bevormundung ausarte« (S. 196), die schädlich sei, da das zum einen die SED in den Augen der Bevölkerung als »russische Agentur« kompromittiere, zum anderen die SED von eigener Aktivität entbinde, z. B. dann, wenn die SMAD zugunsten der SED mit administrativen und/oder ökonomischen Mitteln Druck auf deren Konkurrenten ausübe (S. 170, 230).

Schließlich seien noch Stellungnahmen aus der SMAD zur Sozialdemokratie insgesamt und zur »Schumacher-SPD« in den Westzonen wiedergegeben.

Generell hielten die verantwortlichen SMAD-Akteure an der alten KPdSU- und KI-Linie gegenüber der Sozialdemokratie fest: Es wurde (in den vorliegenden Dokumenten allerdings selten) zwischen den »sozialdemokratischen Massen« und den Führern unterschieden und auf vermeintliche Widersprüche zwischen diesen gesetzt; die Politik der Letzteren als ihrem Wesen nach reaktionär und volksfeindlich eingeschätzt, die Führer selbst als »ausländische Agentur«, »vom anglo-amerikanischen Imperialismus abhängig« bezeichnet (Dezember 1946, S. 195, 201).

Die SPD der Westzonen wurde im Dokument vom 16. September »die erste legale antisowjetische Partei in Deutschland« genannt (S. 176). Die Methoden ihrer Bekämpfung standen in der Tradition der KI: Das reaktionäre Wesen ihrer Politik (in Westberlin) sollte »in der Presse und mit Mitteln der mündlichen, anschaulichen Radiopropaganda entlarvt«, die einfachen Mitglieder sollten unterstützt, ihr Austritt aus der SPD und Übertritt in die SED organisiert werden (Dokument vom 28. August 1946, S. 65). Im Bericht vom 16. September 1946 wurde unterschieden zwischen der Berliner SPD und der in den Westzonen, »wo sie eine wesentlich fortschrittlichere Rolle spielen« werde. Franz Neumann, Curt Swolinz-

schen Situation der SED und die politische Erziehung der Parteimitglieder erstrangige Aufgaben.« Bericht vom 27. April 1947, S. 107.

»Ein bedeutendes Verdienst des Plenums ist die präzise und klare Fragestellung über die führende Rolle der KPdSU/B/ und der Sowjetunion im Lager der Demokratie und des Sozialismus... Mit voller Stimmen wurde von der marxistisch-leninistischen Lehre als der ideologischen Grundlage der Partei gesprochen, die »Theorie: vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus wurde einer ersthaften Kritik unterzogen und entlarvt. Erstmals wurde von der Tribüne des Plenums die These in den »Grundsätzen und Zielen der SED« über die »politische Herrschaft der Arbeiterklasse« als Diktatur des Proletariats dechiffriert.« Dokument vom 17. September 1948, S. 116.

In einem Bericht vom 17. August 1947 über die Arbeit der Informationsverwaltung der SMAD wurde eine positive Veränderung »vor allem auf der Linie der Arbeit der SED« festgestellt: So sei z. B. »nach Empfehlungen der Informationsverwaltung das System der Parteischulung in der SED umgebaut, die veralteten Programme und Lehrpläne der Landes- und Kreisparteischulen überprüft, neue Themen über die Sowjetunion, über die Partei neuen Typs eingeführt worden. Besondere Beachtung fand das Studi-

um der lenin-stalinschen Etappe in der Entwicklung des Marxismus«. Dokument vom 17. September 1948, S. 218.

ky u.a. sollten mit »kompromittierenden Materialien« diskreditiert werden, es sollte gezeigt werden, daß sie nichts mit der Arbeiterklasse gemein hätten – »nur sollte es nicht so getan werden wie mit dem Sekretär Schumacher(s)⁶, es muß getan werden mit einem gewaltigen Auftritt, der bis in die Wurzel desorganisiert, (es müssen) Meetings organisiert werden, Auftritte in Betrieben, (es muß) klar gemacht werden, worin die Linie besteht, usw.« (S. 175)

Gegen »die Propaganda rechter Sozialdemokraten in Deutschland« (z.B. die These, die UdSSR sei kein sozialistisches Land) wurde eine Lektorengruppe bei der Informationsabteilung der SMAD geschaffen, deren Mitglieder mit vielen Vorträgen in der SBZ zu Themen wie »Sozialismus oder Staatskapitalismus«, »30 Jahre Land des Sozialismus«, »Die UdSSR und Deutschland«, »Diktatur und Demokratie« auftraten, und das, wie eingeschätzt wurde, mit großem Erfolg (Oktober 1947, S. 208/209). Der Voluntarismus der sowjetischen Politiker – das Schwören auf Organisation und Propaganda, mit denen allein die eigenen Absichten durchgesetzt werden könnten, – wird an vielen Beispielen deutlich.

Die hier in Auszügen wiedergegebenen Dokumente aus der Propaganda- bzw. Informationsverwaltung der SMAD erhellen natürlich noch sehr unvollständig ihr Wirken bei der Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Bedingungen in der SBZ. Sie enthalten aber viele aufschlußreiche Details, die unser Wissen um die damaligen Vorgänge bereichern.

- 1 Vgl. SVAG. Upravljenie propagandy (informacii) i S. I. Tjuľ panov 1945-1949. Sbornik dokumentov (SMAD. Die Verwaltung für Propaganda (Information) und S. I. Tjuľ panov. Dokumentensammlung), Moskau 1994, 255 S.
- 2 Zu den weiteren in der Dokumentation angesprochenen Problemen gehören Informationen der SMAD über (und Umgang mit) andere(n) Parteien wie CDU und LDP, über die Gewerkschaften, die Jugend, die Pressezensur u.v.a.m. – wie auch die Persönlichkeit Tjuľ panov, um die es in der Dokumentation eigentlich geht.
- 3 Lediglich im Dokument vom 27. April 1948, dem Bericht über das 9. Plenum des PV der SED, wird erwähnt, daß Grotewohl über die Ergebnisse des nichtöffentlichen Besuchs dreier Vertreter des PV in Moskau Ende März 1948 berichtete und als ersten Punkt die Verhaftungen in der SBZ nannte: »Grotewohl wies darauf hin, daß die Verhaftungen nur jene politisch unzuverlässigen und zweifelhaften Personen betrafen, die die Demokratisierung der Zone zu sabotieren suchten. Jetzt werde diese Frage untersucht und diejenigen, die zur sozialistischen Bewegung gehört haben, werden nach einer entsprechenden Überprüfung freigelassen. In notwendigen Fällen werden öffentliche Prozesse durchgeführt.« Aus welcher Zeit die Verhaftungen stammen, ist nicht ersichtlich. (S. 106). In einem Dokument vom August 1948 ist von der »im Juli d. J. von den Organen der Staatssicherheit begonnenen Freilassung von internierten und verhafteten kleinen Nazis« die Rede (S. 222).
- 4 Im Bericht »Plebiszit« oder »Referendum« genannt. Evtl. waren hier die von Harold Hurwitz erwähnten Vorabstimmungen für oder gegen die Urabstimmung gemeint, die in Mitgliederversammlungen und bei Kreisdelegiertenwahlen in Ostberliner Bezirken vor dem 29. März 1946 stattfanden. Vgl. H. Hurwitz: Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Köln 1990, Bd. IV, Teil 2: Zwischen Selbsttäuschung und Zivilcourage: Der Fusionskampf, u.a. S. 1105, 1173.
- 5 An dieser Stelle ist von den Herausgebern eine Auslassung des Textes angezeigt: /.../ Möglicherweise, wie schon die eben zitierte Stelle, unverständlich im Stenogramm.
- 6 Im Text nicht ganz klar. Evtl. war die im Frühjahr 1946 in der sowjetischen und einem Teil der SBZ-Presse gestartete Verleumdungskampagne gegen Schumacher gemeint, von dem behauptet wurde, es habe im KZ mit der SS zusammengearbeitet. Vgl. dazu U. Plener: Kurt Schumacher und Kommunisten im KZ 1933-1943, in: Utopie kreativ, H. 65, März 1996.

HARALD LANGE

SPD und PDS im Gespräch

So sachlich, unaufgeregt und vorurteilslos wie die Diskussion am 3. März 1996 im Haus des Lehrers am Alexanderplatz in Berlin laufen derzeit nicht viele Begegnungen von Vertretern der beiden Parteien ab. Das Thema des von der Stiftung Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. organisierten Gesprächs lautete »Konservative Hegemonie überwinden – aber wie?« André Brie, Horst Heimann, Thomas Krüger, Rolf Reißig und Andreas Wehr bemühten sich unter der Leitung von Evelyn Wittich, dem gewichtigen Thema theoretisch und praktisch-politisch beizukommen.

Einig waren sich alle auf dem Podium darüber, daß es eine konservative Hegemonie gebe, die äußerst schwer zu durchbrechen sei. Einigkeit bestand auch darüber, daß weder SPD noch PDS oder andere linke Gruppierungen wüßten, wie sie dem herrschenden Konservatismus erfolgreich entgegentreten könnten. Im einzelnen setzten dann die Referenten unterschiedliche Schwerpunkte:

Brie verwies auf die mehrheitlich akzeptierte Sachzwang-Argumentation, die den Gedanken nahelege, es gäbe keine Alternative mehr. Eine Möglichkeit, diese Haltung zu überwinden, erblickte er in einer durchgreifenden Repolitisierung der Gesellschaft. Brie sprach sich *erstens* für die Organisierung der gesellschaftlichen Kommunikation, *zweitens* für eine Diskussion anschaulicher und vermittelbarer Reformvorstellungen, *drittens* für die Orientierung auf die Selbstorganisation der Betroffenen und *viertens* für deren Vernetzung sowie *fünftens* für eine Hinwendung der Linken zum Problem des Wertewandels aus. Er räumte ein, daß es unpopulär sei, auf ein »anders leben« zu orientieren, da das häufig als »schlechter leben« gedeutet werde.

Heimann hielt den intellektuellen Diskurs als entscheidend für die Frage der Hegemonie. Nicht die Fakten, sondern deren Interpretation seien das Bedeutsame. Dies treffe auch auf die Geschichtsinterpretation zu. Er ging ziemlich ausführlich auf die Geschichte der Spannungspolitik ein, deren Durchsetzung dem intellektuellen Diskurs über eine damals notwendige neue Politik gefolgt sei. Jetzt habe die Mehrheit der seinerzeit auf linken Positionen stehenden Intellektuellen konservative Positionen bezogen. Aus dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten hätten sie – ebenso wie die Konservativen – das Scheitern jedweden Sozialismus abgeleitet. So sei man in eine Situation geraten, in der trotz einer deutlichen Renaissance des Frühkapitalismus weitgehend auf Kapitalismuskritik verzichtet werde. Der Sozialstaat – so Heimann

Harald Lange – Jg. 1934,
Prof. Dr. sc., Zeithistoriker,
spezielles Arbeitsgebiet:
Parteiengeschichte, früher
tätig am Institut für Politik
und Wirtschaft Berlin.

– sei keine bloße kapitalistische Reaktion auf den Realsozialismus, sondern Kampfergebnis der Arbeiterbewegung gewesen.

Reißig ersetzte den Begriff der konservativen Hegemonie durch die Bezeichnung »neoliberale Wende«. Er zog den Schluß, daß es angesichts der neuen Problemlagen, für die zur Zeit niemand reformerische Lösungen anzubieten habe, notwendig sei, auch im Bündnis mit flexiblen Konservativen gegen den herrschenden Neoliberalismus vorzugehen. In der Öffentlichkeit, in den Medien sei allerdings wenig Bereitschaft für eine konstruktive Reformdebatte vorhanden. Katastrophenszenarien lehnte er ab. Zwei Drittel der Bürger seien immerhin für Veränderungen aufgeschlossen; die Definition der gewollten Veränderungen sei jedoch noch äußerst diffus. Das liege unter anderem daran, daß z.B. die SPD und auch die PDS keine so prägnanten Reformdiskurse führten, die sich für die Bürger sichtbar mit diesen Parteien verbänden.

Wehr stellte fest, daß selbst die Begriffe »Reform« oder »Modernisierung« von den Konservativen besetzt seien. Die konservative Hegemonie beschränke sich zudem nicht nur auf Deutschland. Er meinte, es sei wichtig und richtig, gegen die angeblich schicksalhafte Notwendigkeit der Weltmarktprozesse mit Politik anzugehen.

Krüger befaßte sich – für die Zuhörer mitunter etwas beschwerlich – mit einer Zusammenschau der Begriffe »Komplexität«, »Synergie«, »Kommunikation« und »Virtualität«. Offenbar ging es ihm um ein Abwenden vom Schwarz-Weiß-Denken, um Veränderung der Menschen durch eigenes Mitmachen, um eine höhere Akzeptanz von Meinungsunterschieden und – wie er sagte – um mehr Leidenschaft, damit die Menschen entzündet und begeistert würden.

Einige Zuhörer empfanden einen Mangel an Vorschlägen für das praktische politische Tun. Ich denke hingegen, daß es von Vorteil ist, in solchen Gesprächen erst einmal auf die theoretischen und politischen Voraussetzungen für die politische Praxis einzugehen. Die größeren Mängel bestanden für mich darin, daß die Referenten – wie fast überall – zu lange sprachen, und vor allem, daß zu dieser interessanten Diskussion nur etwa dreißig Zuhörer und Zuhörerinnen gekommen waren.

MARIO KESSLER

Marxistischer Wissenschaftler und Antistalinist

Kolloquium zum 80. Geburtstag von Theodor Bergmann

»Im Sinne von Marx und Engels, von ihrem Bund der Kommunisten, im Sinne von Gramsci, Luxemburg und Thalheimer bin ich immer noch Kommunist.«, so Theodor Bergmann in einem Interview mit dem »Neuen Deutschland« vom 9./10. März 1996. Diese Einstellung sei keine Frage des sich wandelnden Zeitgeistes. »Nach Opportunität zu handeln, ist meine Sache nie gewesen.«, sagte der Jubilar, der am 7. März 1996 seinen 80. Geburtstag – in ausgezeichneter geistiger und körperlicher Verfassung – beging.

Aus diesem Anlaß lud der Verein »Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.« für den 9. März zu einem Ehrenkolloquium in das Karl-Liebknecht-Haus ein. Etwa dreißig Freundinnen und Freunde des marxistischen Agrarsoziologen, Ökonomen und Historikers folgten der Einladung. Sie ehrten einen Menschen, dessen Lebensweg Hoffnungen und Enttäuschungen der sozialistischen Bewegung dieses Jahrhunderts widerspiegeln. Theodor Bergmann war niemals ein passiver Beobachter, sondern sucht bis heute, an einer radikal-demokratisch fundierten sozialistischen Bewegung mitzuwirken. Sein Engagement hierbei, besonders auch durch die Initiierung zahlreicher hochkarätig besetzter wissenschaftlicher Veranstaltungen zur Theorie und Geschichte der kommunistischen Bewegung, machte ihn international bekannt. Ebenso bedeutsam sind seine Leistungen als Agrarwissenschaftler wie als Historiker und Analytiker der Arbeiterbewegung. Seine Veröffentlichungen umfassen zwanzig Monographien, achtundzwanzig von ihm herausgegebene oder übersetzte Bücher, mehr als dreihundert wissenschaftliche Aufsätze und zahllose Zeitungsartikel. Theodor Bergmann schreibt in deutscher, englischer, französischer und schwedischer Sprache, seine Arbeiten erschienen in sechzehn Ländern, darunter Buchveröffentlichungen in japanischer und chinesischer Übersetzung. Er arbeitet für Spezialorganisationen der UNO. Von 1973 bis 1981 war er Professor für International vergleichende Agrarpolitik an der Universität Stuttgart-Hohenheim.

Nach der Begrüßung durch Jochen Weichold, Vorstandsmitglied des gastgebenden Vereins, sprach Peter von Oertzen (Hannover) zu »Tradition und Gegenwart in der sozialistischen Bewegung«. Er entwarf ein plastisches Bild der sozialistischen Bewegung in Westdeutschland nach 1945 und ordnete Theodor Bergmanns Anstrengungen, mittels der Zeitschrift »Arbeiterpolitik« die Gedanken des antistalinistischen Kommunismus der Weimarer Zeit aufzunehmen, darin ein. Theodor Bergmann habe Verändertes und Unverändertes

Mario Kessler – Jg. 1955, Dr. habil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam, und Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Veröff. u.a.: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus (2. Aufl. 1994); Zionismus und Internationale Arbeiterbewegung 1897-1933 (1994); Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz (1995).

Theodor Bergmann:
Bibliographie (Auswahl)

Soziale Sicherung und landwirtschaftliche Bevölkerung. Unterlagen für einen internationalen Vergleich, Bonn 1956.

Stand und Formen der Mechanisierung der Landwirtschaft in den asiatischen Ländern, Stuttgart 1966.

Die Genossenschaftsbewegung in Indien. Geschichte, Leistungen, Aufgaben, Frankfurt a.M. 1971.

Studienmaterialien zur Agrarpolitik und Agrarwirtschaft sozialistischer Länder, Offenbach 1973.

50 Jahre KPD (Opposition). Der Beitrag der KPD zur marxistischen Theorie und zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Versuch einer kritischen Würdigung, Hannover 1978.

August Thalheimer – Lebensweg eines schwäbischen Philosophen, Obersulm 1984.

»Gegen den Strom« – die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition, Hamburg 1987.

»Liebling der Partei«. Nikolai Bucharin – Theoretiker des Sozialismus. Beiträge zum Internationalen Bucharin-Symposium, Wuppertal 1988 (Hrsg. von Th. Bergmann und Gert Schäfer), Hamburg 1989.

Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919-1943). Hrsg. von Th. Bergmann und Mario

zur Kenntnis genommen und sei sich immer der historischen Erfahrung sozialistischer Theorie und Politik bewußt gewesen.

Daran anschließend hielt Gert Schäfer (Hannover) einen Festvortrag, dessen Überschrift eine Haupteigenschaft Theodor Bergmanns verdeutlichte: »Ein aufrechter Gang«. Diesen habe sich der Jubilar auch in den dunkelsten Abschnitten des Jahrhunderts bewahrt. Über das Engagement in der Jugendorganisation der KPD-Opposition, über das Exil in Palästina, der CSR und Schweden, über harte körperliche Arbeit im Bergwerk und in der Landwirtschaft, ein zeitweise extern absolviertes Studium der Agrarwissenschaft, über erzwungene Zurücksetzung, jahrelange Arbeitslosigkeit und schließliche Lehrtätigkeit in der beruflichen Bildung kam Theodor Bergmann erst in einem Alter zu wissenschaftlicher Arbeit, in der andere an Lebensbilanz und Ruhestand denken; seit 1965 war er an der damaligen Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim tätig. Nach Promotion und Habilitation führte ihn seine Forschertätigkeit in zahlreiche, vornehmlich asiatische Länder. Seine erste Professur nahm er 1971/72 in Australien wahr. In all den Jahren und Jahrzehnten blieb er politisch und wissenschaftlich der sozialistischen Bewegung verbunden, deren Geschichte er seit den frühen achtziger Jahren mit wachsender internationaler Resonanz erforscht. Die in der Person Theodor Bergmanns verkörperte »Verbindung von Tradition und Neubeginn« bezeichnete Gert Schäfer als für ihn »unvergeßliche Erfahrung« und beschloß seinen Vortrag mit den Worten: »Theo, wir brauchen Dich weiter.«

Wladislaw Hedeler (Berlin) warf anhand der Gefängnismanuskripte N.I. Bucharins die Frage auf: »Was bleibt vom 'Bucharinismus'?«. In Stalinscher Haft schrieb Bucharin kurz vor seiner Ermordung die Texte »Sozialismus und Kultur«, »Philosophische Arabesken«, »Zeiten« (einen autobiographische Züge tragenden Roman) und eine Reihe von Gedichten. Unter unvorstellbarem Druck stehend war Bucharin hin- und hergerissen zwischen seiner Loyalität zur Partei, an deren Spitze eben Stalin – und kein anderer und besserer – stand, sowie seinem Kampf um eine künftige – wenn nicht mehr erlebbare – Rehabilitation. Bucharin kapitulierte nicht vor Stalin, sondern versuchte noch in aussichtsloser Lage, das Geschehen mit Blick auf künftige Generationen und deren Urteil zu beeinflussen.

Helmut Arnold (Wiesbaden), der 1980 bei Theodor Bergmann über »Ökologische Herausforderungen der Agrarpolitik« promoviert hatte, sprach über den »kritischen Agrarwissenschaftler«. Er betonte die internationale Ausrichtung Theodor Bergmanns, die ihn von vielen seiner Fachkollegen unterscheidet. Sozialistische Agrarpolitik und marxistische Klassenanalyse seien untrennbar miteinander verbunden; ex negativo demonstrierte dies auch die »Zwangs-Privatisierung« im Agrarsektor der Ex-DDR, deren Ursachen und Folgen der Jubilar in zahlreichen Arbeiten kritisch untersuchte. Theodor Bergmann habe keine eigenständige Agrartheorie entworfen, sondern ein entwicklungsorientiertes landwirtschaftliches Leitbild akzentuiert, das auf langfristig angelegte Transformationsprozesse und auf die Verbindung allgemein-gesellschaftlicher mit bäuerlicher und ökologischer Opposition orientiere.

Einen ganz anderen Bereich des Wirkens von Theodor Bergmann

schnitt Mario Keßler (Berlin) mit seinem Beitrag »Der israelisch-arabische Krieg 1967 und die westdeutsche Linke« an. Damals wurde Theodor Bergmann, der jüdischer Internationalist ein Kenner der israelischen Politik und Wirtschaft ist, der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit der Bundesrepublik als engagierter und zugleich nüchterner Analytiker des Nahost-Konfliktes bekannt. Theodor Bergmann verteidigte leidenschaftlich das Existenzrecht des Staates Israel, ohne sich mit dessen Politik zu identifizieren, und übte scharfe Kritik am abenteuerlichen Kurs Ägyptens, Syriens und deren Moskauer Protektoren. Er setzte sich auch mit der Haltung der DDR auseinander, die sich um möglicher diplomatischer Anerkennung willen mit dem arabischen Nationalismus verbündet habe, der keineswegs emanzipatorisch und sozialistisch, sondern hochgradig antisemitisch und irrational sei. Damals wie später habe Theodor Bergmann die deutsche Linke zum Brückenbau zwischen den verfeindeten Israelis und Palästinensern aufgefordert. In den Jahren nach 1967 wurde Theodor Bergmann auch zu einem der wenigen deutschen Experten der Kibbutz-Bewegung, die er in den dreißiger Jahren als Kibbutznik miterlebt hatte und nun in einer Reihe von Büchern und Abhandlungen untersuchte.

»Rußlands neue Sozialstrukturen« – dies war das Thema von Helmut Steiners Beitrag. Im heutigen Rußland gebe es keinen stabilen ökonomischen Reproduktionsprozeß, damit keine stabilen Sozialstrukturen und auch keine sozialökonomisch bestimmten Parteistrukturen. Die soziale Deklassierung breiter Bevölkerungsschichten, vor allem auch der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz, verhindere eine effektive politische und gewerkschaftliche Organisiertheit. Zwiespältig sei die Entwicklung der Eliten: In der Generalität, dem diplomatischen Korps und der Leitung von Wissenschaft und Kultur habe es kaum personelle Veränderungen gegeben, im unmittelbar politischen und ökonomischen Bereich sei es zu einem gewissen Elitenaustausch nach 1989/91 gekommen. Dieser sei allerdings begrenzt, da kaum Gegeneliten zur Verfügung stünden; ehemalige Dissidenten seien heute oft wiederum ausgegrenzt. Für die Transformation fehlten institutionelle Regularien. Die neue Kapitalistenklasse habe sich so vorrangig aus den alten Leitungen der Großbetriebe rekrutiert, doch gewannen hier die mittlere Generation (die frühere untere Nomenklatura) ebenso an Bedeutung wie Neueinsteiger aus Universitäten. Nur ein Fünftel aller Unternehmer sei in der Industrie tätig, dagegen drei Viertel im Handel. In der Landwirtschaft, so Steiner auf eine Nachfrage Theodor Bergmanns, halte sich die Austrittsbewegung aus Kolchosen und Sowchosen in Grenzen.

Sichtlich bewegt dankte der Jubilar in herzlichen Worten für die ihm erwiesene Aufmerksamkeit. Sein ganz besonderer Dank galt seiner Frau und Genossin Gretel Bergmann – über ihren Tod hinaus; sie war im Februar 1994 verstorben. Theodor Bergmann erinnerte an seine wissenschaftlichen und politischen Lehrer, insbesondere an seine Freunde in der KPDO, an August Thalheimer, an Heinrich Brandler und an manch anderen. »Die meisten sind tot, viele ermordet im faschistischen Deutschland, einige im deformierten Sozialismus der stalinisierten Sowjetunion.« Theodor

Keßler,
Mainz 1992.

Leo Trotzki: Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft. Beiträge zum Internationalen Trotzki-Symposium, Wuppertal, 26.-29. März 1990. Hrsg. von Th. Bergmann und Gert Schäfer,
Mainz 1993.

Ketzer im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus. Hrsg. von Th. Bergmann und Mario Keßler,
Mainz 1993.

Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek. Hrsg. von Th. Bergmann und Alexander Watlin,
Mainz 1993.

Cassius – Der Prozeß gegen Mussolini. Hrsg. und aus dem Engl. von Th. Bergmann und Mike Jones,
Mainz 1993.

Lenin. Theorie und Praxis in historischer Perspektive. Beiträge zum Internationalen Lenin-Symposium, Wuppertal, 15.-18. März 1993. Hrsg. von Th. Bergmann, Wladislaw Hedeler und Gert Schäfer,
Mainz 1994.

Ludwig Liegle und Th. Bergmann: Krise und Zukunft des Kibbutz. Vom Wandel einer genossenschaftlichen Wirtschafts- und Lebensform,
Weinheim, München 1994.

Die Freiheit der Andersdenkenden. Rosa Luxemburg und das Problem der Demokratie. Beiträge zur Internationalen Luxemburg-Konferenz, Beijing, 1.-2. November 1994. Hrsg. von Th. Bergmann, Jürgen Rojahn

und Fritz Weber,
Hamburg 1994.

Auf dem langen Marsch –
Chinas Weg in die sozialisti-
sche Marktwirtschaft,
Hamburg 1996.

Bergmann dankte »all den Sozialistinnen und Sozialisten in mehreren Ländern, die durch ihre große Solidarität die vielen Fährnisse dieser Zeit überbrückt, das Überleben möglich gemacht haben.«

Der anschließende Vortrag Theodor Bergmanns, »Jenseits von Stalinismus und Reformismus«, war nicht nur, wie im Untertitel angezeigt, eine »politische Bilanz und Perspektive unserer Zeit«, er zog auch eine Quersumme des Lebens und Wirkens eines der produktivsten marxistischen Gelehrten Deutschlands und Europas der Gegenwart. Dieser – zutreffenden – Bewertung würde sich der so bescheidene Jubilar wohl nicht anschließen wollen. Aber der aufrechte, unermüdliche, vielseitig interessierte, vielsprachige Internationalist hat sich auch durch seine unerschöpfliche Hilfsbereitschaft und durch seinen, wie er selbst oft sagt, »unverbesserlichen Optimismus« Anerkennung und Bewunderung bei vielen Menschen in zahlreichen Ländern erworben. Sein Lebensweg, den er hier skizzierte, steht für all das, was an der kommunistischen Tradition progressiv und bewahrenswert ist. »Geboren 1916 in Berlin mitten im ersten Weltkrieg, stehe ich mit 80 Jahren 1996 am Ende eines kurzen Jahrhunderts der Extreme.«, sagte Theodor Bergmann. Er sprach über Siege und Niederlagen der revolutionären Bewegung zwischen dem ersten Weltkrieg und der Gegenwart.

Den – letztlich aufhaltsamen – Aufstieg des deutschen und europäischen Faschismus hat Theodor Bergmann fast von Anfang an miterlebt; und zusammen mit seinen KPDO-Genossinnen und -Genossen war sich bereits der junge Bergmann der ungeheuren Gefahren bewußt, die von einem möglichen Sieg Hitlers ausgingen – weit mehr bewußt, als dies die großen Parteien KPD und SPD mit samt der Weisheit ihrer Führungen und ihrer Apparate waren. Theodor Bergmann zog deshalb eine kritische Bilanz von Stalinismus und Reformismus. »Ein gewaltiger Unterschied besteht zwischen Eduard Bernstein, dem ersten theoretischen Revisionisten, und dem Kapitulant Karl Severing vom Juli 1932. Aber ist nicht die Kapitulation von 1932 die logische Konsequenz dieser besonderen Art von Revision des Marxismus?« Und: »Kontrafaktisch kann man fragen, ob vielleicht die Stalinsche Deformation des Kommunismus in der SU zu vermeiden gewesen wäre, wenn eine deutsche Revolution die weltpolitische Isolierung der SU aufgebrochen hätte. Kann man also die deutsche Sozialdemokratie von aller historischen Mitschuld freisprechen?« Dabei war die politische Bilanz der SPD nicht typisch für alle Parteien der Zweiten Internationale, denn »die Parteien z.B. in Österreich, Norwegen, Schweden boten ein anderes Bild der kämpferischen Vertretung der proletarischen Klasseninteressen.« Ebenso deutliche Fragen müsse man an die Geschichte der kommunistischen Parteien richten: »In einem längeren Prozeß wurde der wachsende Apparat der Parteien und der Komintern in seiner Zusammensetzung verändert, von allen kritischen Elementen gesäubert und neue Arbeitsmethoden eingeführt. Aber die von der Stalin-Fraktion betriebene Unterwerfung wäre außerhalb des Machtbereichs der GPU nicht möglich gewesen ohne die Unterwürfigkeit vieler Funktionäre, die daher am unausweichlichen Niedergang und der schließlichen Selbsterstörung mitschuldig sind.«

Nach einer Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus wandte sich Theodor Bergmann »Eckwerten einer sozialistisch Alternative« zu. Dazu gehören für ihn: 1. Beseitigung der ökonomischen Macht der Konzernherren, mehrere Formen des Eigentums an Produktionsmitteln; 2. Planung als offener, demokratischer Prozeß; 3. Beseitigung der Profitmaximierung als Haupttriebkraft ökonomischer Entwicklung; 4. sozialistische Marktwirtschaft mit einem gesellschaftlichen Organ für vorausschauende und kontrollierende Technologiefolge abschätzung; 5. sparsamer Umgang mit Rohstoffen und Natur; 6. qualitative Verbesserung des Lebensstandards durch soziale und Bildungsangebote für alle; 7. Trennung von Staat und Kirchen, von Staat und Parteien; 8. demokratische Interessenvertretung als Gegengewichte zu den Staatsorganen; 9. Sicherung aller bürgerlichen Freiheiten, Parteienpluralismus – nur faschistische und ähnliche Parteien sind zu verbieten; 10. volle und effektive Gleichstellung der Geschlechter; 11. internationale Solidarität und Hilfe für die Werktätigen der Entwicklungsländer.

»Die radikale Veränderung der Gesellschaft von einer des Profits und der allgemeinen Konkurrenz zu einer der Kooperation und der freien Entfaltung all' ihrer Angehörigen – das ist eine Revolution. Mit welchen Mitteln sie durchgeführt werden wird, läßt sich nicht vorausbestimmen...Es war sicher falsch, den Weg der russischen Oktoberrevolution, der durch den Widerstand des alten Staatsapparats, die auswärtige Intervention und den weißen Terror bedingt war, als allgemeingültig zu verstehen. Aber ebenso sicher war der Weg der SPD, das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus – und das gerade im militaristischen Deutschland – ein Holzweg.«

Viele von Theodor Bergmanns Freunden, Kollegen und Schülern befragten und befragen mit ihm die Geschichte und suchen Antworten im Hinblick auf den Weg der gesellschaftlichen Entwicklung. Manche von ihnen beteiligten sich an der Festschrift, die Gerd Siebecke und Richard Detje vom Hamburger VSA-Verlag dem Jubilar überreichten: »Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert. Die Politik der internationalen Arbeiterbewegung von 1900 bis 2000« (hrsg. von Wladislaw Hedeler, Mario Kessler und Gert Schäfer). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Festschrift aus elf Ländern wollten Theodor Bergmann für vieles danken. Sie stimmten wohl alle dem Fazit zu, mit dem er seinen Vortrag schloß:

»Aber der Kommunismus, den ich meine, ist viel älter als Stalin. Er beginnt mit der Mitgliedschaft von Marx und Engels im Bund der Kommunisten, setzt sich fort mit dem Widerstand der Bolschewiki und des Spartakusbundes gegen den imperialistischen Weltkrieg, der Oktoberrevolution, mit Rosa Luxemburg, ihren Genossen, Genossinnen und Schülern, mit aufrechten, selbständigen Revolutionären, nicht Apparatschiki. Ich habe vorhin den auf die heroische Periode folgenden Niedergang des Kommunismus erwähnt. Jetzt sind wir an einem sehr tiefen Punkt. Aber der wirkliche Kommunismus, welchen Namen ihr Jüngeren ihm eines Tages auch geben werdet, die Aufgabe, eine bessere Gesellschaft zu erkämpfen, bleibt den Unterdrückten und ihren Sprechern aufgegeben. Die Aufgabe bleibt, wenn von Stalin und seinen Schergen niemand mehr reden wird.«

Michael Wolffsohn:
Die Deutschland Akte:
Juden und Deutsche in Ost und West.
Tatsachen und Legenden,
edition ferenczy bei Bruckmann
München 1995,
396 S.

Thema des Buches: Antisemitismus der und in der DDR, Entlarvung des Mißbrauchs von Juden für kommunistische Politik und auch von »Juden, die zu dumm, gutgläubig oder schamlos genug waren, dabei mitzumachen«. Der Autor verspricht die Auswertung der Stasi-Akten zu diesem Thema. Dieser Hinweis scheint mir mehr dem Absatz des Buches dienen zu sollen; denn die Stasi-Akten geben anscheinend zum Thema nicht viel her: Mit Ausnahme des letzten Buch-Teiles, der sich hauptsächlich mit den Vorsitzenden der Westberliner Jüdischen Gemeinde, Galinski, und des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman, befaßt, werden sie kaum als Quelle genannt. Wesentliche Quellen sind Zeitungen und Zeitschriften, insbesondere die »FAZ« und »Der Spiegel«, und das Buch geht auch in der Behandlung des Themas nicht über das hinaus, was diese Zeitschriften schon gebracht haben.

Es erstaunt, daß Wolffsohn, der doch einen Lehrstuhl innehat, dem Buch so wenig wissenschaftlichen Charakter zu verleihen vermag. Das Buch ist voller Widersprüche. Auch lassen sich alle Fakten, die Wolffsohn anführt, genausogut, oft noch einsichtiger, ganz anders oder gar gegenteilig auslegen, als Wolffsohn es tut. In aller Regel aber macht er nicht einmal den Versuch, seine Auslegung einsichtig zu machen. Alternative Auslegungen werden von Wolffsohn nicht einmal erwogen. Ein Beispiel: Stefan Heym wird von ihm als geldgierig charakterisiert, weil er, nach einer Talk-Show, auf sofortiger Auszahlung des Honorars besteht. Nun gibt es tausend Gründe, darunter sehr gewichtige, die Heym zu solchem Tun veranlaßten. Heym mag z.B. schlechte Erfahrungen mit dem Sender gemacht haben. Jeder Mensch, der Heyms Biographie kennt, würde erst einmal ausloten, was für Gründe hinter dem Verhalten von Heym gesteckt haben könnten. Auf Geldgier wäre er dabei wahrscheinlich überhaupt nicht

gekommen. Ein Autor, der, wie Heym, sowohl in den USA, in der McCarthy-Ära, als auch in der DDR den aufrechten Gang pflegte und der aus den USA in die damals noch bitterarme DDR übersiedelte, lebt wohl eher seinen Überzeugungen als dem Gelde! Derartige Widersprüche und diese Art ihrer Auflösung ziehen sich durch das ganze Buch.

Im ersten Abschnitt – »Das Antifaschistische Vermächtnis der DDR« – bemüht sich Wolffsohn um den Nachweis, daß die DDR nicht nur antisemitisch gewesen sei, sondern Antisemitismus sogar produziert habe. Die DDR habe die Bundesrepublik »gebräunt« (S. 44). Für die Welle antisemitischer Vorfälle in der Bundesrepublik im Jahre 1959 sei, so Wolffsohn, die Stasi verantwortlich. Beweis: die Überzeugung von Bundeskanzler Adenauer (S. 20ff.). Zur Untermauerung dieser These belegt Wolffsohn, überaus ausführlich, die Nutzung dieser Vorfälle durch die DDR, um die Bundesrepublik in den Augen der Welt zu diskreditieren und sich selbst als antifaschistischer Staat zu profilieren. Höhepunkt des Nachweises: der Vermerk im Protokoll einer Sitzung des Politbüros der SED, in der beschlossen wurde, vor einem DDR-Gericht einen öffentlichen Prozeß gegen den Bonner Minister Oberländer durchführen zu lassen. Gipfelpunkt der Beweise, nach Wolffsohn: Das Politbüro der SED habe veranlaßt, daß bei der Berichterstattung über den Eichmann-Prozeß in Israel Querverbindungen zur Bundesrepublik besonders hervorgehoben werden. Wolffsohn entwickelt eine merkwürdig geschichtslose Auslegung der Dinge, die Zeit, Raum und Umstände völlig außer acht läßt. Auch dies zieht sich durch das ganze Buch. Als hätte es die zwei gegensätzlichen Systeme, die insbesondere im Grenzgebiet Deutschland scharf aufeinander stießen, überhaupt nicht gegeben. Eine Umkehrung der Wirklichkeit!

Nach Wolffsohn wäre gewissermaßen alles frei erfunden, was die DDR damals über die Bundesrepublik dokumentierte und an die Öffentlichkeit brachte, alles, was zeigte, was sich geistig und in persona aus der Nazivergangenheit in die Bundesrepublik gerettet hatte und dort gepflegt wurde. Der spezifisch für das Nazi-Beamtentum eingeführte § 131 des Beamtengesetzes, der dokumentiert, daß die

alten Nazibeamten von der Bundesregierung ganz bewußt wieder in ihre Beamtenrechte und -plätze eingesetzt wurden – frei erfunden? Tatsache ist, daß die Nazis in der Bundesrepublik an den Schaltstellen der Macht saßen und nicht in der DDR. In der DDR saßen an diesen Stellen Verfolgte des Naziregimes, darunter auch – peinlich, peinlich –, Wolffsohn selbst dokumentiert dies, erstaunlich viele Juden. Kein guter Ausgangspunkt für den Nachweis eines vorgespielten Antifaschismus und verstecktem Antisemitismus der DDR.

Zur Verstärkung der Beweisführung zieht Wolffsohn denn auch den Antizionismus heran. Diese Beweisführung wird, im III. und IV. Abschnitt, durch die Israel- bzw. Arabienpolitik der DDR abgestützt. Freilich nicht sehr effektiv abgestützt. Der Zionismus, dessen Zielstellung ursprünglich darin bestand die Juden in einem eigenen Staat im Heiligen Land zusammenzuführen, wandelte sich nach der Gründung Israels zur ideologischen Grundlage der Groß-Israel-Politik, d.h. gewaltsamer Vergrößerung des Staatsgebietes. Diese Wandlung und die Hinwendung Israels zum Westen, dem Gegner im Kalten Krieg, waren denn auch die Ursache für die Wandlung der sowjetischen bzw. der DDR-Politik gegenüber dem Zionismus bzw. Israel. Insofern ist die antizionistische Politik der sozialistischen Länder nur eine, durch die Gegebenheiten hervorgebrachte, spezifische Form ihrer grundsätzlichen anti-imperialistischen Politik gewesen. Eine andere Frage ist es, auf die ich hier nicht eingehen kann, daß diese antizionistische bzw. anti-imperialistische Einstellung in den sozialistischen Ländern in verbrecherischer Weise auch zur Ausschaltung der inneren bzw. innerparteilichen Opposition mißbraucht wurde. Ich würde auch meinen, daß dabei antizionistische Formeln deshalb undifferenziert gebraucht wurden, um hergebrachte, sicher noch nicht völlig ausgeräumte, antisemitische Vorstellungen in der Bevölkerung – Polen und Rußland waren mit Bezug auf den Antisemitismus geradezu klassische Länder – für die eigenen politischen Ziele zu nutzen. Eine ganz üble Sache, geeignet, den Antisemitismus auch dort neu zu wecken, wo er bereits Vergangenheit geworden war. Jedoch, eine offizielle antisemitische Einstel-

lung oder gar Politik läßt sich daraus nicht ableiten. Ich würde sogar soweit gehen, daß ein Umschlagen des Antizionismus in den Antisemitismus politisch, wenn auch nicht öffentlich, dort, wo sich Anzeichen dazu bemerkbar machten, verhindert wurde, zumindest in der DDR. Die Tatsachen sprechen jedenfalls dafür. Wolffsohn stellt selbst fest, daß es in der DDR nach dem Fall der Mauer kaum Antisemitismus gab, weniger als in der Bundesrepublik (S. 106). Das entspricht übrigens meiner eigenen Erfahrung; obwohl in der Nazizeit dafür sensibilisiert, habe ich in der DDR nie antisemitische Einstellungen gespürt. Wolffsohn zieht aus diesen Ergebnissen der Befragungen keine Schlüsse, er folgert nur: »DDR-Bürger besser als ihr Staat« (S. 108).

Man muß Wolffsohn zugute halten, daß er in der Regel die Tatsachen erwähnt, die auf politische und nicht antisemitische Grundlagen der DDR-Politik hindeuten. Er unterschlägt weder die Juden in gehobenen DDR-Positionen noch die Unterstützung Israels durch die sozialistischen Länder in der ersten Phase seiner Herausbildung und Entwicklung. Er erwähnt sie, aber er relativiert sie gleich wieder, indem er die freundschaftlichen Beziehungen der DDR zur PLO und zu den arabischen Ländern immer wieder besonders hervorhebt und die Lieferungen von Waffen an diese Länder betont, deren Zielstellung schließlich die Vernichtung Israels sei. Er weist zwar auch darauf hin, daß die sozialistischen Länder selbst das Existenzrecht Israels ohne Wenn und Aber anerkannten und dafür auch Schwierigkeiten mit ihren arabischen Freunden in Kauf nahmen (S. 256). Waffen für die Verteidigung könnten die arabischen Länder von ihnen erhalten, Waffen zum Angriff nicht (S. 257). Aber das alles steht in einem merkwürdigen Durcheinander, das die DDR-Politik selbst, die hier ja Thema ist, verwischt. Wolffsohn benennt diese widersprüchlichen Elemente, arbeitet aber die unterschiedlichen Zielstellungen arabischer und DDR-Politik nicht heraus; er mißt die DDR-Politik an den israelischen Interessen, ohne jedoch die Eigeninteressen der DDR, die ihre Politik selbstverständlich mitbestimmen, zu berücksichtigen. Das gibt ein falsches Bild.

Die Fakten machen Wolffsohn das Leben schwer, namentlich die Juden selbst. Nicht

nur, daß er sie in beachtlicher Zahl in hohen und höchsten Positionen in der DDR findet, sie entwickeln scheinbar sogar weltweit eine besondere Affinität für die rote Welt, namentlich der Mangel an abschätzigem Rassen-denken rührt sie an. Das muß natürlich erklärt werden.

Das Verhältnis zwischen einzelnen Juden und jüdischen Organisationen oder deren Vertretern zur DDR behandelt Wolffsohn im II. und V. Abschnitt. DDR-Funktionäre jüdischer Herkunft nennt er »schamlos« oder er bezeichnet sie, nach einem freilich nicht auf die Juden gemünzten Ausspruch Lenins, als »nützliche Idioten«. Wolffsohns Vokabular ist hier nicht gerade fein und weckt an manchen Stellen bei Juden unangenehme Erinnerungen. Auf die Funktionäre jüdischer Herkunft folgt die jüdische Intelligenz. Dünn und schwach, was Wolffsohn hier zusammenträgt. Stefan Heym und Stephan Hermlin macht er zum Vorwurf, daß sie nie am Antizionismus der DDR Anstoß genommen hätten; nur gegen Antisemitismus hätten sie gewettert (S. 157). Anna Seghers literarisches Können wird abgewertet usw. Es bereitet ihm sichtlich Mühe, ein Negativ-Bild zu formen.

Auf die Staatsfunktionäre und die jüdische Intelligenz folgen die Funktionäre nationaler und internationaler jüdischer Verbände, jene »gutgläubigen Idioten«, die im Gespräch mit Honecker oder anderen Partei- und Staatsfunktionären entdecken, daß die DDR tatsächlich antifaschistisch ist, auch Antisemitismus können die sensibilisierten jüdischen Fühler nicht erspüren. Heinz Galinski, Vorsteher der Westberliner Jüdischen Gemeinde und zu dieser Zeit auch Vorsitzender des Zentralrates der deutschen Juden, gehört dazu. Von Haus aus ist Galinski bei weitem kein Sozialist. Als Berlin, Mitte der vierziger Jahre, gespalten wurde, verlegte er die Jüdische Gemeinde alsbald vom Ost- in die Westsektoren Berlins. Im Gespräch mit Honecker stellte er jedoch überrascht »eine Wellenlänge« fest (S. 328). Ebenso erging es anderen Vertretern jüdischer Verbände, beispielsweise dem Vorsitzenden des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman, Kapitalist und Milliardär, dito dem Medizinar Maxwell u.v.a.m.

Die unverständliche Milde, auf die der Sozialismus bei vielen Juden stößt, muß

erklärt werden, wenn man der DDR ihren antifaschistischen Charakter absprechen und ihr Antisemitismus vorwerfen möchte. Wolffsohn führt sie darauf zurück, daß es die Rote Armee war, die Auschwitz befreite.

Das greift natürlich zu kurz. Die Juden sind nicht nur durch die Rote Armee aus der braunen Hölle befreit worden (S. 14), sie haben in der braunen Hölle vielmehr die Kommunisten getroffen; sie sind durch die gleiche braune Hölle gegangen wie die Juden. Sie haben die gleiche Illegalität gelebt, haben in den Lagern in der Baracke daneben gelegen, haben die gleichen Leiden, den gleichen Tod erlitten wie die Juden – und sie haben heldenhaft gekämpft. Es ist nicht nur Dankbarkeit, die hier im Spiel ist. Die jüdische und die kommunistische Identität ist durch die gleichen Erfahrungen mit dem Faschismus geprägt. Das gilt übrigens nicht nur für Juden und Kommunisten, sondern für alle von den Nazis unterdrückten Völker Europas. Das sensibilisiert füreinander. Es bedarf dann schon handfester Beweise, um Zweifel am Antifaschismus der DDR zu wecken. Die gab es nicht, selbst Wolffsohn kann sie jetzt nachträglich nicht liefern.

Auch den Vorwurf einer antisemitischen DDR kann Wolffsohn nicht belegen. Ein Gemeinwesen als antisemitisch zu werten, dazu gehören mehr als antisemitische Äußerungen oder Handlungen einzelner Personen, die es durchaus geben kann. Es kommt vielmehr darauf an, wie sich dieses Gemeinwesen zu solchen Äußerungen oder Handlungen verhält, ob es sie einfach hinnimmt oder ob es sie bestraft und dem Antisemitismus selbst aktiv entgegenwirkt. Die Kulturpolitik der DDR, ihre Bildungspolitik, die Gedenkstätten und -tage, die Verfolgung der Nazistraftaten usw. sprechen da eine deutliche Sprache. Filme wie »Prof. Mamlock«, »Ehe im Schatten« oder »Die Mörder sind unter uns«, die Antisemitismus und Nazitum in ihrer praktischen Abscheulichkeit zeigten, wurden schließlich schon gleich nach dem Krieg in der damaligen sowjetischen Besatzungszone aufgeführt oder gar von deutschen Antifaschisten gedreht. In der Bundesrepublik hat sich dagegen das antifaschistische Gewissen erst sehr spät zu regen begonnen; erst die 68er Bewegung hat wirklich Schwung in die Vergangenheits-

bewältigung gebracht. Wolffsohn, ein Lehrer neuzeitlicher Geschichte, sieht das anders. Selbst er kann das Verhältnis nicht umkehren, aber er versucht sein Bestes, um auch der DDR einen Anteil an mangelnder Vergangenheitsbewältigung zuzuschancen. Gewiß, er findet dort keine General-Dietl-Kaserne, keinen Staatsratsvorsitzenden, der hohen Staatsbesuch zu gemeinsamem Gedenken an die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges, als Geste der Versöhnung, auf einen SS-Friedhof führen will, keinen Kommentator der Judengesetze (Globke) oder Politoffizier einer SS-Sondereinheit (Oberländer) im Ministerrang und was für einen Neuzeitgeschichtler dergleichen mehr noch in der Bundesrepublik zu finden ist. Immerhin findet er aber in der DDR einen Minister Beil, dem er anlasten kann, daß er 1944 (!) mit 18 Jahren (!) in die NSDAP eingetreten ist (S. 344). Schwach! Möglicherweise ist Beil von der Hitlerjugend einfach nur in die NSDAP übernommen worden, wie es häufig vorgekommen sein soll. Das wird aber nicht einmal erwogen. Wolffsohn setzt statt dessen den Hitlerjungen Beil mit dem damaligen Stabsoffizier Waldheim gleich, der an Aktionen gegen Juden bzw. Partisanen beteiligt gewesen sein soll (S. 344). Seine Wertung der Sache beschränkt sich darauf, Beil nicht mit Globke, Oberländer u.v.a.m. gleichzusetzen, denen Beteiligung an Naziverbrechen nicht nur nachgesagt wird, sondern nachgewiesen ist.

Eigenartig, daß Wolffsohn die Schwäche seiner Beweisführung nicht selbst erkennt. Er glaubt tatsächlich, den »Antifaschismus« der DDR als vorgegeben entlarvt, ihren Antisemitismus bewiesen zu haben (S. 383). Dennoch zeigt der Hinweis, daß auch sein Buch den Mythos vom »vorgeblich antifaschistischen Kommunismus« nicht brechen werde (S. 384), daß er die Schwäche seiner Argumentation spürt. Hätte er seine Fakten besser geordnet und analysiert, so wäre er wohl selbst darauf gekommen, daß seine Auslegung der Dinge etwas stark zurechtgebogen ist. Nicht nur, daß Antizionismus und Antisemitismus verschiedene Dinge sind. Nicht nur, daß die DDR das Existenzrecht Israels ohne Wenn und Aber anerkannt und dafür sogar Schwierigkeiten und Streit mit arabischen Politikern auf sich genommen hat (S. 256), die Akten des Außen-

ministeriums der DDR zeigen zudem, daß es der Traum der DDR-Regierung war, Israel und die PLO an einen Tisch zu bringen (S. 217). Die DDR verfolgte also schon lange die gleiche Politik, die der norwegische Außenminister schließlich zum Erfolg geführt hat und die dann zu der sensationellen, freilich noch nicht gesicherten, Wende zum Frieden im Nahen Osten führte. Das ist weiß Gott alles andere als eine antisemitische Politik. Sie war darauf gerichtet, beiden Seiten, Israelis und Arabern, gleichermaßen den Weg zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen, also positive Entwicklungsperspektiven, zu eröffnen. Die von Wolffsohn ermittelten Tatsachen selbst widerlegen seine Schlußfolgerungen. Eigenartig, wie eine vorgefaßte und ideologisch verfestigte, wohl auch vulgarisierte Meinung den Sichtwinkel verzerrt.

ROBERT KATZENSTEIN

Detlef Nakath,
Gerd-Rüdiger Stephan:
Von Hubertusstock nach Bonn.
Eine dokumentierte Geschichte der
deutsch-deutschen Beziehungen auf
höchster Ebene 1980-1987,
Dietz Verlag Berlin 1995,
351 S. (36,00 DM)
Detlef Nakath (Hrsg.):
Deutschlandpolitiker
der DDR erinnern sich
(Reihe Spurensicherung),
FIDES Verlags- und Veranstaltungsgesellschaft Berlin 1995,
302 S. und 2 Faksimiles (38,80 DM)

Während manche »westliche Sieger der Geschichte« meinen, kein gutes Haar an der untergegangenen DDR lassen zu dürfen und nach Sensationen in den Schuhkartons der Archive suchen, haben sich einige der Zunft dem sachlichen Aufarbeiten der Vergangenheit verpflichtet. Die hier zu besprechende parallele Quellenedition von Nakath/Stephan (N./St.) und die von Nakath herausgegebene Erinnerungspublikation (N.) versuchen, sich

wissenschaftlich abgestützt einem Abschnitt und Feld der DDR-Geschichte zu nähern: der Deutschlandpolitik vornehmlich in den achtziger Jahren. Die beiden ostdeutschen Wissenschaftler nutzen ihren Standortvorteil, ihr ortsgebundenes Wissen und ihre persönlichen Kontakte, um einige wesentliche Striche am widerspruchreichen Porträt der DDR zu setzen. Und dies sowohl mit eigenen, naturgemäß knappen Analysen und Kommentaren, mehr aber, indem sie Quellen und Zeitzeugen sprechen lassen. Sie sind sich aber der schwierigen Quellenlage bewußt, die heute nur Aktivitäten der DDR-Seite offenlegt. Dagegen bleiben westdeutsche und sowjetisch-russische Archive noch zweieinhalb Jahrzehnte verschlossen. Besonderen Reiz gewinnt das gleichzeitige Erscheinen beider Bücher dadurch, daß zumindest für die DDR-Seite die trockenen Akten durch teilweise aussagefähige und lebendige Schilderungen diplomatischer Akteure untersetzt werden.

Dabei gewinnt der Gegenstand beider Bücher heute in doppelter Hinsicht an Gewicht. Zum einen ist nach 1989/90 in der innenpolitischen Auseinandersetzung der Streit der Unionsparteien mit der SPD entbrannt, wem der historische Triumph über den Realsozialismus zuzuschreiben sei. Dabei meint die CDU/CSU, daß sie es durch ihre kompromißlose Vorgehensweise gewesen sei, die wesentlich zum Untergang des anderen Systems beigetragen habe und nicht zu dessen Lebensverlängerung. Und ein zweiter Aspekt gewinnt heute mehr und mehr an Bedeutung. Ob eine mit zivilen Mitteln geführte Außenpolitik in der Lage ist, gesellschaftliche Zustände in anderen Ländern zu beeinflussen oder gar zu verändern. Oder ob dafür die militärische Gewaltoption unverzichtbar sei.

Die Autoren belegen mit erstmals veröffentlichten Dokumenten aus den Archiven von SED, Regierung und MfS bzw. mit Berichten von Zeitzeugen drei Ebenen der Beziehungen, wie sie seit der Bonner »Wende« 1982 bestimmend waren: Erstens: Die erstaunlich unproblematische Kontinuität in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der DDR-Führung mit Mitgliedern der Bundesregierung und deren Beauftragten trotz des Anfang der achtziger Jahre einsetzenden neuen Kalten Krieges. Beide Seiten versuchen

nicht erfolglos, bei Festhalten an Bündnispositionen, den Schaden zu begrenzen. Zweitens: Die informellen Kontakte und »stillen Kanäle« von Alexander Schalck, Wolfgang Vogel u.a. im Dienste der großen Politik. Drittens: Die »Nebenaußenpolitik« mit der oppositionellen SPD, die sowohl zum »Streit-Papier« als auch zu gemeinsamen Positionen und Vertragsentwürfen zu atomwaffenfreien Zonen in Mitteleuropa und zur Ächtung von Chemiewaffen führte. (N./St., S. 27-29)

Deutlich wird, daß die CDU/CSU schon frühzeitig in den siebziger Jahren für sich erkannte, daß es letztlich zur neuen Ostpolitik keine Alternative gab. Es verwundert deshalb nicht, daß Helmut Kohl kurz nach seinem Regierungsantritt Erich Honecker schrieb, daß auch die neue Regierung »an guten Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik interessiert ist« und daß er mit Honecker die »Überzeugung (teile), daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf«. (N./St., S. 110)

Dabei durchzieht – wie bereits zuvor mit der sozialliberalen Koalition – die offenkundig von beiden Seiten ernstgemeinte Sorge um den Weltfrieden und die angesichts der zu Beginn der achtziger Jahren mit der neuen Runde des Wettrüstens spürbarer gewordenen Risiken für beide deutsche Staaten die Aktivitäten. Im Interesse der Sicherheit ihrer beiden Länder suchten sie zunehmend gemeinsam, auf das jeweils eigene Bündnis und die Führungsmächte einzuwirken.

Allerdings ist dabei nicht zu übersehen, daß der Versuch, friedliche, koexistierende Beziehungen beider Staaten und Systeme zu erreichen, seitens der DDR mit einem (tödlichen) Makel behaftet war. Die DDR-Führung erwies sich als unfähig, Entwicklungsstand wie Potenzen des eigenen Systems nüchtern zu bewerten und für dessen Weiterentwicklung zu sorgen. Die gegenüber den westdeutschen Gesprächspartnern vorgebrachten Selbstbeweihräucherungen erfolgreicher Wirtschafts- und Sozialpolitik wie das Ausblenden der Probleme haben weder ausgereicht, die Westdeutschen und noch weniger die DDR-Bevölkerung von den Vorzügen des Sozialismus zu überzeugen. Leider bleibt in den ausgewählten Dokumenten, etwas weniger in den Zeitzeugenberichten, die von Jahr zu Jahr

wachsende ökonomische Abhängigkeit und die Suche nach neuen Finanzquellen für die DDR nur schwach belichtet. Hans Schindler, stellvertretender Abteilungsleiter BRD im MfAA, verweist darauf, daß besonders kraß »in den 80er Jahren ... infolge des wachsenden Einflusses von Politbüromitglied Günter Mittag auch in den Beziehungen zur BRD nur noch die Ökonomie zählen sollte« (N./, S. 290). Wobei es wohl kaum um subjektive Fehlleistungen der DDR-Spitze ging, sondern um den verderblichen Mechanismus eines im Kern undemokratischen Systems. Außenpolitik war zu allen Zeiten – ob unter Walter Ulbricht oder unter Honecker – Sache des jeweils ersten Mannes im Staate. Nur, die Bereitschaft, sich zumindest der normalen Instrumentarien der Diplomatie zu bedienen, schwand um so mehr, als subjektivistische Sichten sich durchsetzten und die eigene Kühnheit den Ausgang der Weltgeschichte beeinflussen sollte. Bei alledem ging eine realistische Sicht auf die Ziele der anderen Seite und die Grenzen des eigenen Gesellschafts-systems verloren. Natürlich konnte in den achtziger Jahren Franz Josef Strauß, der 25 Jahre zuvor nur einen Fall, den »Fall Rot« kannte, geläutert 1983 bei seinem ersten Treffen mit Honecker zugestehen: »Wir leben in zwei Gesellschaftssystemen und zwei Machtkonstellationen... Unser gemeinsames Interesse ist es, nicht Opfer eines Krieges zu werden, der alle weiteren Überlegungen überflüssig machen würde... Wir wollen die DDR weder integrieren noch bekriegen noch aus der Welt schaffen... Alles andere werde in einem evolutionären Prozeß entschieden, im dem sich die Welt befinde.« (N./St., S. 133) Auch mit seinem Milliarden-Kredit kaufte er der DDR ihren Schneid und ihre Initiative ab. Und die DDR ließ sie sich abkaufen.

Darum ist vielleicht die seltsame Konstellation der siebziger und noch mehr der achtziger Jahre so verwunderlich nicht. Es war die Zeit, in der die DDR endlich in der Welt anerkannt und (fast) gleichberechtigt agieren konnte. Der Besuch Honeckers in Bonn 1987 war der Höhepunkt dieser Entwicklung, nun auch von der BRD akzeptiert. Gleichzeitig setzte jedoch der innere Niedergang des Realsozialismus ein, der 1989 zum Kollaps führte. Den westdeutschen Politikern kann nicht

vorgehalten werden, daß sie besonders nachdrücklich der DDR eine solche Perspektive vor Augen geführt hätten, sie sahen sie offenbar selbst nicht so deutlich. Denn es war sicher kein Zufall, daß Strauß 1985 Schalck auf den Weg gab, daß »ich und meine politischen Freunde ... froh darüber (sind), daß Erich Honecker die Geschicke der DDR leitet. Wir hoffen, daß das noch viele Jahre der Fall ist.« (N./St., S. 233) Was allerdings durchgängig die westdeutschen Politiker bewegte, das waren Reisemöglichkeiten zwischen beiden Staaten und das Grenzregime. Wobei entgegen heutigen martialischen Erklärungen in den Dokumenten Zurückhaltung und Verständnis für die Sorgen der DDR dominieren.

Die Veröffentlichungen belegen, daß die achtziger Jahre für die DDR eine Zeit eigenständigen außenpolitischen Agierens und der Wahrnehmung einer Sonderrolle im östlichen Bündnis waren. Der heute in Richtung M. S. Gorbatschow vorgebrachte Vorwurf eines frühen Preisgebens der DDR durch die UdSSR ist aus den Dokumenten nicht herauszulesen. (N./St., S. 29/30)

Als Leistung Honeckers bleibt der mit westdeutschen Politikern von SPD, FDP und CDU/CSU letztlich erfolgreiche Versuch, in Zeiten des neuen Kalten Krieges im Gespräch zu bleiben und nach Wegen zur Entspannung zu suchen. Nicht zuletzt deshalb war er für Helmut Schmidt wie Kohl interessant, weil Moskau in der ersten Hälfte der achtziger Jahre starr und konfrontativ agierte. Auch das jahrelange Ringen Honeckers mit Moskau um seine Reise nach Bonn gehört hier hinein. Ihre Sonderrolle mußte die DDR in dem Moment verlieren, wo die Sowjetunion selbst politisch beweglicher wurde und die Welt mit einem »neuen Denken« überraschte, dessen eine Wiege eigentlich in Berlin/DDR stand. Aber in den letzten Jahren war der Zug für die DDR bereits abgefahren, denn den entscheidenden Zusammenhang hatte die SED-Führung eben nicht begriffen: Eine neue Außenpolitik zum Ausbrechen aus dem Eis der Blockkonfrontation war ohne ein inneres Tauwetter für einen reformierten, demokratischeren Sozialismus nicht zu bekommen!

Die vorgelegten Erinnerungen und Studien von Hans Modrow zu seiner Zeit als DDR-Ministerpräsident, Karl Seidel als Abteilungs-

leiter BRD im MfAA, Joachim Mitdank als Leiter der dortigen Abteilung Westberlin oder Günter Herlt als Bonner Korrespondent des DDR-Fernsehens bieten nicht nur interessante Vergleiche und Vertiefungen zu den Dokumenten. In unterschiedlicher Weise gehen sie über den Zeitrahmen der Dokumentensammlung hinaus und erfassen sowohl die frühen Jahre der DDR wie ihre letzten Monate 1989/90. Die Aussagekraft ist unterschiedlich, ebenso das selbstkritische Würdigen von Leistungen und Fehlern. Spannend sind die Aufzeichnungen allemal, sie sollten womöglich ergänzt und vertieft werden. Gerade die sechziger Jahre unter Ulbricht bieten Material zum Aufarbeiten, nicht zuletzt, um genauer die außen- und deutschlandpolitischen Hintergründe seines Sturzes zu reflektieren. Ebenso die Jahre 1988/89 im Vorfeld des Endes der DDR. Dazu bedarf es aber der Archive in Bonn, Moskau und Washington.

Nakath/Stephan erinnern, daß »die Bipolarität in Europa und in der Welt ... auf deutschem Boden ihre Entsprechung (fand). Im unterschiedlichen Maße vorhandene Abhängigkeiten von den ›Führungsmächten‹ und sich zunehmend herausbildender spezifischer Interessen der beiden deutschen Staaten, gepaart mit einer bestimmten politischen Mentalität, brachten seit dem Ende der sechziger Jahre jene Einmaligkeiten hervor, die als deutsch-deutsche Sonderbeziehungen in die Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eingegangen sind.« (N./St., S. 11) Wer sie erforschen will, gerade weil die Einheit Deutschlands bislang nur staatsrechtlich, nicht aber innerlich vollzogen ist, der wird an diesen beiden Publikationen nicht vorbeikommen.

STEFAN BOLLINGER

Martin Brusis:
Systemtransformation
als Entscheidungsprozeß.
Eine Politikfeldanalyse
zur Privatisierung in Ungarn,
Berliner Debatte/GSFP 1995,
249 S. (29,80 DM)

Die gestaltete Wirklichkeit ist immer Resultat des Wirkens unterschiedlichster Kräfte. Dies gilt auch für die Transformation in den post-sozialistischen Ländern Zentral- und Osteuropas. Was sich hier vollzieht, ist weniger Ausdruck eines planvollen und zielsicheren, an theoretischen Modellen orientierten Handelns als vielmehr Ergebnis eines Entscheidungsprozesses, der sich auf der Grundlage vorgefundener Bedingungen und gegebener Interessenkonstellationen vollzieht. Nirgends wird dies deutlicher als bei der Privatisierung. Ob in Ostdeutschland oder in Polen, in Rußland, in Rumänien oder in Ungarn, überall folgt die Privatisierungspolitik den Interessen derer, die es verstanden haben, Machtpositionen zu erringen oder zu behaupten, egal mit welchen Mitteln, und die diese nun einsetzen, um bei der Neuverteilung der Ressourcen möglichst viel abzubekommen. Dabei fällt auf, daß die Privatisierung in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich gehandhabt wird, verschiedene Methoden zum Einsatz kommen und auch die Ergebnisse alles andere als gleich sind. Im Gegensatz zur Voucher- oder Kuponprivatisierung, wie sie in einigen Ländern praktiziert wurde, ist die Privatisierung in Ungarn durch Verkaufsprozesse charakterisiert. Wie es zu dieser Entscheidung kam und welche Interessen damit bedient werden, läßt sich aus ökonomischer Sicht allein nicht zeigen, wohl aber mit den Mitteln einer Politikfeldanalyse, welche die konkrete Interessenkonstellation, diskursive Deutungsmuster und den sich wandelnden institutionellen Kontext berücksichtigt.

Der Autor der vorliegenden Studie, bereits ausgewiesen durch andere Arbeiten auf diesem Gebiet, weist nach, daß die Strategie der Verkaufsprivatisierung in Ungarn eine Entkopplung der Ansprüche der ehemaligen Eigentümer wie der Werkträgigen von der Privatisierung zur Voraussetzung hatte und

daß die Verkaufsagentur eine einnahmeorientierte Eigentümerorganisation sein mußte. Beides war möglich auf Grund »der institutionellen Kontinuität der Eigentumsreform und der gradualistischen Transformation« in Ungarn, zweitens durch die Kontinuität der Interessenvertretung im »staatssozialistischen Modus« und drittens durch die Dominanz wirtschaftlichen Rationalitätsdenkens im politischen Diskurs über die Privatisierung und der damit verbundenen »Hegemonie ökonomischer Experten« (S. 3f.).

Bezeichnend für Ungarn ist, daß die Privatisierung – wie die marktwirtschaftliche Transformation überhaupt – hier nicht mit dem politischen Systemwechsel beginnt, sondern schon bedeutend früher. So findet die Regierung 1990 bereits rechtlich-organisatorische Formen und Instrumente vor, hervorgegangen aus den Interessenkonflikten und Reformprojekten der sozialistischen Ära, die eine institutionelle Kontinuität der Privatisierung bedingen. Ferner ist in Ungarn eine besonders enge Verflechtung von Politik und Wissenschaft und eine besondere Rolle der Intelligenz zu konstatieren. So sind die Fachleute in Sachen Privatisierung (Juristen, Ökonomen, Soziologen) häufig selbst an der Politikformulierung und -durchsetzung beteiligt. Brusis analysiert diese Spezifika ungarischer Transformation und Politik sehr detailliert und bereichert damit die vorliegende Literatur um eine Reihe von Aspekten. Seine politikwissenschaftliche Analyse erlaubt es, den Transformationsprozeß als »Interaktion von Eliten in der ungarischen Gesellschaft« (S. 15) zu erklären und die Interessengruppen jeweils ziemlich genau zu bestimmen. Soweit er auf ökonomische Kategorien rekurriert, bedient er sich in zum Teil kritischer Rezeption institutionalistischer und neoklassischer Denkmuster. Als problematisch erweist sich dies allerdings beim Eigentumsbegriff, der einseitig als property rights gedeutet wird (S. 23). Für das Thema des Buches wäre ein ökonomischer Eigentumsbegriff, der sozialökonomische Verhältnisse ausdrückt, möglicherweise von größerem Nutzen gewesen.

Brusis betont die Kontinuität ungarischer Transformation. Er verfolgt die Anfänge des Eigentumsreformdiskurses zurück bis in das Jahr 1956 (S. 27). Einen besonderen Platz

räumt er in diesem Zusammenhang dem Buch »Wende und Reform« (1986) ein, da hierin bereits alle Schritte der späteren Unternehmensumwandlungen theoretisch vorweggenommen und organisatorisch angedacht sind.

Auch die später vor allem von David Stark analysierten Besonderheiten des transformierten Eigentums in Ungarn, von Brusis als Überkreuzigentum bezeichnet, führt er genetisch auf die Debatten in den achtziger Jahren zurück. Der Übergang von der Eigentumsreform zur Privatisierung ist in Ungarn ein eindeutig evolutionärer Prozeß, der sonst nirgendwo seinesgleichen hat.

Brusis zeigt, daß die sozialistische Eigentumsreformer in den 80er Jahren im Grunde bereits eine Privatisierung des Eigentums ansteuerten (S. 42). Die Analyse der dazu erlassenen Gesetze erlaubt den Schluß, daß hier eine Privatisierungsstrategie verfolgt wurde, die »primär den Unternehmensleitern Eigentumsrechte zuspielt« (S. 49). Nach 1990 trat hier insofern ein Wandel ein, daß von jetzt ab die Privatisierungspolitik stark in den Dienst der staatlichen Schuldentilgung gestellt wurde. Damit waren die Weichen für eine zentralistische Privatisierungsform gestellt.

Das Hauptkapitel des Buches ist als empirische Analyse angelegt, die zum Ziel hat, den privatisierungspolitischen Entscheidungsprozeß im Zeitraum 1990 bis 1993 in seinem Verlauf zu rekonstruieren, seine Vielschichtigkeit zu zeigen und seine institutionelle Einbettung zu demonstrieren. Zu diesem Zweck werden zuerst die Akteure der Privatisierungspolitik vorgestellt, danach die politischen Konflikte beschrieben, deren Austragung und Lösung schließlich die marktpreisorientierte Veräußerungsstrategie der Privatisierung zum Ergebnis hat. Von maßgebender Bedeutung war dabei, daß es gelang, »die Restitutionsproblematik von der Privatisierung zu entkoppeln« (S. 133), wodurch der Weg frei wurde für die entgeltliche Veräußerung als Hauptmethode. Der Autor zeigt im politischen Entscheidungsprozeß sieben Teilentscheidungen auf, in denen die Akteure »zum einen alternative Konfliktlösungen und Entwicklungspfade ausschließen und zum anderen den institutionellen und argumentativen Kontext für die Wahl und Beibehaltung der Verkaufsprivatisierung konstruieren« (S. 152).

Aus der Analyse geht ganz klar hervor, daß »die Nutznießer der Privatisierung« – oder vielmehr der praktizierten Privatisierungsmethoden – »diejenigen Akteure sind, die Unternehmensanteile kaufen können, bzw. bei der Veräußerung eine wichtige Vermittlungsrolle einnehmen, d.h. das ausländische Kapital und die ›alten‹ Unternehmensleiter« (S. 157). Insbesondere, was das Auslandskapital anbetrifft, so ist inzwischen in Ungarn eine kritische Diskussion in Gang gekommen. In dem vorliegenden Buch werden die Anfänge dieser Diskussion unter dem Stichwort »nationales Interesse« behandelt (S. 197). Es wird auch deutlich, daß die praktizierte Strategie Mißbrauchshandlungen von Unternehmen und Staatsfunktionären begünstigt, gesellschaftliche Interessen jedoch in diesem Modell nur schwach repräsentiert sind (S. 221).

Der Autor bleibt nicht bei der Analyse der Prozesse stehen. Er zeigt auch, welche Konsequenzen die angewandte Privatisierungsform für die makroökonomische Konstellation in Ungarn, für die Rolle der Banken, für die Unternehmensverschuldung usw. hat. Besonders letzterer Aspekt ist von Bedeutung, da die Verkaufsprivatisierung der notwendigen Sanierung der Unternehmen entgegenstand und dies fatale Folgen für den Unternehmens- und den Bankensektor nach sich zog. Eine großangelegte Kredit-, Banken- und Schuldenkonsolidierung in den Folgejahren war erforderlich, um hier wieder zu soliden Verhältnissen zu gelangen.

Es ist zu loben, daß der Autor wenigstens einen Vergleich der ungarischen Privatisierung mit dem Privatisierungsverlauf in einem anderen Land zieht – mit Polen. Für die deutschen Leser wäre an einigen Stellen auch ein Vergleich mit der Praxis der Treuhandanstalt von Interesse gewesen. Hervorhebenswert ist, daß neben den vielen Detailaussagen zu ungarischen Institutionen, Politikern usw. auch sonst meist zu kurz kommende Felder, wie zum Beispiel die Rolle der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände, umfassend behandelt werden. Auch weist das Buch nicht die übliche industriezentrierte Sicht auf. In gebührender Weise ist auch die Landwirtschaft Gegenstand der Untersuchung. Und nicht zuletzt die ihrer spektakulären Äußerun-

gen wegen ständig in die Schlagzeilen geratene Partei der Kleinlandwirte. Das Buch endet mit einer Chronologie und einem ausführlichen Literaturverzeichnis. Einige Tabellen mit politischen und ökonomischen Daten dienen der Illustration des inhaltlich und stilistisch recht anspruchsvollen Textes.

ULRICH BUSCH

Helmut Ridder:

Die deutsch-deutsche Spionage
im Okular der westdeutschen
Deutschland-Jurisprudenz,
Blätter Verlags-Gesellschaft Bonn
1996 (edition Blätter; 1),
(14,00 DM)

Wer sich dafür interessiert, wie das Ende der deutschen Zweistaatlichkeit juristisch zu werten ist und welche Rechtsfolgen die Vereinigung hatte, der sollte unbedingt die Schrift von Helmut Ridder lesen: Ein glänzendes Pamphlet, polemisch, geschliffen, logisch, viele der wahrhaftig nicht seltenen ungeheuerlichen Unsinnigkeiten und Ungereimtheiten der westdeutschen Deutschland-Jurisprudenz mit erbarmungslosem Sarkasmus bloßstellend. In der titelgebenden Sache kommt H. R. zum Schluß, daß am 3. Oktober 1990 die Strafbarkeit der deutsch-deutschen Spionage endete. Und zwar aller Spionage, auch der von BRD-Bürgern gegen die BRD für DDR-Dienste. Die Argumente sind schlüssig. Sie gehen weit über das Thema hinaus.

Allein die oft in Fußnoten versteckten bösen Bemerkungen über das Bundesverfassungsgericht lohnen die Lektüre. Wer sagt schon so herrlich respektlos, daß die Bindung der Gerichte an Entscheidungen des BVerfG über den Einzelfall hinaus durch § 31 des BVerfG-Gesetzes »massiv gegen Art. 97 GG (Unabhängigkeit der Richter - G. S.) verstößt, also selbst verfassungswidrig ist«? Oder daß die Machtfülle des BVerfG mit Gewaltenteilung nicht mehr viel zu tun hat und »ein verfassungswidriger Befund« sei? Das Gericht kann sich zum »negativen Verfassungsgesetzgeber« aufschwingen, weil es sogar verfassungsändernde Gesetze »außer Kurs« zu setzen befugt ist. Als »positiver außerparlamen-

tarischer Gesetzgeber« betätigt es sich eh laufend, indem es dem Bundestag detaillierte Vorschriften macht, was er beschließen soll. Dabei hat das BVerfG »dem parlamentarischen Gesetzgeber voraus..., daß seine Podukte von keinem verfassungshütenden Organ mehr zu Fall gebracht werden können«. Mit seiner eigenen Judikatur kann Karlsruhe hingegen - je nach politischer Opportunität - salopp umgehen. Solche Überlegungen H. R.'s sollte man auch dann im Gedächtnis behalten, Wenn die Roten Roben gelegentlich in die Schußlinie der Rechten geraten.

Das Interessanteste und Brisanteste in H. R.'s Text ist nach meiner Meinung die Inventur zum Beitrittsbeschluß der DDR-Volkammer und zum Einigungsvertrag. Die Beitrittserklärung nach Art. 23 GG (alt) »war in jeder in Betracht kommenden Beziehung ein rechtliches Nullum«. Art. 23 GG galt vor dem »Tag der Einheit« in der DDR nicht; in der DDR-Verfassung war ein solcher Beitritt nicht vorgesehen; und nach den vorbehaltenen Rechten und Verantwortlichkeiten der vier Mächte war er zudem nicht erlaubt. Der konstitutive Akt der Vereinigung war der Einigungsvertrag, ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen zwei zwar nicht gleich mächtigen aber völkerrechtlich gleichrangigen Staaten. Der entscheidende rechtliche Geltungsgrund dieses Vertrags war das im 2+4-Vertrag erklärte Einverständnis der vier Mächte. Durch den Vertrag haben BRD und DDR »miteinander fusioniert und dadurch einen neuen deutschen Staat konstituiert (Hervorhebung von mir - G. S.)..., der nicht eine Fortsetzung der »alten« BRD, sondern der Rechtsnachfolger ... der BRD und der DDR ist, die beide durch die Fusionierung untergegangen sind...« (Die letzten zwei Hervorhebungen von mir - G. S.).

Bei allem Respekt, hier finde ich einen Haken. Das Völkerrecht verbietet keinem Staat, sich - unter Aufgabe seiner souveränen Staatlichkeit und Völkerrechtssubjektivität - per Vertrag und/oder Beitritt einem anderen - fortbestehenden - Staat anzuschließen. Das scheint mir im deutschen Fall leider stattgefunden zu haben. Der Einigungsvertrag war ein Anschlußvertrag, mit dessen Inkrafttreten die Staatsgewalt des Partners DDR und damit dessen Staatlichkeit und Völkerrechtssubjektivität unterging, während die Staatsbürger

und das Staatsgebiet dieses Partners dem anderen Partner, dessen souveräne Staatlichkeit und Völkerrechtssubjektivität kontinuierlich fortgesetzt wird, zugeschlagen wurden. Und es war von beiden Partnern auch so gewollt und von den vier Mächten so abgesegnet. Daß der 2+4-Vertrag das Deutschland nach dem Anschluß nicht BRD sondern »vereintes Deutschland« nennt, ist eher eine Marginalie. Auch die internationale »Staatengemeinschaft« hat den Anschluß so verstanden. Die Mitgliedschaft der BRD in der UNO blieb über den 3. Oktober 1990 hinaus die Mitgliedschaft ein und desselben Staates und Völkerrechtssubjekts. Die Mitgliedschaft der DDR dagegen erlosch.

Ein Anschluß eines Staates an einen anderen muß - wie jeder Vereinigungs- oder Separationsfall - im Einklang mit dem Völkerrecht und insbesondere mit den in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Prinzipien des Völkerrechts vonstatten gehen. In dieser Hinsicht erweckt der deutsche Vereinigungsfall erhebliche Zweifel. Rücksicht auf das Völkerrecht war jedenfalls nicht ein besonderes Anliegen von Kohl, Genscher und Schäuble, als sie die DDR heim ins Reich holten. Und das BVerfG hat dabei - wie H. R. überzeugend dartut - bisher seinen Part gespielt, wenn es auch ein paar Missetaten von Regierung, Bundestagsmehrheit und Justiz gegen die Rechte von DDR-Bürgern ein wenig abgemildert hat.

Unterm Strich: H. R. hat einen sehr produktiven Anstoß gegeben. Auch unter staats- und völkerrechtlichem Blickpunkt ist die Debatte über das, was in und mit Deutschland 1990 geschah noch lange nicht beendet.

GREGOR SCHIRMER

Klaus Steinitz (Hrsg.):
Vereinigungsbilanz –
Fünf Jahre deutsche Einheit,
VSA - Verlag Hamburg 1995,
95 S.

Der fünfte Jahrestag war für die Regierenden Anlaß, den Erfolg ihrer Politik der »Wiedervereinigung« herauszustellen. Vor allem von der »dynamischsten Wirtschaftsregion Europas« ist immer wieder die Rede. Verschie-

gen wird, daß auf Grund des Zusammenbruchs der Industrie Ostdeutschlands – der nicht zuletzt auch durch die Wirtschaftspolitik dieser Regierung verschuldet wurde – selbst bei einem Wachstumsraten der Industrieproduktion von 10 Prozent jährlich (an eine solche Steigerung über einen längeren Zeitraum wagen selbst größte Optimisten nicht zu glauben) etwa 15 Jahre erforderlich wären, um das Produktionsniveau von 1989 zu erreichen. So ist es sehr zweifelhaft, ob die aus der Industrie (und anderen Wirtschaftszweigen) der Ex-DDR freigesetzten Langzeitarbeitslosen die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik auch so positiv bewerten wie die Regierung.

Aber für das westdeutsche Großkapital war diese Politik überaus erfolgreich: Nicht nur, daß der Anschluß der DDR der westdeutschen Industrie, vor allem aber dem Handel, den Banken und Versicherungen in den Jahren 1990/91 eine Sonderkonjunktur mit zusätzlichen Umsätzen, Gewinnen und einer steigenden Beschäftigtenzahl bescherte – der gesamte Prozeß der ökonomischen Vereinigung verlief vorrangig im Interesse des westdeutschen Großkapitals

- durch die Eroberung des ostdeutschen Marktes und die Ausschaltung potentieller Konkurrenten;

- durch die preisgünstige Aneignung von Immobilien und von ausbaufähigen Kapazitäten in den Branchen, in denen die Nachfrage durch westdeutsche Potentiale allein nicht befriedigt werden konnte;

- durch die Privatisierung von Profiten und die Verstaatlichung von Verlusten und Umweltlasten in erster Linie über entsprechende Zahlungen der Treuhandanstalt;

- die Inanspruchnahme staatlicher Subventionen und Fördermittel für Aktivitäten im Osten Deutschlands als zusätzliche Quelle der Kapitalersparnis.

In der vorliegenden Broschüre versuchen die Autoren ein objektives Bild der Vereinigung zu zeichnen.

Im ersten Beitrag weist Klaus Steinitz darauf hin, daß die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung der neuen Bundesländer nur aus der Sicht der gesamten Bundesrepublik beurteilt werden kann. Mit der Vereinigung verschmolzen die unbewältigten Probleme der alten Bundesrepublik mit der Transformati-

ons- und Anschlußkrise Ostdeutschlands. So ist die steigende Massenarbeitslosigkeit keineswegs ein neues Problem – aber mit der Zerstörung bedeutender Teile des Wirtschaftspotentials in Ostdeutschland hat die Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit eine neue Dimension erreicht; die zunehmende Polarisierung von arm und reich hat bereits in der alten Bundesrepublik trotz Wirtschaftswachstums in den letzten Jahrzehnten zu einem bedeutenden Anstieg von Armut und Obdachlosigkeit geführt – Probleme, die also keineswegs nur für die soziale Differenzierung in den neuen Bundesländern gelten. Gerade weil der Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft in Ostdeutschland durch generelle Tendenzen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung der BRD geprägt wird, weisen die neuen Bundesländer in ihrer Entwicklung im Vergleich zur Transformation anderer osteuropäischer Länder erhebliche Besonderheiten auf – das reicht von der Liquidierung wirtschaftlicher Potentiale in historisch einmaligem Umfang über den Transfer einer Wirtschafts-, Eigentums- und Rechtsordnung bis hin zur Dominanz westdeutscher Interessen bei wichtigen Ostdeutschland betreffenden Entscheidungen. Aber durch die Vereinigung ergeben sich im Vergleich zu den anderen vormals sozialistischen Ländern auch positive soziale und ökonomische Momente, die vor allem mit den westdeutschen Transferzahlungen und mit der umfangreichen Wirtschafts- und Investitionsförderung in Verbindung stehen. Damit wurden die sozialen Folgen des Umbruchs gemildert und, wenn auch in völlig unzureichendem Maße, Wirtschaftspotentiale saniert.

Nur – und da ist Steinitz voll zuzustimmen – »Mit der Vereinigung hätte die historische Chance bestanden, die Verhältnisse in der BRD und in der DDR tatsächlich ›aufzuheben‹, die fortschrittlichen Elemente beider Gesellschaften weiterzuentwickeln, aus der Vereinigung eine neue Qualität sozialer Entwicklung und Emanzipation zu schaffen. Fünf Jahre nach der Vereinigung sind derartige Hoffnungen einer ›doppelten Modernisierung‹ endgültig geplatzt« (S. 11/12).

Im zweiten Beitrag untersucht Wolfgang Kühn an Hand von umfangreichen statistischen Material die industrielle Entwicklung

von 1990 bis 1994. Sein Fazit: »Sowohl die laufenden Konjunktursignale als auch der politische Wille der Regierungsparteien lassen ... in den kommenden Jahren keine blühenden Landschaften mit einer gut funktionierenden Industrie in Ostdeutschland erwarten« (S. 29).

Bezüglich der Transformation des Wissenschaftssystems und der Forschungslandschaft kann Bernd Heller im dritten Beitrag feststellen, daß sie im wesentlichen als Negation vorhandener Potentiale und Strukturen erfolgte. Ein dramatischer Rückgang der Industrieforschung geht einher mit dem Schrumpfen der universitären und außeruniversitären Forschung seit 1990 – ein weiterer Beleg dafür, daß sich Ostdeutschland nur als »Anhängsel« westdeutscher Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung bewegt.

Im vierten Beitrag zeigt Wolfgang Jahn, daß sich die ostdeutsche Landwirtschaft trotz katastrophaler ökonomischer und sozialer Folgen der Anschlußpolitik als extrem anpassungsfähig erwies. »Das ›Wunder der Selbstbehauptung‹ der ostdeutschen Landwirtschaft gründet sich zuallererst darauf, daß die ostdeutschen Bauern die von der sozialistischen Landwirtschaft ›ererbte‹ Großbetriebsstruktur zunehmend besser als ihren Wettbewerbsvorteil gegenüber ihren westdeutschen Kollegen nutzen« (S. 41). Aber die ostdeutsche Landwirtschaft »ist noch nicht über den Berg«. Benachteiligungen der verschiedensten Art für die aus den LPG hervorgegangenen Großbetriebe, Altschulden, wiederkehrende Versuche, die Bodenreform über die Hintertür auszuhebeln, werden noch manches Agrarunternehmen zur Aufgabe zwingen.

Eugen Faude behandelt in seinem Beitrag die ostdeutschen Außenhandelsbeziehungen. Die mit der Währungsunion verbundene de facto Aufwertung der Währung, die Zahlungsschwäche der osteuropäischen Länder, der Rückgang der Lieferungen aus den ehemaligen RGW-Ländern zugunsten von »Westimporten« und vielfältige Wettbewerbschwächen ostdeutscher Unternehmen haben zum weitgehenden Zusammenbruch des ostdeutschen Außenhandels geführt. Die Produktion wurde fast gänzlich auf den lokalen Markt abgedrängt. Aber eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands ist ohne Revitalisierung des Exports nicht

vorstellbar. Daher ist der Forderung Faudes nach einer Art Doppelstrategie voll zuzustimmen. »eine Wiederbelebung der traditionsreichen Handels- und Kooperationsbeziehungen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas und zugleich eine verstärkte Diversifizierung der Handelsverbindungen in Richtung Westeuropa, wobei auch die Märkte Asiens und anderer Überseeterritorien einen wichtigen Platz einnehmen sollten« (S. 55). Aber ohne begleitende Maßnahmen staatlicher Wirtschaftspolitik und konsequenter Exportförderung dürfte das nicht machbar sein.

Manfred Voigt zieht ein Fazit aus der Tätigkeit der Treuhandanstalt. Eine weitgehende Deindustrialisierung ist die Folge von Währungsunion und radikaler Privatisierungspolitik, wie sie von der Regierung mit Hilfe der Treuhandanstalt in Ostdeutschland betrieben worden. Die Treuhandanstalt erwies sich als wirkungsvolles Instrument der Einpassung der ostdeutschen Wirtschaft in die westdeutsche Kapitalstruktur. Es vollzog sich ein gewaltiger Eigentumstransfer von Ost nach West – 85 Prozent des verbliebenen industriellen Sachvermögens ging in westdeutsche Hände. Ferner war die Privatisierung mit einer Welle spekulativer Geschäfte und krimineller Aktivitäten verbunden. So hatte die Treuhandanstalt einen großen Anteil daran, daß statt einer auf die Verringerung des Produktivitätsrückstands gerichteten Struktur- und Beschäftigungspolitik Millionen Menschen aus dem Arbeitsprozeß verdrängt wurden.

Mit der radikalen Privatisierung wurde auch die Chance für einen sinnvollen Eigentumspluralismus, für den Hans Luft im folgenden Beitrag plädiert, vertan. Des Volkes Eigentum ist so verschwunden, aber geblieben ist, wenn man der Argumentation der Regierung folgt, ein gewaltiger Schuldenberg: »Altschulden« der Kommunen, der Wohnungsbaugesellschaften, der Genossenschaften und zahlreicher Betriebe, die in ostdeutsche Hände gingen, Schulden, die die Treuhandanstalt hinterlassen hat u.a.m.

Mit der »Schuldenlegende« setzt sich Harry Nick im achten Beitrag auseinander. Zwei Fragen sind von besonderem Interesse: Welchen Charakter tragen die »Altschulden«, kann man sie marktwirtschaftlichen Krediten

gleichsetzen? Woraus resultieren die nach dem Anschluß der DDR aufgehäuften Schulden? Was die erste Frage betrifft, so muß man sehen, daß der größte Teil der »Altschulden« nichts weiter war, als Verrechnungsgrößen zwischen dem Staatsapparat und den Betrieben; also keine Kredite im marktwirtschaftlichen Sinne. Was die zweite Frage betrifft, so rührt ein nicht geringer Teil aus der Verschleuderung des volkseigenen Sachvermögens her. Anstatt nun die »Altschulden« zu streichen und für die Schulden der Treuhandanstalt die Gewinner der deutschen Einheit zur Kasse zu bitten, ist die Regierung eifrig bemüht, diese »Schulden« in voller Höhe dem Steuerzahler aufzubürden. Diese Art Schuldenpolitik hat ihre Logik. Hinter jeder Schuld steht ein Gläubiger, für den die Schuld in Gestalt der Zinsen zur Quelle von Profit wird. Von diesen Schulden, seien es nun »Altschulden« oder Treuhandkredite, profitieren die deutschen Banken. So besorgt die Regierung das Geschäft des Finanzkapitals.

Gunnar Winkler untersucht in seinem Beitrag den realen Prozeß der Annäherung der Lebensverhältnisse und die Befindlichkeiten der Ostdeutschen. Im Durchschnitt der Haushalte dürften sich die Realeinkommen in den letzten fünf Jahren um etwa 20 Prozent erhöht haben. Die Vielfalt des Konsumgüterangebots und der Reismöglichkeiten sind mit den Bedingungen in der ehemaligen DDR nahezu unvergleichlich. Der Anteil der Bürger, die die Frage »Ermöglicht Ihr Haushaltseinkommen im großen und ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse?« uneingeschränkt mit »ja« beantwortet, hat sich von 15 Prozent im Jahre 1990 auf 42 Prozent im Jahre 1994 erhöht.

Und trotzdem ergibt sich hinsichtlich der Befindlichkeit ein wesentlich differenzierteres Bild: Nur 27 Prozent sind der Meinung, daß die Vereinigung für sie ein Gewinn war – fast 40 Prozent meinen, daß sich Gewinn und Verlust die Wage halten und 32 Prozent betrachten sich sogar eher als Verlierer der Einheit. Dieses Bild dürfte in erster Linie durch das hohe Maß an sozialer Verunsicherung geprägt sein – die Mehrzahl der Menschen mußte mit Arbeitslosigkeit eine für sie völlig neue Erfahrung machen, die soziale Differenzierung führt zu einer rasch wachsenden Schicht von Armen, die persönliche Perspektive erscheint

auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung als sehr unsicher und der sprunghafte Anstieg der Kriminalität trägt ebenfalls zur Verunsicherung bei. Die soziale Befindlichkeit schlägt sich u.a. in der demographische Entwicklung nieder – die Geburtenzahlen sind gegenüber den letzten Jahren der DDR auf etwa 40 Prozent zurückgegangen. Gunnar Winkler ist voll zuzustimmen, daß die »zwei deutschen Befindlichkeiten« keineswegs nur auf Einkommensunterschiede, sondern vor allem auch auf »unterschiedlichen Lebenserfahrungen in bezug auf Arbeit, auf den Zugang zu Bildung und Kultur, hinsichtlich der Gleichheit des Zugangs zu sozialen und gesundheitlichen Leistungen, auf unterschiedliche Schicht- und Vermögensstrukturen, auf unterschiedliche Erfahrungen im Umgang mit der Macht, mit der Möglichkeit, seine Interessen einzubringen, auf sich unterscheidendem Umgang der Menschen miteinander und nicht zuletzt auf abweichende Erfahrungen im Umgang mit Gewalt, Radikalismus und Bedrohung (beruhen)« (S. 86).

Im letzten Beitrag nimmt Joachim Bischoff den Vereinigungsprozeß insgesamt kritisch unter die Lupe. Wirtschaftlicher Niedergang als Folge des Crashkurses beim Anschluß der DDR, Zuspitzung der Widersprüche dadurch, daß

der Privatisierung der absolute Vorrang gegenüber der Sanierung eingeräumt wurde;

die Interessen der Alteigentümer sich gegen die Interessen der (möglichen oder tatsächlichen) Nutzer voll durchsetzen konnten;

die Regierung es vorzog, Arbeitslosigkeit statt Arbeit zu finanzieren;

die Transferzahlungen stärker als Konjunkturprogramm für die westdeutsche Wirtschaft, denn als Modernisierungshilfe für Ostdeutschland wirkten (die Lieferüberschüsse von West nach Ost, die durch die Transferzahlungen erst ermöglicht wurden, dürften etwa 600.000 Arbeitsplätze in Westdeutschland sichern);

die Kosten der Einheit maßlos unterschätzt wurden und die Finanzierung konzeptionslos erfolgte;

die Kosten der Einheit in erster Linie den lohnabhängigen Steuerzahlern in West und Ost aufgebürdet wurden und damit die Nach-

frage auf dem Binnenmarkt eingeschränkt wurde.

Die Gestaltung des neuartigen und einmaligen Transformationsprozesses mit Hilfe des alten und traditionellen Instrumentariums der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik hat zu zusätzlichen Problemen geführt. »Da die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Folgen der Zerstörung des Wirtschaftspotentials (Ostdeutschlands) bis weit in das nächste Jahrhundert aufzuarbeiten sind, stehen der Bevölkerung noch erhebliche Belastungen bevor« (S. 94).

Abschließend möchte ich nur betonen, daß es erstaunlich ist, wieviele Fakten, Zusammenhänge und Argumente die Autoren auf knapp hundert Seiten untergebracht haben. Es ist wohlthuend dieses objektive Bild der einseitigen Berichterstattung der Regierung gegenüberzustellen.

GERD FRIEDRICH

Carsten Wirth:
Die neue Unübersichtlichkeit
im Einzelhandel,
Verlag Westfälisches Dampfboot
Münster 1994,
144 S.

Die Broschüre thematisiert Veränderungen, die sich seit den achtziger Jahren im Einzelhandel vollziehen, und fragt, welche Auswirkungen sich daraus für die Beschäftigten ergeben. Vor allem die Auswirkungen für die Angestellten gaben Anlaß für diese Studie. Der Autor zeigt, daß die Konsequenzen, die sich aus den Strukturveränderungen im Einzelhandel für die Beschäftigten ergeben, eher negativ sind. Die Interessenwahrnehmung und die gewerkschaftliche Interessenvertretung im Angestelltenbereich sind insofern wichtige Themen, die neu durchdacht und neu gestaltet werden müssen. Das vorliegende Buch will dazu Anregungen vermitteln.

Der Autor geht an die Problematik vor allem empirisch heran. Das heißt, am Beginn seiner Recherche steht die Analyse der Veränderungen im Einzelhandel. Diese lassen sich begrifflich als Wandel von der Einzelun-

ternehmung zum Netzwerk beschreiben. Die Folge dessen sind »drastische Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen«, insbesondere wird der Einfluß der Gewerkschaften und Betriebsräte zurückgehen (S. 9). Bei der Analyse dieser Prozesse konzentriert sich der Autor besonders auf die Veränderungen der »industriellen Beziehungen« im Einzelhandel durch die Externalisierung von Arbeit. Zu diesem Zwecke zeichnet er den Wandel der Betriebsformen, wie dieser sich seit zwanzig Jahren vollzieht, in der Bundesrepublik Deutschland nach: Zunehmend bestimmen SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte das Bild.

Im Kontext damit vollzieht sich durch das Vordringen von Warenwirtschaftssystemen ein »technologischer Wandel« (S. 38). Diesem entspricht ein Veränderungsprozeß der rechtlichen Formen. Bezeichnend hierfür ist vor allem die Zunahme der befristeten Arbeitsverhältnisse und der Teilzeitjobs. Ermöglicht wird eine solche Entwicklung nicht zuletzt aufgrund eines veränderten Verbraucherverhaltens. »Die gestiegene Mobilität durch die Ausweitung des Individualverkehrs und das gestiegene Preisbewußtsein der Konsumenten haben ... zu dem Vordringen großflächiger Betriebsformen wie z.B. SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte sowie zur Verbreitung von Discountgeschäften geführt... Diesen Betriebsformen ist gemeinsam, daß ein Großteil ihrer Beschäftigten in Teilzeit, sozialversicherungsfrei oder zur Aushilfe beschäftigt sind« (S. 39). Hinzu kommt die Externalisierung von Arbeit, als eine neue Form von Rationalisierung, welche Automation und Mechanisierung ablöst bzw. ergänzt. Welche Formen der Externalisierung von Arbeit gibt es im Handel? Erstens die zeitliche Externalisierung durch die Befristung von Arbeitsverhältnissen, durch Teilzeitarbeit sowie durch Einführung einer kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit. Zweitens die administrative Externalisierung, zum Beispiel durch Franchisingssysteme, »neue Selbständigkeit« (Eiersonenunternehmen, freie Handelsvertreter usw.), Unternehmensbeteiligungen und Betriebsaufspaltung. Drittens die räumliche Externalisierung, worunter die Verlagerung von Arbeiten in Verbundsysteme oder ihre Zentralisierung in der Unternehmenszentrale verstanden wird. Beispiele dafür sind der heute

praktizierte Zentraleinkauf vieler Warenhäuser oder die zentrale Lagerhaltung. Daneben existieren neue Varianten, so der Einkauf mittels BTX-System, Teleheimarbeit und Formen von Leiharbeit.

All dies beeinflußt nicht nur die Arbeitsbedingungen der Angestellten in hohem Maße. Es tangiert auch die Arbeit der Betriebsräte und der Gewerkschaften als Interessenvertreter der Arbeitnehmer. Die traditionelle Interessenvertretung nach dem Prinzip: ein Betrieb, ein Unternehmen, ein Betriebsrat, ein Tarifvertrag, eine Gewerkschaft, löst sich weitestgehend auf. Es entstehen »mitbestimmungsfreie Zonen« (S. 123), in denen keinerlei Mitbestimmung existiert. Zugleich vergrößert sich der Spielraum des Managements bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Die Studie macht deutlich, daß unausweichlich weitere Kontrollverluste für die Beschäftigten eintreten werden, wenn es nicht gelingt, eine betriebsübergreifende Interessenvertretungspolitik zu praktizieren. Hier liegen die neuen Handlungsfelder für die Gewerkschaft und hier gilt es, theoretische Ansätze praktisch umzusetzen.

Die Studie ist auf die alten Bundesländer zugeschnitten und reflektiert im Prinzip nur die Bedingungen, wie sie dort gegeben sind. Dies ist insofern ein Nachteil, weil die aufgezeigten Entwicklungsprozesse in den neuen Bundesländern teilweise schon weiter vorangeschritten sind. Sowohl die modernsten Formen der Gestaltung des Einzelhandels als auch die Auswirkungen auf die Lage der Beschäftigten kann heute im Osten Deutschlands untersucht werden. Künftige Studien sollten dies berücksichtigen.

ULRICH BUSCH

Ulrich Hartmann, Stephan Herten,
Klaus Schroeder:

Land in Sicht.

Die Fusion von Berlin und Brandenburg – Fakten, Hintergründe, Zusammenhänge,

Aufbau Verlag Berlin 1996, 230 S.

Fast am Ende des informativen, die Anbahnung der Länderfusion Berlin – Brandenburg detailliert nachzeichnenden Buches findet sich ein Bekenntnis der drei Westberliner Autoren, das vielleicht besser an den Anfang gehört hätte. »Wie auch andere Wissenschaftler sehen die Autoren dieses Buches aus raumplanerischen und steuerungspolitischen Gründen die Notwendigkeit einer Länderfusion« (S. 219f.).

Allerdings hegen sie aus der Erfahrung mit früheren (derart »notwendigen«) Fusionsbestrebungen in der Alt-BRD eine Befürchtung. Das, was »rational« geboten (erscheint), ist »aber keineswegs politisch zwingend« (S. 12). Im Fall Berlin und Brandenburg haben sie, was diese Einsicht angeht, leichtes Spiel. Allen Widerwärtigkeiten zum Trotz sind die Regierungen beider Länder – und allen voran die jeweiligen Regierungschefs – politisch verzweifelt entschlossen, die Fusion zu vollziehen. Und wenn sich schon so ein glücklicher Umstand eingestellt hat, dann halten es die Autoren offenbar schon für besser, sich nicht weiter mit den tatsächlichen politischen und ökonomischen Beweggründen aufzuhalten und es ist ihnen auch fast gleichgültig, wie das vermeintlich »rational notwendige« und auch noch politisch gewollte dann praktisch gemacht wird.

Das eigentliche Dilemma der Autoren liegt jedoch in ihrer »Rationalitätsprämisse«, die von ihnen – ihrer politischen Überzeugung folgend – gleich am Anfang des Buches eingeführt wird, deren Nachweis aber über die folgenden rund 200 Seiten nicht so recht gelingen will. Nach einigem hin und her und der Sichtung einer Vielzahl von Argumenten und Gegenargumenten kommen sie sich schließlich doch nicht umhin, den Offenbarungseid zu leisten. »Abstrakt existiert ein Nettonutzen eines gemeinsamen Landes, der auch finanzielle Vorteile einschließt, der tatsächliche Umfang ist indes kaum prognostizierbar. Es bleibt ungewiß, wie sich die Wirtschaft der Region entwickelt, welche Synergieeffekte und Chancen sich ergeben und inwieweit sie im gemeinsamen Land besser genutzt werden. Wie hoch die fusionsbedingte finanzielle Besserstellung für die Gesamtregion ausfällt und ob eine solche überhaupt eintreten wird, gerät insoweit zu einer Glaubensfrage« (S. 124/126).

Was hinsichtlich seiner ökonomischen Rationalität ohnehin auf schwachen Füßen steht, wird durch die politische Konstellation, daß die Fusionsbestrebungen eindeutig von Berlin ausgehen und vor allem die Kommunen in Brandenburg während der gesamten Verhandlungen einen faktisch aussichtslosen Kampf gegen eine drohende Berliner Dominanz im gemeinsamen Land geführt haben, nur noch fragwürdiger. Die vermeintliche Rettung liegt dann in der Installation von »Sicherungsklauseln« (vgl. S. 188ff.), in denen die jeweiligen Besitzstände vor den Begehrlichkeiten des anderen geschützt werden sollen. Am Ende sollen sich also zwei Gebiete zusammenschließen, die auf längere Sicht in vielen Bereichen durch eine Unmenge von Sonderregelungen weiterhin so voneinander getrennt sind, daß sie auch gut als selbständige Länder weiter nebeneinander bestehen könnten. Dieser Schlußfolgerung verweigern sich die Autoren allerdings konsequent.

Verstrickt im objektivistischen Für und Wider der Argumente bleibt ihnen am Ende nur, sich parteilich in der »Glaubenssache« Länderfusion zu bekennen. Und sie haben Glück. Ihr Glaubensbekenntnis deckt sich zufällig völlig mit den herrschenden politischen Ideen. Wäre ein solches Buch nur sechs bis sieben Jahre früher in der DDR erschienen, es wäre – u.a. vom Forschungsschwerpunkt SED-Staat an der Freien Universität – schon kurz darauf als üble staatsnahe Pseudo-Wissenschaft »evaluiert« worden. Ein solcher Vorwurf soll den Autoren hier aber ausdrücklich nicht gemacht werden.

ARNDT HOPFMANN

Silvia Müller, Bernd Florath (Hrsg.):
Die Entlassung.

Robert Havemann und die Akademie
der Wissenschaften 1965/66.

Eine Dokumentation,

Schriftenreihe des Robert-Havemann-
Archivs 1, Berlin 1996,

453 S.

Wer etwas wissen will über die Wertigkeit, die
im heutigen Deutschland der Widerständig-

keit in der DDR zugemessen wird, schaue im vorliegenden, in jeder Hinsicht durch und durch professionell und solide durchgearbeiteten Band nach dem Verlag. Noch vor fünf Jahren hätten nicht wenige große Häuser diesen Band sich als eine – zweifellos auch damals schon nicht profitable – Zierde ihres Programms geleistet; heute firmiert als Verleger die Robert-Havemann-Gesellschaft. Havemann wird nicht mehr gebraucht. – Tapfer kommt das Buch als die Nr. 1 einer »Schriftenreihe« daher, von der jeder weiß, daß eine Nr. 2 schon ein Sieg wäre. In toto hat keine Gruppe so verloren, wie die Bürgerrechtler, die einst die Wende in der DDR initiierten.

In der PDS ist das SED-Parteilehrjahr zu Recht abgeschafft worden. Sollte es – was Gott oder vielleicht auch ein *guter* Geist verhindern möge – je wieder eingeführt werden, sollte der vorliegende Band zur Pflichtlektüre zumindest für den ersten Zyklus gekürt werden. Hier findet sich alles, was die DDR an alltäglicher Dumpfheit, Gemeinheit und Feigheit aufzubieten hatte. Besonders apart: In diesem Falle waren die Handelnden keineswegs ungebildete machtgeile Emporkömmlinge aus den Unterschichten des deutschen Proletariats, sondern sogenannte Bildungsbürger, die im Staat DDR richtig etwas zu verlieren hatten und deshalb sich für fast nichts zu fein waren. Robert Havemann ist nicht zuletzt auch ihr Opfer.

Solange die Herausgeber in ihren ausführlichen einleitenden Ausführungen dicht an ihrem Stoff bleiben, hebt sich das Gebotene ob seines Niveaus mehr als wohltuend von dem ab, was ansonsten heute vielfach als Geschichtsschreibung über die DDR angeboten wird. Bei der Beurteilung gesamtgesellschaftlicher Prozesse geht es leider nicht immer so klischeefrei ab. So wenn z.B. Bernd Florath behauptet, die SED-Führung habe nach dem Mauerbau zunächst geglaubt, »nunmehr mit offener Härte« ihre Probleme lösen zu können (S. 20). Das Gegenteil ist richtig. Während der »Mittelbau« des SED-Funktionärskaders nun nach Rache für die seit dem dem 17. Juni 1953 erfahrenen »Demütigungen« rief und sie z.T. auch nahm, wurde dem von der SED-Führung ab 15. August 1961 offen und massiv entgegengesteuert.

JÖRN SCHÜTRUMPF

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten vorzugshalber darum, die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere AutorInnen, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15

Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1:5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichten, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der AutorIn(nen)/HerausgeberIn(nen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
MARION KUNZE, ARNOLD SCHÖLZEL,
JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.)

Herausgeber.:

Förderverein Konkrete Utopien e.V. unter Vorsitz
von GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Geschäftsführerin: RUTH KAMPA
Verlagsleiterin: MONIKA NOACK
Satz: MARION KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030-24009-561)
Druck: Tribüne Druck GmbH,
Am Treptower Park 28, 12435 Berlin
Vertrieb: ASGmbH, Körnerstr. 26a,
13156 Berlin (Tel.: 030-4764527)
Einzelverkaufspreis: DM 7,50
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 80,00 (Inland), DM 98,00 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00